BERLIN, MARZ 1938 V. JAHRGANG 3. FOLGE

Der Schulungsbrief



Herausgeber: Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP.



Versailles rief sie ins Leben – und starb an ihnen

Inhalt dieser Folge:

PREIS DES HEFTES 15 RPF.

März 1938
V. Jahrg. · 3. Folge



Der Schulungsbrief

Das zentrale Monatsblatt der NSDAP. und DAF. (Hauptschulungsamt der NSDAP. und Schulungsamt der DAF.) Herausgeber: Der Reichsorganisationsleiter

Ich ziehe damit vor allem aber die deutsche Unterschrift feierlichst **zurück** von jener damals einer schwachen Regierung wider deren besseres Wissen abgepreßten Erklärung, daß Deutschland die Schuld am Kriege besitze.

Der Führer am 30. Januar 1937

Deutscher Friede

Das Wort und mit ihm auch den Begriff „Friede" kennen heute nur die deutsche Sprache und die ihr nahverwandten skandinavischen Sprachen; diese Tatsache offenbart ein Stück Volksseelengeschichte.

Im lateinischen PAX, von dem die anderen lebendigen Sprachen ihr paix, peace, pace usw. ableiten, liegt der Begriff des Kriegs eingeschlossen; zwei Streitende stehen sich gegenüber, zwischen ihnen wird „ein Pakt abgeschlossen"; es handelt sich also um eine politisch-juristische Vorstellung; Krieg war, Krieg wird sein, dazwischen liegt die vereinbarte pax.

Ganz anders bei den Germanen. Die indogermanische Wurzel, die dem Wort „Friede" zugrunde liegt, bedeutet lieben, hegen, schonen und ist stammverwandt mit Freiheit und Freude. Somit ist „Friede" nicht ein Vertrag, sondern ein Zustand, nicht etwas, wozu ich einen zweiten nötig habe, sondern die eigene Fülle, wie sie blühend sich entfaltet: in Liebe zu den Meinen, in Schonung gegen andere, im treuen Hegen alles dessen, was Gott mir anvertraut hat, friedig und freudig.

Der Begriff „pax" verneint, der Begriff „Friede" bejaht; die „pax" kann ein schlaues, falsches, niederträchtiges Abkommen sein, der Begriff „Friede" bekennt, daß es kein heiteres, gesegnetes Aufblühen gibt ohne sittliche Grundlage; zum Abschluß einer pax genügen zwei Notare, Frieden kann es nur geben, wenn der Mensch ihn verdient und Gott ihn schenkt.

Den eigentlichen „deutschen Frieden", den Frieden, der dem Begriff des germanischen Wortes entspräche, den haben wir noch nie gehabt, und zwar deshalb, weil kein Volk außer dem deutschen von einem solchen Frieden auch nur den Begriff besitzt, er also erst von einem urmachtvoll gebietenden Deutschland der Welt geschenkt werden müßte. Dieser deutsche Friede ist ein Ideal – nicht Wolkenkuckucksheim, sondern erreichbar, wenn die Deutschen das wollen, was sie können, wenn sie innerlich so stark zu sein verstehen, wie sie äußerlich sind.

Houston Stewart Chamberlain

Die Schicksalsstunde...

Anderthalb Jahrtausend schwerster Geschichte hatten es nicht vermocht, die Deutschen, unser stolzes und schöpferisches Volk der europäischen Mitte, zu vernichten. Das Reich des Frankenkaisers Karl war zerfallen. Aus dem Zerfall wuchs neue Ordnung. Deutsche Kaisermacht reichte in alle Winkel des Abendlandes. Aber Priester wurden Fürsten, und die Herrschsucht der Päpste fraß am Reiche. Deutsche standen gegen Deutsche. Deutsche verknechteten Deutsche. Aus Bauern wurden Leibeigene. Die Fahne des Aufstandes ging durch die Lande. Gegen feudale Herren und Dogma. Matt lag das Volk am Boden, als das Gemetzel der Söldner in fremden Diensten und das Brennen der Inquisitoren vorübergerauscht war. Nur die Sehnsucht nach dem Reiche war geblieben. Nur die Herzen und die Dichter riefen nach dem Reich.

Und doch bahnten bald die Waffen wieder den Weg zum Reich. Von Brandenburg-Preußen her wurde neue Ordnung. Klein und eng und nur staatlich war dieser Weg zum Reich. Kleindeutsch. Aber das war Schicksal. Und daß die Gnade des Schicksals bei den Deutschen war, das zeigte die entscheidende geschichtliche Stunde, in der die übermenschliche Gestalt eines Großen Friedrich und eines Bismarck am Steuer stand. Sollte die Gegenrasse die Schlacht verlieren?

Der ewige Antideutsche sah seine Lage. Ein Jahrtausend lang hatte er emsig gezimmert, daß Priester und Juden zu Herren über Deutsche wurden, daß Priester und Juden auf deutschen Lehrstühlen saßen und darüber bestimmten, was als deutsches Recht und deutsche Wirtschaft und deutsche Kunst und deutsche Sitte zu gelten habe — und trotzdem stand am Beginn des 20. Jahrhunderts in der Mitte Europas ein waffenstarkes Deutsches Kaiserreich! Sollte die tausendjährige Minierarbeit der Juden und politischen Priester umsonst gewesen sein? Sollten sie um die Ernte gebracht werden?

Verzweifelt und verbissen in der Not der letzten Stunde spannen die Antideutschen ihr Netz. Es war Kampf mit allen Mitteln. Im Inneren des Reiches entstand die gegendeutsche Front der Marxisten und Freimaurer und politischen Pfaffen, und außen um das Reich legte sich der eiserne Ring der Entente. Die Freimaurerei gab den Befehl zur Vernichtung der Deutschen. Sie sprach ihre Sprache: Mord. Am 28. Juni 1914 wurde der österreichisch-ungarische Thronfolger in Sarajevo ermordet. Das deutsche Herr bestand den offenen Kampf an der Front. Es erlag dem Dolchstoß von hinten. Der Kaiser verzichtete für alle Zukunft. Die Waffenordnung zerfiel. Das Zweite Reich der Deutschen lag am Boden. Und 1919, gerade am Tage des Mordes von Sarajevo, am 28. Juni, wurde der Verknechtung der Deutschen die neue Form gegeben: Das Versailler Diktat, und einen Monat danach, am 31. Juli 1919, entstand auf der Grundlage des Diktats als Form der innenpolitischen Herrschaft von Juden und Freimaurern und was zu ihnen gehörte die sogenannte Weimarer Verfassung. Unter diese beiden Diktaten der außen- und innenpolitischen Niederhaltung der Deutschen standen die Jahre 1919 bis 1932. War es der Gegenrasse doch noch gelungen, die Neuzeit des deutschen Aufstiegs rückgängig zu machen? War es dem Juden doch noch gelungen, in letzter Stunde die Ernte einzubringen?

Da wuchs im Volke die Kampfbewegung Adolf Hitlers. Am 30. Januar 1933 ergriff das deutsche Volk die Macht. Das Joch der Diktate der außen- und innenpolitischen Verknechtung wurde abgeschüttelt. Das System starb. Und Adolf Hitler erklärte in seiner Proklamation zum Reichsparteitag der Arbeit 1937 unter dem Jubel des Volkes:

„Drei Tatsachen möchte ich heute als Abschluß eines Kapitels der deutschen Geschichte hier feststellen:

1. Der Vertrag von Versailles ist tot!
2. Deutschland ist frei!
3. Der Garant unserer Freiheit ist unsere eigene Wehrmacht!"

Die Gefolgschaft Adolf Hitlers marschiert zum ersten Volksreich der Deutschen. Keiner kann das gleiche Recht der Deutschen in der Welt mehr hindern, seit Versailles zerbrach. Aus der geballten Einheit von Arbeit, Wehr und Wirtschaft gilt es den Kampf um die Gleichberechtigung der Deutschen in der Welt zu bestehen.

Unbesiegt verraten

Zwei Frontsoldatenbriefe aus den Dolchstoßtagen als Zeugnisse des ungebrochenen Geistes der deutschen Frontkämpfer von 1918.

Keiner der Verfasser dieser Briefe ahnte, daß ihr Geist und ihre Worte einmal Millionen Deutschen Vorbild würde, wie das heute an dieser Stelle geschehen soll.

16. Oktober 1918

Der Regen rauscht, als heulte er über unser moralisches und politisches Elend, und die Erde scheint unter uns hinwegzuschwimmen, um uns die Räumung des besetzten Gebietes zu ersparen. Seit acht Tagen sitzen wir infolge der Rückwärtsbewegung in einem Dorfe mitten in den Ardennen. Unser Flugplatz ist eine anmutige Gebirgslandschaft, aber nimmermehr ein Flugplatz. Wir sind nicht weit entfernt von dem Ort, der 1870 unsere höchsten Triumphe sah, um das zu erleben, daß unsere Regierung unser Volk und unser stolzes Heer verkauft! Im wörtlichsten Sinne. Es ist zum Heulen! Wut, Scham, Verzweiflung streiten sich in uns. Heute kommt ein Aufruf von Hindenburg an die Armee, in dem er um Vertrauen zu sich bittet. Er habe die Pflicht, die vom Kaiser berufene Regierung zu unterstützen. Er stimme dem Friedensschritt zu. Kein Wort mehr. Der deutlichste Beweis, daß er nichts gegen die Verräter machen kann. Es ist erschütternd, zu sehen, daß dieser Mann jetzt seine Überzeugung opfern zu müssen glaubt, damit wenigstens ein Mann an der Spitze bleibt, zu dem Volk und Heer Vertrauen haben. Dieser Erlaß ist die größte Leistung des Mannes. Selbstüberwindung im höchsten Grade! Auf Kosten seines Namens. Denn schon schreibt die ganze Judenpresse, die Oberste Heeresleitung sei ja verantwortlich für die Räumung, die ihr von den Mehrheitsparteien in Wahrheit aufgedrängt ist. Um das zu erleben, stehen wir nach vier Jahren voller Opfer mitten in Feindesland. Näheres wissen wir nicht. Es scheint, als sollten die Zeitungen aus der Heimat von uns ferngehalten werden. Jetzt wäre ein Yorck nötig, der auch gegen den Willen des Kaisers das Heer anführte zur Rettung des Vaterlandes. Er würde Erfolg haben, sobald rechtzeitig alle Friedensschreier um jeden Preis festgesetzt und erschossen würden. Aber das wird bei uns Deutschen erst möglich sein, wenn wir eine Zeit wie 1807 bis 1813 noch einmal durchkostet haben. Es ist furchtbar. Wir würden am liebsten mit unseren Staffeln einen Schlachtflug nach Frankfurt und Berlin unternehmen. — — —

(Am 13. November, an dem Tage, wo er mit seiner Staffel die Rückkehr nach Deutschland antreten sollte, hat G. W. Breithaupt seinem Leben durch Schuß in den Kopf ein Ende gemacht.)

Georg Breithaupt, geb. 5. Juli 1889 in Luckenwalde in der Mark, gefallen 13. November 1918 in Loorce/Belgien.

Flandern, 6. November 1918

Hartnäckig hält sich seit Stunden bei uns das Gerücht, die Entente habe geantwortet, daß die Waffenstillstandsverhandlungen bei General Foch zu erfragen wären. Es ist mir wie ein häßlicher Traum, ich kann es nicht fassen. Gerade die letzten Tage stürmten sie mit den Truppen der Welt wieder und wieder gegen unsere Linie, und wurden wieder und wieder geschlagen. Wir sollten zurück in Winterstellung gehen, und da und dort standen wir dann Tage und ließen sie anrennen auf freiem Feld und schickten sie heim mit blutigen Köpfen. Ungebrochen ist unsere Front. Ich denk an die fünfzig Monate unseres beispiellosen Krieges, denk an den Mann, der nimmer ganze Stiefelsohlen, nimmer ganze Strümpfe hatte, und seh uns nun heimkehren: in langen unübersehbaren Kolonnen, mit hängenden Köpfen werden wir über den Rhein ziehen, ungeschlagen und todmüde bis in die Knochen. Der Krieg hatte uns nicht so weit gebracht, aber der faule Frieden. Und das ist der Trost von uns allen, die wir die Jahre überstehen konnten: Einst wird auch unser Tag kommen.

Hans Diefenbacher, geb. 11. Dezember 1892 in Furtwangen, gest. 25. Dezember 1930 in Königsbach.

Aus: „Der deutsche Soldat“, Briefe aus dem Weltkrieg von Albert Langen/Georg Müller, 1937. (Siehe Besprechung in Sch.-Br. 12/37, Seite 493.)



Wie Walhall steht die Totenburg bei Bitolj (früher Monastir) in Jugoslawien
als würdige Ruhestätte gefallener deutscher Soldaten

Erbaut u. Aufn.: Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V., Berlin

Wenn Tausend einen Mann erschlagen,
Das ist nicht Ruhm, das ist nicht Ehr'!
Doch heißen wird's in spätern Tagen:
Besiegt hat doch das deutsche Heer.

Paul Warncke

Der Unbesiegten Abschied
Danzig, 2. Febr. 1920

Aufn.: Scherl

Der Soldat der »anderen Seite« ist in Leistung und Heldentum dem deutschen Soldaten ebenbürtig.
Nur in einem nicht.
Der Soldat der »anderen Seite« hatte vor sich den Feind und hinter sich die Welt.
Der deutsche Soldat hatte vor sich
den Feind und hinter sich die Not.
Er hat den Krieg am tiefsten erlitten und am sieghaftesten »überwunden«.

So zieht er denn heimatwärts. Und wenn seine letzte Kolonne das deutsche Städtchen verlassen hat, dann rollen sie dort die Fahnen ein und eilen von der Straße.

Denn jetzt – erst jetzt – kommt der Feind.
Jetzt rücken zwar nicht die Sieger,
doch die Gewinner an.
Die Soldaten und Söldner der halben Welt.
Mit Amerika und Senegal.

So zieht er denn heimatwärts –
schwer und dumpf, trostlos und stumm.
Und doch schwebt ein Licht, strahlt ein Stolz über dieser letzten feldgrauen Marschkolonne. Und doch kann es noch immer gelten, was Anfang August 1914 von dieser Marschkolonne der Dichter sang:

»Es zieht eine Fahne vor uns her,
Herrliche Fahne,
Es geht ein Glanz von Gewehr zu Gewehr,
Glanz um die Fahne.
Es schwebt ein Adler auf ihr voll Ruh',
Der rauschte schon unseren Vätern zu:
Hütet die Fahne!«

Ja, die Fahne – die ist es noch!
Die hat er gehütet. Die bringt er mit.
Er bringt sie der Heimat mit, die er wie die Fahne geschützt und gehütet hat bis zum letzten Tag.
Gegen rund dreizehn Millionen Deutsche und zehn Millionen Österreicher, Bulgaren und Türken haben im Weltkriege weit über vierzig Millionen Feinde, nämlich fünfzehn Millionen Russen, je acht Millionen Franzosen und Engländer, fünf Millionen Italiener, vier Millionen Amerikaner und drei Millionen Rumänen, Serben und übrige gestanden.

Keiner von ihnen hat viereinhalb Jahre lang anders denn als Gefangener den Rhein und die Weichsel überschritten.

Keiner von ihnen hat viereinhalb Jahre lang länger als vierzehn Tage mit der Waffe in der Hand deutschen Boden betreten.

Unversehrt wie er sie einst verlassen, als die Trommel schlug, findet der heimkehrende deutsche Frontsoldat die deutsche Heimat wieder.

Unberührt ragen ihre Dome.
Unberührt rauschen ihre Wälder.
Unberührt brennen ihre Herdfeuer.

Daß das alles noch da ist – und nicht zerwühlt, zerstückelt, zertrümmert, zertrommelt, zerstampft und vernichtet: das ist sein Werk, das ist seine Leistung.
Das ist sein letzter und höchster, einsamer Stolz und Triumph.

Während das Ziel seines Kampfes mit jedem Schritt tiefer vor ihm versinkt, steigt der Sinn seines Opfers mit jedem Schritt gewaltiger und heiliger vor ihm empor.

Nie wieder Kapitulation

Auf der einen Seite der ungeheuren Spiegelgalerie saßen, aus allen Teilen der Erdkugel herbeigeflattert wie die schwarzen Raben zum Hochgericht, die öffentlichen Kronzeugen des Harakiri der Alten Welt. Hungrig harrten die Bleistifte der Zeichner, die Platten der Photographen, die Kurbeln der Kinooperateure, die Füllfedern der Journalisten, die, nach Nationen geschieden, in drei Abteilungen saßen. In dem Hauptschiff die Engländer, die Franzosen und die Italiener.

„Der einstige Schreibtisch Ludwigs XV. von Frankreich", heißt es in einer Schilderung, „stand feierlich und einsam auf dem abgesperrten, gähnend leeren Parkettviereck inmitten des tausendköpfigen Gewimmels aller Völker und Erdteile in der Spiegelgalerie von Versailles. Vor dem Tisch stand leer der Rokokolehnstuhl, auf dem einst der Nachfolger des Sonnenkönigs gesessen. Der jetzige Herr Frankreichs thronte dem Prunkstuhl gegenüber in der Längsmitte der Hufeisentafel seitlings an der Wand. Lichtfluten brachen durch die ungeheuren romanischen Glasfenster in den ungeheuren Saal. Der Maiglanz des Frühnachmittags beschien Clemenceaus blutdürstigen Greisenkopf zwischen dem grauen Advokatenkopf des Sehr Ehrenwerten David Lloyd George, M. P., und dem bebrillten faltigen Professorengesicht des Ehrenwerten Woodrow Wilson, Präsidenten der Vereinigten Staaten, und weiterhin den gelben Zügen des japanischen Markgrafen Saionzi und all den Männern der siegenden Macht. Zwei Armesünderstühle an der einen Schmalseite des Tisches waren noch leer. Deutschland war noch nicht da. Nur sein Kriegsgerichtshof war bereits versammelt.

Achtundsechzig Richter. Zuerst noch europäisch weiße Gesichter an der langen, an ein Festbankett erinnernden Tafel hinter dem schweren Hufeisentisch der Großmächte. Dann ging die kaukasisch lichte Hautfarbe allmählich vom Gelb des fernen Asiens in den Zimtschimmer Indiens und das Kaffeebraun Arabiens zum Negerdunkel über. Die Nachkommen Mohammeds waren aufgeboten, um den Streit der Bekenner Jesu zu entscheiden. Der König von Hedschas richtete durch seine beiden maurischen Gesandten vom fernen Mekka her über Christen. Der Ehrenwerte Dunbar King urteilte im Namen der befreiten Sklaven von Liberia über die freien weißen Männer zwischen Weichsel und Mosel, Königsau und Etsch. Herr Tertullien Guilbaud war aufgeboten, um im Auftrage von Haiti Europa neu zu ordnen. Honduras entschied über Oberschlesien, Panama und Guatemala über das Schicksal Südtirols. Der Wüstenscheich saß neben dem polnischen Klaviervirtuosen Paderewsky, der Maharadscha saß neben dem kubanischen Professor des Völkerrechts, der Neuseeländer neben dem südamerikanischen Revolutionsgeneral. Europa vollzog feierlich seinen Selbstmord vor der Menschheit und den Jahrtausenden.

Ein Brausen in zwanzig Sprachen ging durch die Riesenwölbung von Marmor, Glas, Gold und bunten Bildern: ‚Die Boches! Die Hunnen kommen!'

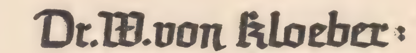
Die beiden deutschen Vertreter hatten bescheiden an der Schmalseite des Hufeisentisches zwischen dem Japaner und dem Brasilianer Platz genommen. Es war der Mangel aller Würde eines weltgeschichtlichen Vorgangs rund um sie her – ein lärmendes Geschwatze über tausend Dinge, ein ununterbrochenes Gedränge, ein Stürmen der Journalisten nach den Telephonzellen und zurück. Ein Lärmen und Laufen hüben und drüben in den Säken des Mars und Merkur, des Herkules und der Venus, wie in den einstigen Gemächern Marie-Antoinettes und Maria Leszcynskas. Feiner Zigarettenduft wehte herein. Friedlich grünte unten im Sonnenschein, unbekümmert um die Menschen, der unermeßliche Park mit seinem heute zur Feier des Tages hochaufspritzenden Wasserkünsten. Und von fern, im Windeswehen, der gestrige Jubel von Paris.

Die hundert donnernden Kanonenschläge vom Mont-Valérien und als ihr Widerhall von weither, in ununterbrochenen Salven, das Viktoriaschießen aller Forts vor Paris. Das Spiel der Musikkapellen auf den öffentlichen Plätzen. Das Fahnenschwenken der Kinder. Der Gesang der Menschenmassen auf den Boulevards. Der Tanz auf den Bürgersteigen an dem linden Sommerabend. Das Festbankett zu Ehren Wilsons. Die Ansprache Poincarés: ‚Wir müssen darüber wachen, daß Deutschlands verbrecherische Hände nicht abermals den Brand entzünden.' Und Wilsons – schon mit gepackten Koffern – Wilsons Antwort: ‚Es ist nicht genug, eine Nation einmal besiegt zu haben. Es muß auch eine Warnung erteilt werden an alle andern Völker, daß sie ebenso dafür bestraft werden.'"

... Sträubt sich nicht die Feder? Wird dort am Verhandlungstisch nicht die Tinte rot vor Scham? ...

Nein: Sie unterschreiben ...

Ein Fallbeil fällt. Kein Haupt rollt in den Staub. Aber ein Herz. Deutschlands Ehre ... 12 Minuten nach 3.



Der große Vertragsbruch

Gewaltfriede und Systempolitik

Am 5. Oktober 1918, zu einer Zeit, da die deutsche Front noch ungebrochen den Ansturm der vereinigten französischen, englischen und amerikanischen Armeen abwehrt, hat das Deutsche Reich dem amerikanischen Präsidenten Wilson mitgeteilt, daß es bereit sei, auf der **Grundlage des Wilsonschen Friedensprogrammes** der 14 Punkte und der späteren Erklärungen des Präsidenten den Frieden zu schließen. In einem längeren Notenwechsel zwischen Berlin und Washington wird von seiten der amerikanischen Regierung ausdrücklich festgestellt, daß mit der Annahme des amerikanischen Friedensprogrammes die Grundlage des Friedens feststünde, und daß die Friedensverhandlungen lediglich den Zweck hätten, „sich über die praktischen Einzelheiten seiner Anwendung zu verständigen".

In der bekannten **Note vom 5. November 1918** teilt der amerikanische Staatssekretär Lansing mit, daß nicht nur die Vereinigten Staaten, sondern sämtliche alliierten und assoziierten Mächte, die mit Deutschland im Kriege lagen, bereit seien, mit der deutschen Regierung „auf Grund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongreß vom 8. Januar 1918, sowie der Grundsätze, die in seinen späteren Ansprachen niedergelegt sind", den Frieden zu schließen. Nur in zwei Punkten wurden Einschränkungen gegenüber dem Wilsonschen Friedensprogramm geltend gemacht: bezüglich der Auslegung des Punktes über die Freiheit der Meere und bezüglich der deutschen Reparationsleistungen, die nicht nur den Wiederaufbau in Nordfrankreich, sondern darüber hinaus die Schäden der Zivilbevölkerung umfassen sollen. **Die Lansingnote vom 5. November 1918 stellt einen Vorfriedensvertrag zwischen dem deutschen Volke und seinen Kriegsgegnern dar.** Nach diesem Vorfriedensvertrag sollte nach dem gemeinsamen Willen auf beiden Seiten der Neubau Europas auf der Grundlage des von Wilson verkündeten Friedensprogrammes vorgenommen werden.

Dieses Friedensprogramm ist in 14 Punkten in einer Botschaft an den Kongreß der Vereinigten Staaten am 8. Januar 1918 verkündet und in einer Reihe Ansprachen vom 11. Februar, vom 4. Juli und vom 27. September 1918 ergänzt worden. **Die 14 Punkte** umreißen folgendes Programm:

1. Öffentliche und öffentlich zustande gekommene Friedensverträge.
2. Freiheit der Schiffahrt auf See.
3. Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken und Herstellung gleicher Handelsbedingungen.
4. Austausch angemessener Bürgschaften dafür, daß die Rüstungen der Völker auf das niedrigste mit der inneren Sicherheit zu vereinbarende Maß herabgesetzt werden.
5. Freie, weitherzige und unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche.
6. Räumung des ganzen russischen Gebietes.
7. Räumung und Wiederherstellung Belgiens.
8. Räumung und Wiederherstellung Nordfrankreichs und „Wiedergutmachung des Unrechtes, das Frankreich von Preußen im Jahre 1871 in Elsaß-Lothringen zugefügt wurde".
9. Eine Berichtigung der Grenzen Italiens nach dem klar erkennbaren nationalen Besitzstand.
10. Den Völkern Österreich-Ungarns soll freiester Spielraum zu selbständiger Entwicklung gegeben werden.

11. Räumung von Rumänien, Serbien und Montenegro, Serbien soll einen Zugang zur See erhalten, Abgrenzung der Balkanstaaten nach der historischen Zugehörigkeit und des Volkstums.
12. Selbständigkeit des türkischen Volkstums, des osmanischen Reiches und freie Entwicklung für dessen andere Nationalitäten.
13. Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates, der alle Länder, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt sind, umfaßt und einen freien Zugang zur See erhält.
14. Bildung eines Völkerbundes zur Garantie der Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit aller Nationen.

Am 11. Februar 1918 erklärte der amerikanische Präsident in Ergänzung seines Friedensprogrammes, daß 1. ein Friede geschlossen werden müßte, der so gerecht sei, daß er von Dauer sein könne; 2. daß Völker und Provinzen nicht von einer Staatshoheit zur anderen verschachert werden dürfen, als ob sie Steine in einem Spiele wären; 3. daß jede Gebietsfrage ausschließlich im Interesse der Bevölkerung dieses Gebietes gelöst werden darf; 4. daß alle klar umschriebenen nationalen Ansprüche befriedigt werden sollen. In seiner Rede in Mount Vernon am Grabe Washingtons betont Wilson den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und erklärt, daß alle Fragen der Gebietshoheit und der nationalen Zugehörigkeit durch das Volk, das unmittelbar betroffen ist, selbst geregelt werden sollen. In seiner Ansprache vom 27. September 1918 für die sogenannte vierte amerikanische Freiheitsanleihe bekennt sich der amerikanische Präsident zur „unparteiischen Gerechtigkeit", die „keine Unterscheidung zwischen denen mit sich bringen darf, denen gegenüber wir gerecht zu sein wünschen, und jenen, denen gegenüber wir nicht gerecht zu sein wünschen". Er erklärt, daß es beim Friedensschluß „nur gleiche Rechte für die beteiligten Völker" geben darf, und daß der Friede „kein besonderes, abgesondertes Interesse irgendeiner einzelnen Nation oder Gruppe" zugrunde legen darf, „wenn es sich nicht mit dem gemeinsamen Interesse aller verträgt".

Das Wilsonsche Friedensprogramm der 14 Punkte und der späteren Erklärungen stellt die Grundlage eines Rechtsfriedens dar, bei dem das deutsche Volk die Last einer schweren Kriegsentschädigung auf sich zu nehmen bereit war, dessen Grundsätze aber die Entwicklung freier und gleichberechtigter Nationalstaaten ermöglicht hätte. Durch die Lansingnote vom 5. November haben sich sämtliche Feindmächte vertraglich zu einem Frieden des Selbstbestimmungsrechtes, der wirtschaftlichen Freiheit, der allgemeinen Abrüstung und des kolonialen Ausgleichs verpflichtet.

Jeder einzelne der Grundsätze des Friedensprogrammes ist durch die Beschlüsse der Pariser Konferenz verletzt worden. Brutaler Siegeregoismus, imperialistische Maßlosigkeit und zielbewußte jüdisch-freimaurerische Machtpolitik auf der einen, dilettantische Leichtfertigkeit, Gleichgültigkeit und Unwissenheit auf der anderen Seite haben in Paris zu dem infamsten Vertragsbruch der Weltgeschichte geführt. Die verantwortlichen Friedensmacher der vier feindlichen Großmächte, Clemenceau, Lloyd George, Orlando und Wilson, tragen die Verantwortung, daß an die Stelle des vereinbarten Rechtsfriedens das Diktat der Gewalt getreten ist, das nicht nur die besiegten Völker, sondern ganz Europa in Unglück und Unsicherheit gestürzt hat.

Noch am 30. Mai 1919 schrieb der Vertreter der Südafrikanischen Union auf dem Friedenskongreß, der einstige Gegner Lettow-Vorbecks in Ostafrika, General Smuts, an den Präsidenten Wilson: „Die Deutschen sagen, daß wir ihnen gegenüber unter einer feierlichen Verpflichtung stehen, einen Wilson-Frieden zu schließen, einen Frieden in Übereinstimmung mit ihren 14 Punkten und anderen 1918 verkündeten Grundsätzen. Es besteht nach meiner Ansicht absolut kein Zweifel, daß dem so ist. Und alle Bestimmungen des Friedensvertrages, die in ihrem Ziel und Zweck dagegen sind oder darüber hinausgehen, würden einen Bruch des Abkommens bedeuten. Wenn wir das tun, wird es so scheinen, als brächen wir das förmliche Abkommen, das wir in vollem Bewußtsein geschlossen haben, und wir werden mit schwerster Schande überschüttet werden, und dieser Friede könnte dann wohl sogar ein noch größeres Unheil für die Welt bedeuten, als es dieser Krieg war."

Am 7. Mai 1919 war im großen Saale des Hotels Trianon-Palast in Versailles den Deutschen das Gewaltdiktat überreicht worden. Die von Haß vergiftete Atmosphäre fand so recht ihren Ausdruck in den Worten, mit denen Clemenceau seine Ansprache in schneidendem Ton begann: „Die Stunde der schweren Abrechnung ist gekommen."

Und der Wille, das Vertrauen der Mittelmächte auf die Kraft einer ehrlichen Vermittlerrolle Amerikas sofort zu mißbrauchen, ergibt sich gleich aus einer Feststellung, daß mündliche Verhandlungen nicht gepflogen würden, sondern die Deutschen lediglich die Möglichkeit besäßen, ihre Einwendungen schriftlich der Friedenskonferenz zur Kenntnis zu bringen.

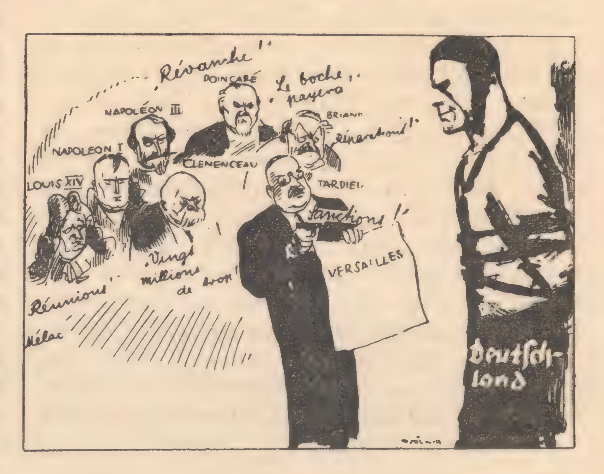
In den „Bemerkungen zu den Friedensbedingungen" hat die deutsche Delegation dem ihr überreichten Text einen deutschen Friedensentwurf gegenübergestellt, der sich streng an die vereinbarten Bedingungen des Vorfriedensvertrages nach dem Wilsonprogramm hielt. Sie beruft sich auf „das Recht, das den Deutschen durch den Vertrag über die Friedensgrundsätze gewährleistet" sei und betont, daß das deutsche Volk „im Vertrauen

auf die gesicherte Rechtsgrundlage für die Friedensverhandlungen die Waffen aus der Hand gelegt" habe. Der von den Alliierten überreichte Text stelle „den Bruch eines völkerrechtlichen Abkommens" dar. Dieser Bruch der Wilsonschen Grundlage wird Punkt für Punkt an Hand der überreichten Friedensbedingungen nachgewiesen und festgestellt, daß diese „in schroffstem Widerspruch mit der vereinbarten Rechtsgrundlage für einen dauernden Rechtsfrieden" stehen.

Klar fordert die deutsche Note die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes für alle strittigen Gebiete. Sie verlangt Abstimmung in Elsaß-Lothringen, verlangt die Belassung der unzweifelhaft deutschen Gebiete Westpreußens und Danzigs beim Reich, erklärt die Notwendigkeit einer Abstimmung in Deutsch-Österreich, weil es Deutschland unmöglich sei „dem Wunsche seiner deutschen Brüder in Österreich nach staatlichem Zusammenhang sich zu widersetzen, da das Selbstbestimmungsrecht der Völker allgemein und nicht lediglich zu Ungunsten Deutschlands gelten muß". Die deutsche Note fordert ferner das Selbstbestimmungsrecht für die Sudetendeutschen Gebiete und erhebt Einspruch gegen die Abtretung deutschen Landes in Eupen-Malmedy und Oberschlesien. Im Einklang mit dem Wilsonschen Friedensprogramm verlangt das Reich, daß 1. „in allen Fällen, wo Deutschland in Gebietsabtretungen willigen kann, mindestens eine Volksabstimmung nach Gemeinden vorausgehen muß", und daß 2. „das Selbstbestimmungsrecht der Völker insbesondere auch dort angewendet werden muß, wo deutschstämmige Bevölkerung den Anschluß an das Reichsgebiet wünscht".

Die deutschen Vorstellungen sind an dem feindlichen Vernichtungswillen abgeprallt. Soweit bei der britischen und amerikanischen Delegation Neigungen zu einer Abänderung der Friedensbedingungen vorhanden waren, sind diese an dem fanatischen Widerstand Clemenceaus gescheitert, aber auch an der inneren Haltlosigkeit des deutschen Volkes, das nicht wie ein Mann hinter seinen Vertretern stand. Lediglich in Oberschlesien wurde an die Stelle der bedingungslosen Abtretung die Abstimmung zugestanden. Die unerbittliche Haltung der Feindmächte wurde verstärkt durch die Gewißheit, daß dank der Tätigkeit des Zentrumsabgeordneten Matthias Erzberger sich in der deutschen Nationalversammlung — trotz allem anfänglich gezeigten Widerstandswillen — eine Mehrheit für die Annahme der Friedensbedingungen finden wird. Clemenceaus Wort: „Die Deutschen werden unterzeichnen", das auf sicheren Informationen aus Deutschland beruhte, hat die letzte Möglichkeit eines Sieges der Vernunft über die brutale Willkür vereitelt. Mit dem Ultimatum vom 16. Juni 1919 wird durch die Androhung von Gewalt die deutsche Regierung zur Unterzeichnung veranlaßt: „Wenn die deutsche Delegation nicht binnen fünf Tagen ihre Bereitschaft erklärt, den Vertrag in seiner jetzigen Gestalt zu unterzeichnen, so würde der Waffenstillstand damit beendet sein und die alliierten und assoziierten Mächte würden diejenigen Schritte ergreifen, die sie zur Erzwingung ihrer Bedingungen für notwendig halten." Eine derartige Drohung konnte der deutschen Nation gegenüber nur unter dem Eindruck des 9. November 1918 und seiner Folgen ausgesprochen werden und nur ein solches „System-Regime" konnte sich dieser Drohung beugen.

Am 28. Juni 1919 wurde im Spiegelsaal des Schlosses zu Versailles, in jenem Spiegelsaal, der am 18. Januar 1871 die feierliche Gründung des Zweiten Reiches sah, durch den Sozialdemokraten Müller und den Zentrumsmann Bell für Deutschland das Friedensdiktat unterzeichnet. Am 2. Juni waren auch der deutsch-österreichischen Delegation in St. Germain die Friedensbedingungen überreicht worden, die dem Deutschtum der Alpen- und Sudetenländer das Recht auf Selbstbestimmung und freie Entwicklung raubten. Am 10. September 1919 mußte Deutsch-Österreich dem Reiche in der Unterwerfung nachfolgen und das Diktat von St. Germain unterzeichnen, das — als Ergänzung des Versailler — das Deutschtum der zerbrochenen Donaumonarchie ebenso vernichtend traf wie jenes das deutsche Volk im Reich. Um vor der Welt aber den klaren Rechtsbruch der Alliierten und die Verhöhnung des feierlich verkündeten Selbstbestimmungsrechtes zu verschleiern, wird nicht nur die Unterschrift des Besiegten unter die Bestimmungen des Diktates, sondern zugleich unter die Behauptung einer deutschen Schuld am Weltkriege erpreßt. Die Lüge von der deutschen Schuld am Krieg soll die moralische Rechtfertigung für den brutalen Gewaltakt von Versailles darstellen. Die Farce eines Richterspruches soll Rechtsbruch und Vergewaltigung den Anschein einer höheren Gerechtigkeit verleihen. Beim Festmahl am Tage der Unterzeichnung des Diktates weiß der amerikanische Präsident nichts mehr vom Selbstbestimmungsrecht der



Völker und vom Frieden der Gerechtigkeit zu sagen, sondern er erklärt, daß dieser Friede eine Strafe für ein begangenes Unrecht sei. „Es muß", so lautet der Trinkspruch Wilsons bei diesem Festmahl, „nicht bloß ein Volk, das einmal Übles tat, bestraft werden, sondern alle müssen eine Warnung erhalten, daß sie bei entsprechendem Verhalten ebenso bestraft würden." Der materiellen Vernichtung wird die moralische Preisgabe des zum Verbrecher gestempelten Gegners hinzugefügt, der Vertragsbruch zum Richterspruch und die Siegerwillkür zur Strafe umgefälscht, um eine „Ordnung" in Europa aufzurichten, die über 80 Millionen Menschen für Generationen in einem vegetierenden Dasein am Boden zu halten versprach.

Die Zertrümmerung Deutschlands

Einen geschlossenen Siedlungsraum von über 80 Millionen Deutscher stellt das größere Deutschland im Herzen Europas dar (vgl. darüber die beiden vorigen Folgen des Schulungsbriefes).

Als im Oktober 1918 die Donaumonarchie sich in ihre Völker auflöste, da war endlich der Weg auch für die Deutschen in Österreich frei, sich mit dem Deutschen Reich auf Grund des von Wilson proklamierten und von sämtlichen Feindmächten anerkannten Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu vereinigen. Das deutsche Volk in Österreich war einmütig entschlossen, zum Reich heimzukehren. Am 12. November 1918 hat die provisorische Nationalversammlung des neu errichteten Staates Deutsch-Österreich einstimmig beschlossen, daß **Deutsch-Österreich ein Bestandteil des Deutschen Reiches** sei. Auch die konstituierende Nationalversammlung, die im Februar 1919 neu gewählt wurde, also die gleiche Einrichtung für Österreich, die für das Reich in Weimar tagte und Versailles annahm, wiederholte am 12. März ebenso einstimmig den Beschluß vom 12. November.

Der neu errichtete Staat Deutsch-Österreich umfaßte nicht nur den heutigen Rumpf, sondern sämtliche Länder des geschlossenen deutschen Siedlungsgebietes des alten Österreichs. Ihm gehörten neben Deutsch-Südtirol und der Deutschen in Steiermark auch die deutschen Gebiete Böhmens, Mährens und Österreichisch-Schlesiens an. Die 10 Millionen Deutsche dieses neuerrichteten Deutsch-Österreichs haben in unzähligen Kundgebungen (siehe „Schulungsbrief" 10/37, mittlere Bildseite) und durch die von ihnen gewählten Vertreter ihren Willen kundgetan, sich mit den Deutschen des Reiches zu vereinen. Am 14. November 1918 hat der Staatsrat als die verantwortliche Regierung Deutsch-Österreichs ein Schreiben an den Präsidenten Wilson gerichtet, worin dieser von dem Willen des deutschen Volkes in Österreich unterrichtet wird.

„Die provisorische Nationalversammlung Deutsch-Österreichs hat am 12. November 1918 einstimmig beschlossen, Deutsch-Österreich die Verfassung einer demokratischen Republik zu geben, die ein Bestandteil der großen deutschen Republik werden soll. Das deutsche Volk in Österreich hat damit von sich aus sein Selbstbestimmungsrecht ausgeübt und kundgetan, daß es fortan keiner Staatsgewalt unterworfen sein will als der, die es sich selbst einsetzt, und daß es die enge staatsrechtliche Verbindung mit Deutschland wiederherstellen will, die vor 52 Jahren durch das Schwert zerrissen worden ist.

Wir hoffen, Herr Präsident, daß Sie, den so oft ausgesprochenen Grundsätzen entsprechend, diese Bestrebungen des deutschen Volkes in Österreich unterstützen werden. Das Recht der Polen, der Italiener, der Südslawen, die bisher dem österreichischen Staate angehört haben, sich mit ihren Nationalstaaten außerhalb Österreichs zu vereinigen, haben Sie, Herr Präsident, verfochten. Wir sind überzeugt, daß Sie dasselbe Recht auch dem deutschen Volk in Österreich zuerkennen werden."

Auf Grund des Vorfriedensvertrages am 5. November hatten die Deutschen Österreichs ein Recht auf Vereinigung mit dem Reich. Die unselige Zerreißung des deutschen Volkes hätte nun im Namen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker sein Ende finden müssen.

Versailles aber hat dem geschlossenen deutschen Raum in Mitteleuropa nicht allein Randgebiete mit deutscher Bevölkerung in allen Himmelsrichtungen gewaltsam entrissen, es hat diesen Raum, der seinem Volkstum und seiner Geschichte nach eine Einheit wie kein anderer Staat in Europa darstellt, in 18 Trümmer zerschlagen.

Mehr als 15 Millionen Deutschen wird durch den Gewaltfrieden ihr Recht auf Selbstbestimmung geraubt, ihnen wird ein Recht vorenthalten, das Tschechen und Südslawen, Polen, Rumänen und Italienern ohne weiteres gewährt wird, das Naturrecht, in ihrem eigenen Volksstaat zu leben. Der Gebietsumfang dieser deutschen Länder, die gegen den Willen ihrer Bevölkerung jenseits der Reichsgrenzen liegen, ist größer als das ganze reichsdeutsche Süddeutschland mit Sachsen zusammen. Maßloser hätte das Selbstbestimmungsrecht nicht verletzt werden können.

Die ganze furchtbare Bedeutung dieser Zertrümmerung des großen geschlossenen deutschen Volksbodens wird erst klar, wenn wir ihre Wirkung in ihrer Gesamtheit betrachten. Die Errichtung einer deutschfeindlichen Tschechoslowakei im Herzen Mitteleuropas, die durch die Unterwerfung der dreieinhalb Millionen Sudetendeutschen auf die Kämme der deutschen Ge-



Unbesetztes Reichsgebiet nach Auswirkung des Diktates: 436000 qkm Land, 53500000 Einwohner. Verluste des Deutschen Reiches: Gesamtverluste des Reiches an Land und Leuten rund 3 Mill. qkm und 20 Mill. Menschen (davon 3791000 Deutsche in den abgetretenen Gebieten und 12300000 Bewohner deutscher Schutzgebiete). 1903801 Tote im Weltkrieg. 4200000 Verwundete. 763000 Opfer der Hungerblockade. Verluste Deutsch-Österreichs (Größe: 88991 qkm) (Einwohner: 6500000).

birgsumwallung und an ihre Einfallspforten nach Nord-, Mittel- und Süddeutschland vorgerückt ist, ist das unorganische Kernstück eines zur Aufrechterhaltung der deutschen Ohnmacht bestimmten Staatensystems. Das den „Frieden" ergänzende Bündnis von Frankreich mit der Tschechoslowakei und mit Polen war der weitere Versuch, diese elementare Bedrohung des aufgespaltenen deutschen Rumpfes zu einem dauernden Zustand zu machen. Die spätere Hinzuziehung der Sowjetunion hat im Gegenzug gegen eine einsichtigere polnische Außenpolitik die Pariser Bedrohungs- und Einkreisungspolitik vervielfacht.

In der politischen Spekulation auf die von Juden genährten separatistischen Gelüste einer klerikalen und reaktionären Interessentenschicht in Österreich glaubt man außerdem mit der Entwicklung einer — der gesamtdeutschen widersprechenden — österreichischen Staatsidee rechnen zu dürfen, die das Zwangsgebilde von St. Germain mit Eigenleben erfüllt. Dieser selbständige österreichische Staat soll das Reich von den Donauländern und dem Balkan trennen und er soll zum anderen verhüten, daß das Reichsgebiet den tschechischen Keil auch in der Südflanke umfaßt und die Tschechoslowakei damit zur Aufgabe ihrer antideutschen Politik zwingt. So liegt der Zertrümmerung des deutschen Raumes ein System zugrunde, das durch seine Grenzziehung ein Höchstmaß der Bedrohung mit der Verriegelung des einzigen Weges verbindet, der aus der kleindeutschen Gefahrenlage hätte herausführen können.

Die deutsche Entwaffnung

Dem Deutschen Reich und Deutsch-Österreich wurde ein Wehrsystem aufgezwungen, das uns jedem Angriff von außen schutzlos preisgab. Während Deutschland rings von Mächten mit allgemeiner Wehrpflicht umgeben ist, die im Kriegsfalle in der

Lage sind, Millionenarmeen zu entsenden, konnte das Reich nur ein Berufsheer von 100 000 Mann unterhalten. Aber auch dieses Heer mit zwölfjähriger Dienstzeit wird in seiner Bewaffnung in einer Weise beschränkt, die den *stärksten Beweis für die gewaltige Angst vor der deutschen Wehrkraft* darstellt. Weder schwere Artillerie noch Tanks und Panzerzüge durfte dieses Heer besitzen. Die Flugwaffe wurde gänzlich verboten. **Eine Armee ließ man uns, die nicht ausgereicht hätte, um Deutschland im Innern vor dem Bolschewismus zu bewahren.** Seine Zusammensetzung und Bewaffnung wurde genau festgelegt; 30 000 Mann Kavallerie, 288 leichte Geschütze und 1134 Maschinengewehre; der *Munitionsbestand* und die allgemeine Ausrüstung wurden bestimmt, Gasmasken sollte der deutsche Soldat nicht haben. Auch der Wirkungsbereich der kleinen Armee wurde noch eingeschränkt. Das von feindlichen Besatzungstruppen ein Jahrzehnt besetzte linksrheinische Deutschland und ein 50 Kilometer breiter Streifen rechts des Rheines sollte als „entmilitarisierte Zone" auch nach dem Abzug der feindlichen Truppen von keinem deutschen Soldaten betreten werden. Wehrlos und schutzlos wurden die deutschen Rheinlande dem hochgerüsteten Frankreich auf das Servierbrett gelegt. Alle deutschen Befestigungen in diesem Gebiet wurden zerstört, ebenso die Verteidigungsanlagen zum Schutze Helgolands und des Nordostseekanals. Die deutsche Kriegsflotte durfte nurmehr 6 mittlere Kreuzer, 6 kleine Kreuzer, 12 Torpedoboote und 12 Zerstörer umfassen. Die U-Boots-Waffe wurde verboten. *So konnte die kleine Kriegsflotte die deutsche Küste nicht schützen.*

Alle Waffen und Kriegsgeräte, die über den festgesetzten Höchststand hinausgingen, mußten ausgeliefert oder zerstört werden. Sechs Millionen Handfeuerwaffen, über 100 000 Maschinengewehre, nahezu 85 000 Geschütze und Minenwerfer, über 16 Millionen Handgranaten, über 14 000 Flugzeuge, fast 30 000 Flugzeugmotore sind in Deutschland auf Befehl des Gegners vernichtet worden. 26 Großkampfschiffe, 4 Küstenpanzer, 19 kleine Kreuzer, 83 Torpedoboote und 315 Unterseeboote wurden dem Gegner ausgeliefert. Die gesamte deutsche Rüstung war damit zerschlagen. Auch die Deutschen der Republik



Österreich wurden entwaffnet und ihre Wehrmacht auf ein Berufsheer von 30000 Mann beschränkt. Wehrlos war das deutsche Volk der Willkür fremder Mächte ausgeliefert. Die Ungeheuerlichkeit dieser einseitigen Entwaffnung erschien selbst den Pariser Diktatmachern zu stark, im Friedensdiktat wird die deutsche Entwaffnung damit begründet, daß sie lediglich den ersten Schritt zu einer allgemeinen europäischen Abrüstung darstellen solle. Sechzehn Jahre lang hat das deutsche Volk auf die Einlösung dieser Verpflichtung vergeblich gewartet.

Die Tributverknechtung

Die deutsche Wehrlosigkeit war die Voraussetzung für die Unsummen an Tributen, die nach dem Willen der Sieger nunmehr ein Menschenalter hindurch aus dem deutschen Volk herausgepreßt werden sollten. Diese „Reparationen" haben nichts mehr mit der Entschädigung für die Schäden der Zivilbevölkerung zu tun, die in der Lansing-Note als Friedensbedingung mitgeteilt wurde. Auch diese Bestimmung des Vorfriedensvertrages wird dem rücksichtslosen Vernichtungswillen geopfert. Alles Tribute, die von dem entwaffneten deutschen Volke erpreßt wurden, da es sich in blindem Vertrauen auf papierene Versprechungen entwaffnen ließ. Beim Friedensdiktat selbst wurde die Höhe der sogenannten „Wiedergutmachungen" dem deutschen Volke noch nicht bekanntgegeben. Man verlangte eine „vorläufige Zahlung" von 20 Milliarden Goldmark, zahlbar in achtzehn Monaten, und erklärte, daß erst eine eigene „Reparationskommission" gebildet würde, die die endgültige Summe festsetzen sollte. Diese Reparationskommission sollte zugleich das Recht besitzen, die Leistungsfähigkeit und den Leistungswillen Deutschlands zu prüfen, die Finanzgebarung des Reiches und der Länder zu überwachen und Abstriche am Staatshaushalt zum Zweck der Erschließung neuer Einnahmequellen für die Tributzahlungen zu verlangen. Das Novembersystem unterschrieb in Versailles einen Blankowechsel, der nach dem Ermessen der Sieger ausgefüllt werden sollte. Erst 1921, auf der Londoner Konferenz, wird dieser Wechsel zum erstenmal präsentiert. Er enthält eine Gesamtsumme von — sage und schreibe — **132 Milliarden Goldmark**, die in 30 Jahren bezahlt werden sollten. Von dem entwaffneten deutschen Volk wurde die Unterschrift unter diese Wahnsinnsforderung erpreßt; ihre absolute Unerfüllbarkeit lieferte die Grundlage für jene Tributverknechtung, die dann später durch den Dawes- und Youngplan über das deutsche Volk verhängt wurde. Neben der Zertrümmerung des deutschen Raumes und der Wehrlosmachung durch die Entwaffnung sollte diese Tributverknechtung nach dem Willen der Sieger die dritte Fessel sein, die das deutsche Volk für alle Zeiten niederhält. Um sie zu rechtfertigen, wird das „Recht auf Reparationen" im Artikel 231 des Diktates eigens durch die Behauptung der deutschen Kriegsschuld begründet.

Daß es sich nicht um erfüllbare Tribute bei den Forderungen des Gegners handelte, ging schon daraus hervor, daß sie einem ohnehin völlig erschöpften und bereits an Sachwerten ausgeplünderten Volke auferlegt wurden. Noch nie wurde seit dem Bestehen moderner Staaten ein Volk in einer so barbarischen Weise ausgeraubt. Man wollte die wirtschaftliche Gesundung des niedergeworfenen Reiches damit für alle Zeiten unmöglich machen.

Den ersten und entscheidendsten Schlag gegen den deutschen Besitzstand stellt **der Raub sämtlicher Kolonien und überseeischer Besitzungen** dar. Als letzte der abendländischen Nationen (!) war das deutsche Volk in den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts darangegangen, sich einen bescheidenen Kolonialbesitz aufzubauen. Weniger wegen der an sich sehr beschränkten Siedlungsmöglichkeit, als wegen der für die deutsche Volkswirtschaft notwendigen Rohstoffe und der Gewinnung tropischer und subtropischer Produkte. Für die deutsche Industrie bedeuteten die Kolonien und Überseebesitzungen gesicherte Absatzgebiete und Entwicklungsmöglichkeiten des deutschen Exportes.

Der gesamte Kolonialbesitz wird entgegen der Bestimmung des Vorfriedensvertrages, daß „ein freier, unbefangener und absolut unparteiischer Ausgleich aller kolonialen Ansprüche" erfolgen solle, Deutschland entrissen. In wenigen Minuten war auf der Pariser Friedenskonferenz unter dem Druck der von **Lloyd George** zusammenberufenen Ministerpräsidenten der Britischen Dominions der Entschluß gefaßt worden, die deutschen Kolonien einfach zu enteignen. Wilson begnügte sich mit der Äußerung, daß seiner Meinung nach alle dagegen wären, die deutschen Kolonien zurückzuerstatten. Es war bezeichnend, daß man sich auch darüber sofort einig war, daß dieser Beschluß vorläufig nicht der Öffentlichkeit mitgeteilt werden sollte. Man hat später die entsprechende Lüge gefunden, die diese Enteignung rechtfertigen sollte. Man stellte nämlich die Behauptung auf, das Reich wäre nicht fähig gewesen, seine Kolonien und die Eingeborenen höher zu entwickeln und der Zivilisation zuzuführen, außerdem seien die Deutschen unmenschlich gegen die Eingeborenen vorgegangen. Das Interesse der Eingeborenen verlange, daß sie nicht wieder den Deutschen ausgeliefert würden. Der Kriegsschuldlüge wurde die koloniale Schuldlüge an die Seite gestellt, um den Rechtsbruch gegenüber Deutschland und den aus purer imperialistischer Habsucht diktierten Raub zu bemänteln. Ein Schwindel, der so plump war, daß er nur für die primitive Gutgläubigkeit der sogenannten öffentlichen Meinung der Welt berechnet sein konnte, denn jeder Kenner der

kolonialen Entwicklung wußte, daß die deutsche Kolonialgeschichte nichts kennt, was den Brutalitäten und Volksvernichtungen der alten Kolonialmächte auch nur annähernd an die Seite zu stellen wäre.

Man wagte trotz der Begründung des Raubes mit der kolonialen Schuldlüge doch nicht, den Raub ohne weiteres unter sich zu verteilen, sondern bemäntelte auch diese Aufteilung. Die Kolonien gingen

Verschleierter Raub

Die Reichsdeutschen wurden nach Zivilgefangenschaft und Drangsalen aus dem feindlichen Auslande und den Kolonien vertrieben und aus den abgetrennten Grenzgebieten herausgedrängt. Hinsichtlich ihrer beweglichen und unbeweglichen Habe teilte die Note des Präsidenten der Friedenskonferenz vom 16. Juni 1919 mit:

„Das Kapital deutscher Staatsangehöriger, das außerhalb Deutschlands investiert ist, bildet eine Art von Aktiven, die schnell realisiert werden kann."

In diesem Vorgehen liegt ein völkerrechtlicher Verstoß gegen Artikel 46 der Haager Landkriegsordnung von 1907, der lautet „Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden." In Artikel 297 i des Versailler Diktates wurde Deutschland verpflichtet, seine Angehörigen zu entschädigen. Die Handlungsweise der Diktatmächte war also nichts anderes als verschleierter Raub. Nachfolgend die Zahlen des geraubten Vermögens einzelner Reichsdeutscher, die durch das Gewaltdiktat von Versailles in drückende Not geworfen wurden:

Gewaltschäden	Millionen Goldmark	
Kolonien	120	
Rußland	1 640	
sonstiges Ausland	230	
Elsaß-Lothringen	500	
Ost- und Nordgebiete	810	3 300
Liquidationsschäden		
Kolonien	1 250	
England	500	
brit. Kolonien und Dominions	350	
Frankreich	1 150	
Belgien	200	
sonstiges Ausland	650	
Elsaß-Lothringen	900	5 000
Sachschäden insgesamt		8 300
Wertpapierschäden		1 300
Ausgleichsforderungen		700
Firmenwerte		1 500
Großschäden		1 600
sonstige		100
		13 500

Dieser Schadensbetrag von 13,5 Milliarden Goldmark wurde in gerichtlichen Verfahren ermittelt. Er stellt die unterste Grenze des wirklichen Schadens dar. In Geschädigten-Kreisen wird er mit 24 Milliarden Goldmark und von englischer Seite mit 30 Milliarden Goldmark beziffert. Der weitere Schaden, der durch den Raub des deutschen Auslandsvermögens dem deutschen Außenhandel zugefügt wurde, läßt sich nicht in Zahlen wiedergeben.

Dr. S. Wohlfarth

scheinbar in den Besitz des Völkerbundes über, und dieser gab sie als Mandate an die einzelnen Interessenten weiter.

Es blieb nicht beim Raub der Kolonien; auch das gesamte deutsche Volksvermögen im feindlichen Ausland wurde enteignet. Das gesamte deutsche Kapital, das in europäischen kolonialen und überseeischen Besitzungen einer mit Deutschland im Krieg befindlichen Macht steckte, dazu jeder Grundbesitz, alle industriellen Werke, Schiffe, Rechte, Besitztitel und Konzessionen wurden von dem betreffenden Feindstaat genommen und dem Reich die Entschädigung an die Besitzer aufgebürdet. Es ist reiner Diebstahl, denn noch nie wurde unter zivilisierten Staaten der Krieg gegen Private und gegen Privatbesitz geführt. Damit ist aber auch ein für allemal der Stand der Kulturhöhe derer gekennzeichnet worden, die vorgaben, für die Zivilisation und die Freiheit zu kämpfen. Aber nicht nur das materielle, sondern auch das geistige Eigentum der Deutschen war eine willkommene Beute: alle deutschen Patente im Ausland sind durch den Versailler Frieden verfallen. Die Bedeutung dieses Raubes des deutschen Volksvermögens im Ausland wird dann klar, wenn man bedenkt, daß das übervölkerte Deutschland schon vor dem Kriege eine passive Handelsbilanz hatte, also mehr einführte als exportierte, aber trotzdem eine aktive Zahlungsbilanz aufwies. Dies war nur dadurch möglich, daß durch die Arbeitskraft des deutschen Kapitals und der deutschen Unternehmungen im Ausland und außerdem durch die Verkehrs- und Frachtleistungen der deutschen Handelsflotte die deutsche Volkswirtschaft im ganzen mehr Geld einnahm, als sie ausgab, so den notwendigen Import bezahlen konnte und die Möglichkeit einer immer stärkeren wirtschaftlichen Entfaltung besaß.

Mit dem Raub des deutschen Eigentums im Ausland war der eine Aktivposten der deutschen Wirtschaft entwunden. Der folgerichtige zweite Schlag ist der Raub der deutschen Handelsflotte. Alle Schiffe von über 1600 Tonnen mußten den Alliierten ausgeliefert werden. Ferner die Hälfte aller Schiffe von 1000 bis 1600 Tonnen, ein Viertel aller Fischereifahrzeuge, ein Fünftel aller Schiffe der Flußschiffahrt. Deutschland, das vor dem Kriege die zweitgrößte Handelsflotte der Welt besaß und damit sofort hinter England stand, wurde mit einem Schlage auf die vierzehnte Stelle herabgedrückt. Dazu wurden noch 400 000 Tonnen an Baggern, Kranen und Docks der deutschen Schiffahrt genommen, deren Wiederaufbau außerdem dadurch hintangehalten wurde, daß fünf Jahre lang jährlich bis zu 200 000 Tonnen Schiffe für die Entente auf Reparationskosten gebaut werden mußten.

Auch im Binnenland selbst wurde dem deutschen Wirtschaftsleben Schlag auf Schlag versetzt. Vom Zuchtvieh bis zu wertvollen Kunstwerken, von Eisenbahnwagen bis zu komplizierten Chemikalien, vom Bauholz bis zu Präzisionsmaschinen gab es keine

Sachwerte in Deutschland, die nicht der Ausplünderung verfielen. Vorzugstarife für Gütertransporte, Einfuhrvergünstigungen, Freihäfen für die Flußschiffahrt, Internationalisierung der Ströme, all das waren Mittel der Kriegsgewinner, sich riesige wirtschaftliche Vorteile auf Kosten der deutschen Wirtschaft zu verschaffen. Zu einer Quelle dauernder Repressalien sollte sich vor allem die Forderung auswirken, daß Deutschland trotz des Verlustes der Kohlengruben im Saargebiet und in Oberschlesien, jährlich rund 43 Millionen Tonnen Kohlen an Frankreich, Belgien und Italien abzuliefern habe.

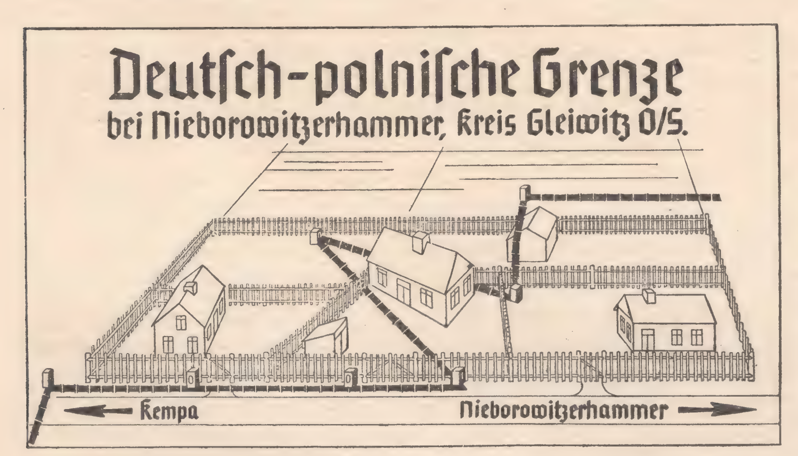
Es handelte sich also um eine regelrechte Ausplünderung des deutschen Volkes, betrieben unter dem Rechtstitel einer sogenannten Wiedergutmachung, eine Ausplünderung mit dem klaren Ziel, das deutsche Volk zu verelenden. **Auf rund 160 Goldmilliarden werden die Verluste geschätzt, die das Deutsche Reich durch den Raub seiner Grenzländer und seiner Kolonien und durch die Ausplünderung seiner Wirtschaft erleiden mußte.** Zu diesem Raub kommt nun noch die Tributversklavung, die mit ihrer Wahnsinnsforderung von 132 Milliarden auf Generationen hinaus der deutschen Wirtschaft jede Kraft aus den Adern saugen mußte.

Durch den Verlust seiner Grenzmarken zerstückelt, durch die Entwaffnung wehrlos der Willkür der Siegerstaaten ausgeliefert, durch die Ausplünderung jeder wirtschaftlichen Kraft beraubt, soll das deutsche Volk zum Arbeitssklaven der Welt und des diese beherrschenden Großkapitals erniedrigt werden. Die Verelendung der deutschen Massen soll die Lebenskraft des deutschen Volkes für alle Zeiten brechen und das Vernichtungswerk der Sieger an den noch ungeborenen Kindern und Kindeskindern fortsetzen. Als letztes und teuflischstes Ziel dieses größten Anschlags auf das deutsche Volk grinst uns aus den Paragraphen des Diktates der Wille entgegen, das deutsche Volk so ins Lebensmark zu treffen, daß es dem Volkstod anheimfällt. Das haßerfüllte Wort Clemenceaus, daß es „zwanzig Millionen Deutsche zu viel" auf der Welt gäbe, ist gleichsam das Leitmotiv dieser Schreckenssymphonie. Durch die Verelendung des deutschen Menschen sollten diese zwanzig Millionen nicht geboren werden. Ein Volk ohne Jugend, ein Volk gebrochener Greise, wird das deutsche Volk sich nie mehr gegen den Willen der Siegermächte und deren verborgene internationale Drahtzieher auflehnen können. Das aber, was auf ehemals deutschem Boden weiter vegetieren könnte, würde den Namen einer deutschen Nation nicht mehr verdienen.

Das System und der Gewaltfriede

Dieser Verrat am Frieden ist für uns Deutsche nicht zu trennen von dem, was wir das System nennen, jenem im November 1918 geborenen System der Ehrlosigkeit, der Erbärmlichkeit, der Feigheit, des offenen und versteckten Landesverrates. Das System ist gleichsam die weiche Teigmasse, die von der harten Hand des Gegners in die gewünschte Form gepreßt wird, das System, das im Parlament des Zweiten Reiches beginnend, mit seiner charakterlosen Schwäche und seinem Mangel an Mut so lange das deutsche Volk bis zur Hoffnungslosigkeit und Selbstaufgabe verseucht hat, bis dieses zu einer widerstandslosen, politisch zerrissenen und damit ohnmächtigen Masse geworden ist. Gewaltfriede und System sind eine nicht abreißende Kette von sich immer neu bedingender Ursache und Wirkung, wobei Glied für Glied zwangsläufig aus der sich immer weiter fortzeugenden bösen Tat herauswächst. Über den Zusammenhang zwischen Versailler Diktat und Weimarer Verfassung vgl. Seite 83 und 109.

Mitten im Kriege hatten sich die inneren schwarzen und roten Feinde des Reiches gefunden. Unter der Führung des geschäftigen Leiters der Zentrumspartei, Matthias Erzberger, schlossen der bürgerliche Linksliberalismus der Fortschrittspartei, der politische Katholizismus des Zentrums und der in der Sozialdemokratie organisierte Marxismus sich im Juli 1917 zu der Interessengemeinschaft der „Interfraktionellen Arbeitsgemeinschaft" zusammen. Es sind dies dieselben Parteien, die in Weimar als die Ausschlachter und Leichenfledderer der „Revolution" die Geschicke des Zwischenreiches in die Hand nahmen: Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum. Und wie später in der November-Republik tritt auch schon damals der rechte Flügel des Liberalismus mit dieser Arbeitsgemeinschaft in Verbindung, die Nationalliberale Partei bereitet ihre Linkswendung vor, die sie als Deutsche Volkspartei dann unter Gustav





Auf dem Gebiete der Bevölkerungspolitik können wir den letzten Sinn der Politik von Versailles und St. Germain genau feststellen. Hier haben wir den eigentlichen Sinn der „Verkrüppelungspolitik“ von Lloyd George und der Politik der „20 Millionen zuviel“ von Clemenceau vor uns. Friedrich Burgdörfer hat in seinen Untersuchungen nachgewiesen, daß wir seit 1926 eine volksbiologische Unterbilanz aufzuweisen haben. Das heißt, daß wir seit diesem Jahre 1926 bereits nicht mehr die erforderlichen Geburten aufgebracht haben, die zur bloßen Erhaltung des Volksbestandes notwendig sind. Und diese Feststellung gilt trotz der enormen Herabdrückung der Sterbeziffer infolge der modernen Volkshygiene. Im Jahre 1933 fehlten bereits 31 Prozent an Geburten zur Aufrechterhaltung des Volksbestandes. Die tiefere Ursache lag in dem Erschlaffen des Willens zur Fortpflanzung als Ausdruck mangelnden Zukunftsglaubens und Lebenswillens. Solange — wie vor 1933 — von drei erwerbstätigen Männern nur zwei in Arbeit, einer aber arbeitslos ist, solange fehlen die wirklichen sozialen Voraussetzungen für einen normalen Fortpflanzungswillen in einem Volke. Und solange ein Volk nur für fremde Nutznießer arbeiten und schuften soll, solange wird es sich unmöglich zu einer aktiven Erhaltung seiner Art und Rasse aufraffen. Solange solche Lebensbedingungen gelten, wie sie die Diktate von Versailles und St. Germain aufgerichtet hatten, solange muß dieser eiskalte Vernichtungswille seine frostigen Todeskeime auf den jungen Nachwuchs eines Volkes legen. Burgdörfer hat ausgerechnet, daß das seit 1926 einsetzende Geburtendefizit des deutschen Volkes bei weiterer Dauer dazu geführt haben würde, unsere heutige Bevölkerungszahl von 65 Millionen im Jahre 1975 auf 60 Millionen und bis zum Ende des Jahrhunderts sogar auf 47 Millionen heruntersinken zu lassen.

Oberregierungsrat Dr. Wilhelm Ziegler

Stresemann vollzogen hat. Ziel der Interfraktionellen Arbeitsgemeinschaft ist, die durch den Krieg gegebene ungeheure Belastung der Reichsregierung eiskalt zu parteipolitischen Zwecken zu mißbrauchen, um nur die ersehnte Parlamentarisierung des Reiches zu erringen. Das System scheut sich nicht, in einer Zeit, in der alle Kräfte nach außen zur Abwehr des feindlichen Ansturms einzusetzen waren, den innerpolitischen Kampf zu proklamieren. Und es führte diesen Kampf unter bewußter Schwächung der Schlagkraft des Heeres.

Die von den Parteien eingebrachte „Friedensresolution" vom 19. Juli 1917 war der erste öffentliche Schlag gegen den deutschen Widerstandswillen. Von hier aus geht es über den Verrat der Denkschrift des Grafen Czernin durch Erzberger und die landesverräterischen Munitionsarbeiterstreiks unter der Führung der Mehrheitssozialdemokraten Ebert und Scheidemann bis zur Krönung des Dolchstoßes im November 1918, der marxistischen Revolte. Das Reich ist darüber zugrunde gegangen. Als Prinz Max von Baden für das System die erste Parlamentarische Regierung zusammenstellte, da stützte sich diese auf die Mehrheit von Sozialdemokratie, Zentrum und Liberaler Fortschrittspartei. Scheidemann und Erzberger gehörten als Staatssekretäre dem kaiserlichen Kabinett an. Der Geist dieser Regierungsmehrheit war daraus zu ersehen, daß der sozialdemokratische „Vorwärts", das offizielle Organ der größten deutschen Regierungspartei, am 20. Oktober 1918 durch seinen jüdischen Hauptschriftleiter schreiben konnte:

„Deutschland soll, das ist unser fester Wille, seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie das letztemal siegreich heimgebracht zu haben."

Die Novemberrevolte

Am 5. Oktober hatte die Reichsregierung dem Präsidenten Wilson die Bereitwilligkeit Deutschlands, auf der Grundlage des amerikanischen Friedensprogramms den Frieden abzuschließen, mitgeteilt. Das intakt zurückgeführte und unbesiegte deutsche Heer war durch die Oberste Heeresleitung als Unterpfand für die Gleichberechtigung bei den Friedensverhandlungen erhalten worden. In dieser historischen Stunde haben die Systemparteien den entscheidenden Schlag gegen die deutsche Selbstbehauptung geführt. Trotz ihrer Stellung als Regierungspartei haben die Sozialdemokraten gemeinsam mit dem linksradikalen Marxismus die Novemberrevolution begonnen und durchgeführt, ihre bürgerlichen Partner haben sich dieser Revolution nicht nur nicht entgegengestellt, sondern den Ausbruch dieser Revolution gefördert und begünstigt. Die erste „Tat" dieses von uns Nationalsozialisten als Novemberverbrechen und Dolchstoß bezeichneten Umsturzes war die Zerschlagung und Kampfunfähigmachung des deutschen Heeres und damit die Auslieferung des Reiches an den vertragsbrüchigen Gegner.

Auf der Freitreppe des Reichstages ruft der kaiserliche Staatssekretär und sozialdemokratische Freimaurer Philipp Scheidemann die Deutsche Republik aus und macht jenen furchtbarsten Witz der Weltgeschichte, indem er erklärt: „Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt." Schon am nächsten Tag, als die Waffenstillstandsbedingungen bekannt wurden, offenbarte sich der Betrug. Es war kennzeichnend für diese Revolte des November 1918, daß ihre Führer, soweit sie der Sozialdemokratie entstammten, später ihre Tätigkeit als Revolutionsmacher bestritten und ableugneten. Die Sozialdemokratie hat später versucht, ihre Politik im November 1918 damit zu erklären, daß sie sich gezwungenermaßen der Revolution des linksradikalen Marxismus, der Unabhängigen und Spartakisten, angeschlossen habe, um „Schlimmeres zu verhüten" und Deutschland vor dem Chaos zu retten. Wir haben alle Ursache, diesen Betrug festzunageln. Ende November 1918 hat der einstige Leiter des landesverräterischen Munitionsarbeiterstreiks vor der großen Frühjahrsoffensive, Friedrich Ebert, in einer Sitzung der Vorstandschaft der Sozialdemokratischen Partei, wie wir aus dem „Vorwärts" vom 29. November 1918 entnehmen können, wörtlich erklärt: „Die Initiative zu den Vorgängen in Berlin ist von der Sozialdemokratischen Partei ausgegangen. Das muß festgestellt werden, weil die Dinge vielfach draußen so dargestellt werden, als hätte die USP. die Revolution gemacht und hätte uns erst nachgezogen." Im Juli 1920 legt die deutsche Sozialdemokratische Partei beim internationalen Sozialistenkongreß in Genf eine Denkschrift vor, in der festgestellt wird, daß zum Unglück der ganzen Welt die rote Revolte um fünf Jahre zu spät gekommen sei, und es heißt dann wörtlich weiter: „Der Revolution nicht schon früher den Weg gebahnt zu haben, ist die Schuld der deutschen Sozialdemokratie."

Das hinderte Herrn Scheidemann nicht, im Juni 1922 bei einer Kundgebung im Friedrichshain zu erklären: „Die Unterstellung, daß die Sozialdemokratie die Novemberrevolution gewollt und vorbereitet hat, ist eine törichte Agitationslüge unserer Gegner." Man hatte das Bedürfnis, sich vom Novemberverbrechen wegzuschwindeln, weil das Friedensdiktat inzwischen dem deutschen Volk die Augen darüber geöffnet hatte, was es mit dem „Sieg auf der ganzen Linie" auf sich habe. Verantwortlich vor der Geschichte als Führer und Beihelfer der Novemberrevolution wurden die roten Parteien nun zu Nutznießern des Zusammenbruchs. Nicht ein neuer Kopf wird durch die Novemberrevolution herausgestellt, sondern die alten parlamentarischen Routiniers und Geschäftemacher



Albert Leo Schlageter Zeichnung v. J. Straub

der wilhelminischen Zeit besetzen alle Schlüsselstellungen des Reiches und der Länder. Während Offiziere und Soldaten des heimkommenden Frontheeres, verstärkt durch junge Freiwillige, die den unsterblichen Kampfwillen eines besseren Deutschland noch immer ahnen lassen, überall in Deutschland den blutig aufflackernden Bolschewismus niederwarfen, bestimmten die Funktionäre der Weimarer Koalitionsparteien Inhalt und Kurs des neuen Systems, deren sogenannte Verfassung der Feder des jüdischen Handelsschullehrers Hugo Preuß entstammte. Die Interessengemeinschaft von verbürgerlichtem Marxismus, politischem Katholizismus und bürgerlichem Liberalismus trägt vor der Geschichte die volle Verantwortung für ein System der Erbärmlichkeit und Würdelosigkeit nach außen, der Zerrissenheit und Auflösung nach innen.

Die Koalition von Weimar trägt vor allem die Verantwortung für die Annahme des Friedens. Der Geist der Kapitulation, der schon während des Krieges verantwortlich für die Zermürbung der deutschen Widerstandskraft war, zwingt nun das deutsche Volk zur Unterwerfung unter das Diktat. Trotz aller starken Reden, die von Männern des Systems gehalten worden sind, müssen sie kapitulieren, weil sie ein Wiedererwachen des deutschen Selbstbehauptungswillens mehr zu fürchten haben als die Gewalt der Feinde. Sie unterwerfen sich dem Feind, um nicht von einem erwachenden Deutschland für ihre Haltung während des Kriegs und des Zusammenbruchs zur Verantwortung gezogen zu werden. Und diese Kreaturen, die im Namen des deutschen Volkes die Unterwerfung unter den Gewaltfrieden beschlossen, wurden zu Nutznießern des Gewaltfriedens, so wie sie zu Nutznießern der Novemberrevolution geworden sind.

Das Friedensdiktat wurde für die Weimarer Koalition das Instrument zur Sicherung ihrer Herrschaft über das deutsche Volk. Im Namen der Erfüllung des Friedensdiktates suchte man die einzigen Gegner des neuen Systems, die man fürchtete, niederzuhalten: die Nationalisten. Im Wiedererwachen der nationalen Selbstbesinnung glaubte das System mit Recht die größte Bedrohung der eigenen Machtstellung zu sehen. Unter Berufung auf das Friedensdiktat wurden die nationalen Organisationen entwaffnet und aufgelöst, die Freikorps und Zeitfreiwilligen-Verbände verboten, die Waffenlager ausgeschnüffelt und mit Energie die Zerstörung aller Waffen und Kriegsgeräte betrieben.

So wurde der Erfüllungswille zum typischen Kennzeichen des Weimarer Systems. Die Weimarer Nationalversammlung hat das Friedensdiktat unter Protest gegen den von den Feinden angedrohten militärischen Zwang unterschrieben. Nun ist man plötzlich durch seine „Ehre" moralisch verpflichtet, das Friedensdiktat zu erfüllen. Der Jude Rathenau erklärte, es sei die Ehrenpflicht des deutschen Volkes, seine Unterschrift unter den „Vertrag" zu honorieren, wie ein Kaufmann seine Unterschrift achte. Die Sozialdemokratie dehnte ihren Willen zur Erfüllung bis zum offenen Landesverrat aus und betonte 1920 bei ihrem Wiedereintritt in die Zweite Internationale in Genf, ebenso wie bei den Sozialistenkongressen 1922 in Frankfurt und 1923 in Hamburg, die „moralische Pflicht Deutschlands zur Erfüllung des Vertrages und zur Zahlung der Reparationen", weil Deutschland die Schuld am Kriege hätte.

Bis zur Londoner Konferenz im Februar 1921 hatte Deutschland zwanzig Milliarden an Reparationen zu leisten. Um seinen „guten Willen" zu beweisen, hatte man sogar für 21 Milliarden geleistet. Der gute Wille wurde damit belohnt, daß die Alliierten von diesen 21 Milliarden nur acht anerkannten und erklärten, Deutschland wäre mit zwölf Milliarden im Rückstand. Da der Rückstand nicht bezahlt werden konnte, begannen im Mai 1921 die ersten Sanktionen, d. h. die ersten im Diktat vorgesehenen Zwangsmaßnahmen. Düsseldorf, Duisburg, Mühlheim und Oberhausen wurden besetzt. Im Mai 1921, nachdem obige Leistungen der Erfüllungsregierung die Forderungen der Feindbundmächte hochschnellen ließ, wurde das Londoner Ultimatum überreicht, wonach Deutschland **132 Milliarden in 37 Jahren** zu zahlen hätte. An die Spitze des neuen Erfüllungskabinetts, das sich dem Ultimatum unterwarf, trat der Führer der Zentrumspartei, Josef Wirth, der die Verquickung von Erfüllungspolitik und Unterdrückung durch seinen bekannten Ausspruch deutlich machte: „Der Feind steht rechts".

Wirth erfüllte, indem er kurzfristige Auslandsanleihen zu 15 Prozent im Monat, das sind 180 Prozent im Jahr, aufnahm. Er scheute nichts, um die Unterwürfigkeit des Kabinetts vor den Feindmächten zu bezeugen. Er hoffte, durch die Annahme des Ultimatums und die Erfüllung Oberschlesien dem Reiche zu erhalten. Die Abstimmung im März hatte eine deutsche Mehrheit von 709 000 deutschen gegen 479 000 polnische Stimmen ergeben. Trotz dieser klaren deutschen Mehrheit verfügte aber der Völkerbund die Zerreißung Oberschlesiens. Ohne Berücksichtigung der Abstimmungsergebnisse wurden die wirtschaftlich wertvollsten Teile (von 67 Steinkohlenbergwerken fielen z. B. 53 an Polen) an Polen abgetreten. Der Völkerbund arbeitete sich als Organisation zur Niederhaltung Deutschlands ein.

Der „gute Wille", der bis zur Zerstörung des deutschen Volksvermögens bereit war, den Wahnsinnsforderungen der Gegner nachzukommen, war vergeblich. Der dauernde Aderlaß an Geld und Sachlieferungen machte die Inflation unaufhaltsam. Schon Ende 1921 stand der Dollar auf 300 Papiermark. Aber Deutschland erfüllte weiter, **alle zehn Tage gingen 31 Millionen Goldmark über die Grenze.** Sechzig Milliarden Papiermark neuer Steuern mußten auf Verlangen der Reparationskommission ausgeschrieben werden. Die Reichsregierung zahlte, und die Not in Deutschland wuchs unaufhaltsam. Ende 1922 stand der Dollar auf 7350 Mark.

Eine ungeheure Verelendung setzte ein, aber mehr denn je zuvor blühte das Geschäft der Juden und ihrer Genossen aus den Systemparteien, die aus der Not des Volkes Kapital zu schlagen wissen: Im August 1922 ist Deutschland so bankerott, daß keine Anleihe mehr zu erhalten ist. Eine internationale Kommission von Finanzmännern erklärte Deutschland für zahlungsunfähig. Die Erfüllungspolitik ist bei der Katastrophe angelangt.

Am 11. Januar 1923 besetzt Frankreich das Ruhrgebiet. Es will ein produktives Pfand haben, nachdem die deutsche Zahlungsunfähigkeit offenkundig geworden ist. 29 Milliarden an Sachwerten und Geld hatte das Reich an Reparationen geleistet. Aber alle weit über das höchsterträgliche Maß hinaus gebrachten Opfer waren umsonst. Nach Ost-Oberschlesien ist nun auch das Ruhrgebiet in feindlicher Hand. Die Regierung Cuno, ein reines „Fachkabinett", ruft zum **passiven Widerstand** auf und erreicht die völlige Lahmlegung des Ruhrgebiets; die Franzosen sind damit um den wirtschaftlichen Erfolg



Ein Kohlrabi kostete 50000000 Mark

des Ruhreinbruchs gebracht. Mit einem unerhörten Terror suchen sie sich im Ruhrgebiet durchzusetzen. Mit französischen Hilfskräften wird versucht, die beschlagnahmten Kohlenvorräte abzutransportieren, aber deutsche Frontsoldaten treiben den Abwehrkampf vorwärts und sprengen Brücken und Schleusen, um den Abtransport des Raubes zu verhindern. Unter ihnen ist Albert Leo Schlageter, der den Franzosen in die Hände fällt, weil die schwarz-roten Systembehörden in Preußen ihn steckbrieflich verfolgen. Am 26. Mai 1923 wird sein Name zum Symbol einer nationalen Widerstandspolitik. Der Ruhreinbruch löst eine starke Welle nationaler Gesinnung im ganzen Reich aus. Das ist der Grund, daß die Systemparteien die Regierung Cuno stürzen. Die Weimarer Interessengemeinschaft erweitert sich nun noch um den rechten Flügel der Liberalen, die deutsche Volkspartei: der neue Mann des Systems, Gustav Stresemann, bildet das sogenannte Kabinett der großen Koalition Seine erste Tat ist der Abbruch des Ruhrwiderstandes und die Ankündigung der deutschen Verständigungsbereitschaft (siehe „Mein Kampf", Bd. 2, S. 767 ff.).

Die Schwäche der Regierung Cuno und ihre Abhängigkeit von den Systemparteien macht es unmöglich, den Ruhrkampf durch ein nationales Notopfer zu positiveren Ergebnissen zu führen. Man deckte die Kosten des „Streikes an der Ruhr", indem man die Notenpressen Tag und Nacht laufen ließ und völlig in den Zahlenwahnsinn der Inflation hinabsank. Juli 1923 betrug der Dollarkurs bereits eine Million, Anfang Oktober bereits drei Milliarden Papiermark. Der Abbruch des Ruhrkampfes bringt kein Ende, die Mark sinkt weiter ins Uferlose.

Die Not im Volke stieg ins Unermeßliche. Die Verantwortungslosigkeit des Systems führt allerorten zu Verzweiflungsakten. In Sachsen und Thüringen bereitet sich ein neuer kommunistischer Aufstand vor. Am Rhein greift die separatistische Bewegung um sich, und in Bayern droht der Konflikt mit dem Reich, sich zum Schaden des Gesamtdeutschtums auszuwachsen.



Freimaurer Stresemann,
Typ des Erfüllungspolitikers
Zeichnung v. J. Straub

Damals hat der Führer den ersten Versuch einer Beseitigung des Novembersystems unternommen. Unter dem Feuer der bayerischen Reaktion ist dieser Aufstand blutig zusammengebrochen. Aber er führt zur sofortigen Stabilisierung, weil das System weitere Explosionen fürchtet. Schon sechs Tage nach der Erhebung wird die Rentenmark eingeführt. Bis zu einer Billion Papiermark als Gegenwert für eine Goldmark hat man den Inflationswahnsinn weitergetrieben.

Auch der Abbruch des passiven Widerstandes hat für Frankreich keinen wirtschaftlichen Gewinn des „Ruhrabenteuers" gebracht. Es sucht jedoch mit allen Mitteln einen großen politischen Erfolg zu erringen. Poincarés Ziel ist die infolge des englischen und amerikanischen Widerstandes auf der Friedenskonferenz nicht gelungene Errichtung eines rheinischen Pufferstaates. Er benützt die völlige Abriegelung des besetzten Gebietes vom übrigen Deutschland, um dort mit verbrecherischen Elementen eine **separatistische Bewegung** in Gang zu setzen, die in der Errichtung einer autonomen Rheinischen und Pfälzischen Republik gipfelt. Die treue Haltung der Rheinländer und Pfälzer, die zu blutigen Kämpfen gegen die Separatisten führte, hat die Anschläge auf die deutsche Westmark verhindert. Der klägliche Zusammenbruch der Separatistenbewegung veranlaßte die Franzosen, ihre Ruhrpolitik aufzugeben und sich den amerikanischen Vorschlägen einer Neuregelung der Tributfrage anzupassen.

Von Dawes bis Young

Da die Bezahlung der Kriegsschulden an Amerika durch die Alliierten die deutschen Reparationszahlungen zur Voraussetzung hatte und außerdem die amerikanische Hochfinanz das deutsche Wirtschaftsgebiet für den amerikanischen Export und amerikanische Kapitalsanlagen zu erschließen wünschte, drängten die Amerikaner auf Beendigung des Ruhrabenteuers und eine Neuregelung der Tributzahlungen, die diese der politischen Auseinandersetzung entzog und sie gleichsam zu einem automatisch abrollenden Finanzgeschäft stempelte. Um dies zu erreichen, forderte Amerika im Dawesplan die Schaffung selbständiger Einnahmequellen für die Reparationszahlungen: der deutschen Industrie wird eine Zwangshypothek auferlegt (Industrieobligationen), die Reichsbahn wird eine Aktiengesellschaft der Gläubigermächte, eine ganze Reihe von Zöllen und Steuern dienen von nun an ausschließlich der Tributbeschaffung. Die Tribute werden in den ersten vier Jahren gestaffelt von 100 Millionen bis zu 1750 Millionen, vom fünften Jahr ab ist die volle Jahresrate von 2500 Millionen zu entrichten. Um das Tributgeschäft in Gang zu bringen, ist Amerika bereit, für die erste Tributrate eine Anleihe von 800 Millionen, die sogenannte Dawesanleihe, zu gewähren. Die Systemparteien gehen mit Freuden auf den amerikanischen Vorschlag ein. Sie reden dem deutschen Volke ein, daß nun endlich die wirtschaftliche Ver-



Schleifung der Befestigungswerke auf Helgoland

Die Panzerplatten der Türme werden auseinandergeschnitten

Unten:

Deutsche U-Boote werden abgewrackt

Hätten die Deutschen eher die Kunst ihrer U-Boote auszunutzen begonnen, wer weiß, ob das Britannische Reich dann heute noch bestände.

Lloyd George 1920



Sie zerstören ihre Zukunft



Auch ein Friedhof! Sieger der Lüfte, aber zerschmettert durch Versailles

Aufn.: Scherl (4)

Das Gesicht des deutschen Arbeiters im besetzten Gebiet

Aufn.: Scherl-Verlag (9)
Deutscher Verlag (1)
Archiv Deutscher Verlag (1)



Wer ist hier in Wahrheit Sieger?
Szene aus der Ruhrbesetzung





Am 7. 4. 1920 in Frankfurt a. M.
Es wurde scharf geschossen. Acht wehrlose Deutsche fielen!





„Bürgerwehr" Heimatkrieger und französischer Soldat am Frankfurter Hauptbahnhof
Dieses Bild zeigt ebenfalls, daß Deutschlands ärmste Söhne auch ohne Waffen seine treuesten waren






Einmal und nie wieder!
Aufnahme aus Köln



„Besatzung"


Ein verbotener Blick in ein Gefängnis der Besatzungstruppen


„Wehe dem Wehrlosen!"


Der Schulknabe Wilhelm Kötters am 4. 3. 1923 in Sterkrade niedergeknallt


Erschossene Wehrlose (Dortmund)


Vom Arbeiter bis zum Betriebsführer – Verhaftete Direktoren, darunter Thyssen


Beisetzung der 13 ermordeten Arbeiter in Essen am 10. April 1923

Wehe dem Waffenlosen!

Bürgerkrieg

Josephine Baker
Die Negertänzerin in Berlin, je blöder umso bejubelter

Juden und Dirnen bestreiten die „Kunst"
Bild aus der Revue „An und Aus"

Totentanz der einen . . .



Totentanz der anderen . .
(Weihnachtsmorgen 1918)



Arbeitermörder, Brandstifter und Bankenschützer –
Ein Aufruf des Kommunisten-Führers Max Hölz



Diesen Frackträgern war Severings Polizei ebenso lebensnotwendig wie Wein, Weib und Niggersongs
Aufn.: Boedeker (3), Groß (1), Schneider (1), Scherl (1)

Der Taumel der Entehrten
Das Gesicht des November-Systems.

nunft über die brutale Gewalt gesiegt hätte. Der „Vorwärts" schreibt, daß die Dawessonne über Deutschland aufgegangen sei. Dabei bedeutet der Dawespakt nichts anderes, als daß an die Stelle der Diktatur der französischen Bajonette nun noch eindeutiger als im Versailler Pakt die Diktatur der Hochfinanz getreten ist. Seine Annahme bedeutet Erhöhung aller Steuern, Herabdrücken der Löhne, Verhinderung neuer Kapitalsbildung, Überfremdung der deutschen Wirtschaft mit ausländischem Kapital und die Übernahme eines riesigen Zinsendienstes, der neben den Tributen noch an das Ausland abzuführen ist. Für die Systemparteien ist allein wichtig, daß die Ausbeutung des deutschen Volkes von nun an unsichtbar vor sich geht und infolgedessen keinen Widerstand gegen die Erfüllungspolitik erzeugen kann. Das deutsche Volk merkt durch die neue Regelung nichts mehr davon, daß es ausgeplündert wird, denn der einzelne Volksgenosse weiß nichts davon, daß er mit jedem Glas Bier, jeder Zigarette, jeder Eisenbahnfahrkarte Tribute leistet. Die Systemregierung unterläßt es selbstverständlich, ihn darüber aufzuklären. Die Lasten des Gewaltfriedens scheinen verschwunden zu sein. Dies führt dazu, daß nach der Stabilisierung der Währung nun auch eine Beruhigung der ahnungslos aufatmenden Gemüter eintritt.

Wenn die Reichswehr kommt!

Nach den neuesten Zeitungsmeldungen beabsichtigt die Regierung die Herrschaft der Arbeiterklasse im Vogtlande mit Waffengewalt zu brechen. Wir fordern daher alle bereits bestehenden oder noch in der Bildung begriffenen Brandkomitees auf, sich bereit zu halten, damit sie beim Einrücken der Reichswehr sofort in Tätigkeit treten.

In Brand zu setzen sind

nur die Villen der besitzenden Klasse, sowie Rathäuser, Gerichtsgebäude und alle anderen Gebäude der Behörden,

☞ nicht aber Banken. ☜

Die Banken sind unter allen Umständen zu schonen, da wir dieselben im öffentlichen Interesse dringend gebrauchen. Außer den angegebenen Häusern und Gebäuden sind noch zu **sprengen alle Brücken und Eisenbahnlinien.** Wir fordern alle Genossen der einzelnen Brandkomitees auf, unter allen Umständen zu **vermeiden,** daß **Häuser** oder Eigentum der **Arbeiter** und **Kleinbürger beschädigt** werden. Alle **Fabrikanlagen** sind bis auf weiteres **zu schonen** und dürfen nur auf besonderen schriftlichen Befehl vom Roten Vollzugsrat in Falkenstein zerstört werden.

Der Rote Vollzugsrat.

Die dem System so gefährliche politische Hochspannung des Jahres 1923 weicht einem weitgehenden wirtschaftlichen Optimismus, der von der Vertrauensseligkeit der deutschen schaffenden Menschen getragen wird. Dieser Optimismus ist vor allem auf den riesigen Zustrom ausländischen, vor allem amerikanischen Kapitals zurückzuführen, der in das infolge der Inflation völlig kapitalarme Deutschland fließt. Achtzehn Milliarden ausländisches Geld werden nach Inkrafttreten des Dawesplanes in Deutschland investiert. Dies führt in Deutschland zu einer treibhausartigen Blüte seiner Wirtschaft, aber es ist eine Scheinblüte auf gepumpter Basis. Den ausländischen Krediten verdankt Deutschland die reibungslose Zahlung seiner Tribute, aber diese Zahlungen sind erkauft durch neue Verschuldung an das Ausland.

Das System ist bereit, für die Verständigung auf Kosten Deutschlands auch neue freiwillige politische Bindungen auf sich zu nehmen. An der Spitze dieser Politik weiterer freiwilliger deutscher Unterwerfung steht der **Vertrag von Locarno**, der, von Stresemann angeregt, die erste Vertragsunterschrift des Systems ohne Zwang von seiten der Gegner bedeutet. In ihm erkennt das Reich noch einmal feierlich und ohne jede Gegenleistung die Grenze im Westen und die Rechtlosmachung der entmilitarisierten Zone im Westen an und stellt diesen Zustand unter die Garantie von England und Italien. Für diese, wohlgemerkt freiwillige, Verzichtleistung wird von der Seite des Feindbundes nichts geboten, weder die feste Zusicherung einer Räumung des besetzten Gebietes oder die Freigabe des Anschlusses Deutsch-Österreichs noch eine Erklärung in der Kriegsschuldfrage oder eine Erleichterung in den Tributzahlungen. Aus Gründen einer allgemeinen europäischen Verständigung und Befriedung betreibt das System eine neue Unterwerfungspolitik. Europa hat einen neuen Geist, den Geist von Locarno, aber Deutschland bezahlt diesen Geist mit neuen Bindungen.

Der Eintritt in den Völkerbund krönt dieses Werk der „Verständigung", das der Freimaurer Stresemann mit dem Logenbruder Briand, dem Außenminister Frankreichs, betreibt. Am 10. September 1926 erfolgt die feierliche Aufnahme, bei der Briand eine Rede über Frieden und Freundschaft hält. Das System hat Deutschland in den Völkerbund geführt, ohne Garantien für eine deutsche Gleichberechtigung zu erhalten. Nach wie vor bleibt der deutsche Raum in Mitteleuropa eine waffenlose und machtleere Insel inmitten hochgerüsteter Nationen. Auch die geringste Gegenleistung, auf die Deutschland durch die volle Erfüllung des Diktates und die freiwillige Übernahme neuer Bindungen ein unbestrittenes Anrecht hätte, die Räumung des besetzten Gebietes, unterbleibt noch auf Jahre hinaus. Erst eine neue Unterwerfung in der Tributfrage, die Anerkennung einer

neuen Endsumme, sollte den Abzug der Besatzungsarmee bringen, deren Kosten Jahr für Jahr eine Millionenbelastung des deutschen Haushaltes darstellten.

Die deutsche Wirtschaftskatastrophe, die der nach dem Dawesplan einsetzenden Scheinblüte ein jähes Ende bereitete, sollte früher eintreten, als zu erwarten war. Schon im September 1927, als das dritte Dawesjahr abgelaufen war, setzte die erste Sperre des Geldmarktes gegen weitere deutsche Kredite durch die internationale Hochfinanz ein.

Ein Jahr später — es sind nun bereits

5 Milliarden und 470 Millionen auf Grund des Dawespakts bezahlt

— ist der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft in vollem Gang und der Staatshaushalt bereits in einem ausgesprochenen Zustand der Zerrüttung. Dabei soll nun erst das „Normaljahr" des Dawesplans mit seiner jährlichen Zahlung von 2½ Milliarden in Kraft treten. Die Revision des Dawesplans war unvermeidlich geworden.

Die Neuregelung der Tributzahlung soll nun zugleich die Festlegung der Endsumme bringen. Man ist bereit, die Jahresrate gegenüber dem Dawesplan zu verringern, wenn Deutschland die im neuen Tributplan festgelegte Gesamtsumme anerkennt.

Der Youngplan,

der neue Zahlungsplan der amerikanischen Hochfinanz, sieht vor, daß Deutschland bis 1988, also 59 Jahre lang, Tribute zu entrichten hat, wobei die Jahresraten der ersten 37 Jahre um 450 Millionen pro Jahr geringer sind als die Dawesraten. Das System ist bereit, um dieser Verringerung der Jahresraten willen eine Tributverpflichtung auf zwei Menschenalter hinaus zu übernehmen.

Auf der großen Konferenz im Haag, die der endgültigen Festlegung des „Neuen Planes" dient, erhöhen sich dank dem Juden Hilferding und dem „Zentrum-Wirth" noch einmal die Tributverpflichtungen. Durch die Erhöhung ist die Jahresrate auf 2,17 Milliarden gestiegen. Es sind also nurmehr etwas über 300 Millionen, die die Youngrate niedriger als die Dawesrate ist. Um dieser 300 Millionen willen nimmt das System die neue freiwillige Tributverpflichtung auf sich, die dem Reich eine **Gesamtsumme von 116 Milliarden und 93,1 Millionen** auferlegt.

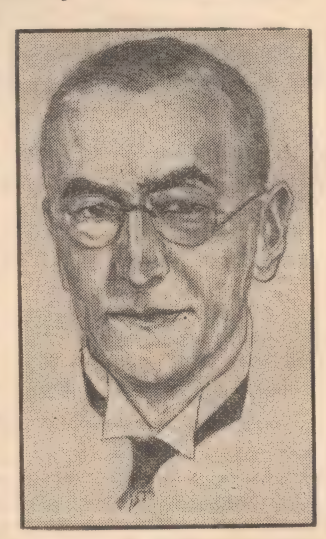
Die „Konferenz zur Gesamtliquidation der noch schwebenden Fragen aus dem Weltkrieg" hat damit Deutschland eine Tributlast aufgebürdet, die die Wahnsinnsforderung des Londoner Ultimatums von 132 Milliarden noch übersteigt.

Bis zum Ruhreinbruch hatte Deutschland an Reparationen 29 Milliarden geleistet, unter dem Dawesplan 8 Milliarden. Nun übernahm es zur „Liquidation des Krieges" noch 116 Milliarden, das sind 143 Milliarden, also um 11 Milliarden mehr als das Londoner Ultimatum als Gesamtsumme forderte. So anerkannte das System die Tributversklavung des deutschen Volkes auf zwei Menschenalter, weil man auf dem ausgefahrenen Gleis der deutschen Erfüllungsbereitschaft nicht mehr zurück kann.

Der Zusammenbruch unter Brüning

25,5 Milliarden Reichsmark beträgt Anfang 1930 die Verschuldung an das Ausland, 2,5 Milliarden beträgt der Zins- und Amortisationsdienst, den Deutschland für diese Schulden zu leisten hat. Rechnet man die nach dem Youngplan zu zahlende jährliche Tributlast von 2,1 Milliarden hinzu, so sind es über 4,6 Milliarden, die jährlich der kapitalarmen deutschen Volkswirtschaft entzogen werden. Diese neue Krisis der deutschen Wirtschaft hätte eine sofortige Einstellung der Tributzahlung erfordert. Die Annahme des Youngplans verschiebt diese unvermeidlich gewordene Lösung noch auf Jahre hinaus. Mit dem Ruin der deutschen Wirtschaft muß die nun endlich erfolgende Räumung des besetzten Gebietes, auf die Deutschland seit langem ein Anrecht besitzt, bezahlt werden. Die Verständigungspolitik des Systems ist wieder zur Katastrophenpolitik geworden.

Die Fortsetzung der Erfüllungspolitik des nach der Haager Konferenz berufenen Kabinetts Brüning führt zur völligen Zerrüttung der deutschen Wirtschaft und zum Einzug von Elend und Not in einem Ausmaß, wie es selbst die Jahre des Krieges und des Zusammenbruchs nicht gekannt haben. Das Ergebnis dieses letzten Abschnittes der deutschen Erfüllungspolitik und der Systempolitik ist noch in naher Erinnerung: 6½ Millionen Arbeitslose durch die furchtbare Schrumpfung der deutschen Produktion, Zusammenbruch des Bauernstandes, Rückgang der Steuereingänge, dauernd steigende Anforderungen an die Erwerbslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung, Zusammenbruch des gewerblichen Mittelstandes, Konkurse, Stillegungen, Einschränkungen, Einsparungen, Aussperrungen ohne Ende, Zusammenbruch der großen Banken, Sturz der Wertpapiere, Zwangsversteigerungen. Vom Friedensdiktat führt über die Erfüllungspolitik der System-



Brüning
nach dem Abgange Erzbergers der „große" Mann der Zentrumspolitik
Zeichnung v. J. Straub

parteien der Weg zu dem grauenhaften wirtschaftlichen Elend, das der Nationalsozialismus als Erbschaft des Systems übernehmen mußte.

Der Nationalsozialismus hat vom ersten Augenblick seines Kampfes als die Wurzel des deutschen Elends das Diktat von Versailles und die aus ihm resultierenden Folgen erkannt. Er wußte, daß einem Wiederaufstieg des deutschen Volkes die Wiedergewinnung der deutschen Freiheit und die Sprengung der Versailler Fesseln vorangehen mußte. Er wußte aber auch, daß der Kampf gegen Versailles nur zu führen war, wenn zuerst die Herrschaft der Systemparteien vernichtet wurde. Als am 24. Februar 1920 als zweiter Punkt des nationalsozialistischen Programms der Satz aufgestellt wurde:

„Wir fordern die Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain",

da war dies nicht nur eine Kampfansage gegen die Unterdrückungspolitik der Siegermächte, sondern zugleich ein Entschluß zur Vernichtung des Systems, das sich durch seine Erfüllungspolitik zum Handlanger der Siegermächte erniedrigt hatte. Mit der Zerschlagung des Systems durch die nationalsozialistische Revolution wurde zugleich der erste Schlag gegen die Zwangsordnung von Versailles und St. Germain geführt. Es begann das große Ringen um das deutsche Selbstbestimmungsrecht, das 1919 durch den Vertragsbruch der Feindmächte vernichtet worden ist. Das Reich hat unter der Führung Adolf Hitlers seine Ketten abgeworfen und den Zustand der Wehrlosigkeit beseitigt. Aber das Ringen geht weiter, bis das volle Selbstbestimmungsrecht auch jenen 15 Millionen Deutschen gewährt wird, die gegen ihren Willen durch das Diktat von Versailles – St. Germain vom deutschen Mutterland getrennt sind.

„. . . Die Entwicklung seit dem Jahre 1918

zeigt uns nun, daß in Deutschland die Hoffnung, durch freiwillige Unterwerfung die Gnade der Sieger gewinnen zu können, leider in verhängnisvollster Weise die politische Einsicht und das Handeln der breiten Masse bestimmt. Ich möchte deshalb den Wert auf die Betonung der breiten Masse legen, weil ich mich nicht zur Überzeugung zu bekennen vermag, daß das Tun und Lassen der Führer unseres Volkes etwa dem gleichen verderblichen Irrwahn zuzuschreiben sei. Da die Leitung unserer Geschicke seit Kriegsende, nunmehr ganz unverhüllt, durch Juden besorgt wird, kann man wirklich nicht annehmen, daß nur fehlerhafte Erkenntnis die Ursache unseres Unglückes sei, sondern man muß im Gegenteil der Überzeugung sein, daß bewußte Absicht unser Volk zugrunde richtet. Und sowie man erst von diesem Gesichtspunkt aus den scheinbaren Wahnsinn der außenpolitischen Leitung unseres Volkes überprüft, enthüllt er sich als höchst raffinierte, eisigkalte Logik im Dienste des jüdischen Welteroberungsgedankens und -kampfes.

So erscheint es auch begreiflich, daß dieselbe Zeitspanne, die 1806 bis 1813 genügt hatte, um das gänzlich zusammengebrochene Preußen mit einer Lebensenergie und Kampfentschlossenheit zu erfüllen, heute nicht nur ungenützt verstrichen ist, sondern im Gegenteil zu einer immer größeren Schwächung unseres Staates geführt hat.

Sieben Jahre nach dem November 1918 wurde der Vertrag von Locarno unterzeichnet!

Der Hergang war dabei der oben schon angedeutete: Sowie man einmal den schandbaren Waffenstillstand unterschrieben hatte, brachte man weder die Tatkraft noch den Mut auf, den sich später immer wiederholenden Unterdrückungsmaßnahmen der Gegner nun plötzlich Widerstand entgegenzusetzen. Diese aber waren zu klug, auf einmal zuviel zu fordern. Sie beschränkten ihre Erpressungen stets auf jenen Umfang, der ihrer eigenen Meinung nach — und der unserer deutschen Führung — augenblicklich noch soweit erträglich sein würde, daß eine Explosion der Volksstimmung dadurch nicht befürchtet zu werden brauchte. Je mehr aber an solchen einzelnen Diktaten unterschrieben und hinuntergewürgt worden waren, um so weniger schien es gerechtfertigt, wegen einer einzelnen weiteren Erpressung oder verlangten Entwürdigung plötzlich das zu tun, was man wegen so vielen anderen nicht tat: Widerstand zu leisten. Dies ist eben jener „Gifttropfen", von dem Clausewitz spricht: die zuerst begangene Charakterlosigkeit, die sich selbst immer weiter steigern muß und die allmählich als schlimmstes Erbe jeden künftigen Entschluß belastet. Sie kann zum furchtbaren Bleigewicht werden, das ein Volk dann kaum mehr abzuschütteln vermag, sondern endgültig hinunterzieht in das Dasein einer Sklavenrasse.

So wechselten auch in Deutschland Entwaffnungs- und Versklavungsedikte, politische Wehrlosmachung und wirtschaftliche Ausplünderung miteinander ab, um endlich moralisch jenen Geist zu erzeugen, der im Dawes-Gutachten ein Glück und im Vertrag von Locarno einen Erfolg zu sehen vermag. Man kann dann freilich, von einer höheren Warte aus betrachtet, von einem einzigen Glück in diesem Jammer reden, dem Glück, daß man wohl Menschen betören, den Himmel aber nicht bestechen konnte. Denn dessen Segen blieb aus: Not und Sorge sind seitdem die ständigen Begleiter unseres Volkes geworden, und unser einziger, treuer Verbündeter ist das Elend. Das Schicksal hat auch in diesem Falle keine Ausnahme gemacht, sondern uns gegeben, was wir verdienten. Da wir die Ehre nicht mehr zu schätzen wissen, lehrt es uns wenigstens, die Freiheit am Brote würdigen. Nach Brot haben die Menschen nun schon zu rufen gelernt, um Freiheit aber werden sie eines Tages noch beten."

Der Führer in „Mein Kampf"

Die Sprache der Tatsachen:

Kriegsschuld-Wahrheit gegen Kriegsschuldlüge

1890: Bismarck aus seinem Amt entlassen. Der Rückversicherungsvertrag mit Rußland wird nicht erneuert. Zwischen England und Deutschland kommt ein Vertrag zustande, durch den Deutschland von England Helgoland erhält, dafür an England Sansibar abtritt.

1892: Frankreich und Rußland schließen eine Militärkonvention.

1894: Frankreich und Rußland schließen einen Bündnisvertrag: Der Zweibund ist entstanden.

1898: Bündnisangebot Englands an Deutschland wird durch den Reichskanzler v. Bülow abgelehnt. England zwingt Frankreich, Faschoda am oberen Nil preiszugeben. Die Vereinigten Staaten von Amerika erklären Spanien den Krieg und nehmen die Philippinen und Kuba.

1901: Erneute Verhandlungen zwischen Deutschland und England betreffend Abschluß eines Bündnisses, die infolge beiderseitiger Fehler und Unzulänglichkeiten scheitern.

1904: Geheimabkommen zwischen Frankreich und England, durch das die Franzosen den Engländern freie Hand in Marokko lassen. Damit beginnt die Entente cordiale.

1906: Die Algeciras-Konferenz kommt zustande, in der Deutschland zum ersten Male den Block England – Frankreich – Rußland – Italien gegen sich hat, der, das einwandfreie Recht Deutschlands völlig beiseiteschiebend, Deutschland zwingt – will es nicht Krieg führen –, Frankreich als bevorrechtigte Macht in Marokko anzuerkennen.

1905/06: Beginn der offiziellen Verhandlungen zwischen französischem und englischem Generalstab bzw. englischem und belgischem Generalstab.

Das Jahr 1912 ist das Jahr des Beginns des Weltkrieges, denn es ist das Jahr, da der Zustand, der seit 1871 in Europa bestand, ins Wanken geriet und das Jahr, da in Petersburg und Paris, in London und Rom, in Sofia und Bukarest die Kräfte die Führung fest in die Hand nahmen, die den Willen hatten, den bestehenden Zustand zu ändern. Man bereitete sich vor, das Ableben des alten Kaisers Franz Joseph in Österreich-Ungarn auszunutzen, um zu verhindern, daß sein Nachfolger Erzherzog Franz-Ferdinand seine Pläne durchführen könne. Der Serbe wollte Bosnien und die Herzegowina, dazu Kroatien gewinnen. In Rumänien kamen die Forderungen auf Siebenbürgen immer stärker zur Geltung. Die serbische und rumänische Bewegung wird in Paris und Petersburg geradezu geschürt. Rußland wollte durch den Krieg gegen die Mittelmächte Galizien gewinnen und sich zugleich Konstantinopels bemächtigen, auch träumten einflußreiche Kreise von dem Gewinnen Ostpreußens und der Schaffung eines Großpolens unter russischer Oberherrschaft, das Polen, Oberschlesien und Westgalizien umfassen sollte, während Ostgalizien unmittelbar Rußland zugefallen wäre. Frankreich wollte, wie alle Welt wußte, Elsaß-Lothringen zurückerobern und die Pfalz und alles Land zwischen Mosel und Rhein in seinen Machtbereich ziehen. In Großbritannien aber waren einflußreiche Kräfte der Auffassung, daß die Niederschlagung Deutschlands das größte Glück für das Weltreich sei, das gedacht werden könne. Zertrümmerung des deutschen Kolonialreiches, der deutschen Kriegs- und Handelsflotte erschienen diesen Kreisen als unbedingtes Erfordernis. Schließlich regte sich in Italien der „Heilige Egoismus" und verlangte das Trentino und Istrien von der Donaumonarchie. Kurz und gut – sie alle wollten etwas von den beiden Mittelmächten, sie hatten alle ein Interesse an ihrer Zertrümmerung. Um diese herbeizuführen, handelten sie dementsprechend ab 1912 ganz folgerichtig, wie wir sehen werden.

Das Jahr 1912

Januar: In diesem Monat beginnen mit Wissen und Willen der französischen und britischen Regierung erneut Besprechungen und Verhandlungen der Generalstäbe Frankreichs, Englands und Belgiens, die seit 1909 geruht hatten.

26. Januar: Der serbische Militärattaché in Petersburg, Oberst Stefanowitsch, gibt einen Bericht an das serbische Kriegsministerium, der den Aufmarschplan Rußlands im Fall eines Krieges gegen Deutschland und Österreich-Ungarn enthält. In dem Bericht heißt es: „Auf Grund meiner Sondierungen komme ich zu dem Schluß, daß Rußland unter allen Umständen auf uns als seine Verbündeten rechnet. . ."

8.–11. Februar: Der britische Kriegsminister Haldane in Begleitung des Oberst Haldane und des Juden Sir Ernst Cassel erscheinen in Berlin

und verhandeln. England wünscht Flottenbauverständigung, Deutschland verlangt dafür Neutralitätsverpflichtung.

18. Februar: Der französische Botschafter in Berlin, Jules Cambon, berichtet seiner Regierung, daß bei den Verhandlungen mit Haldane der deutsche Reichskanzler Verständigungswillen gezeigt habe. Er berichtet ferner, daß der deutsche Kanzler ihm, Cambon, gegenüber eine deutsch-französische Entente angeregt habe.

Der französische Ministerpräsident und Außenminister Poincaré lehnt den Vorschlag einer Verständigung mit Deutschland ab und begründet dies u. a. mit dem Satz: „Wir würden alle Vorteile jener Politik verlieren, die Frankreich seit vielen Jahren verfolgt."

21. Februar: Der französische Ministerpräsident Poincaré konferiert mit dem französischen Kriegsminister, dem Chef des Generalstabs und dem Direktor der politischen Abteilung des Außenministeriums über einen im Kriegsfall etwa notwendig werdenden Einmarsch der Franzosen in Belgien. Joffre vertritt mit Entschiedenheit den Standpunkt des Einmarsches und verlangt, daß dementsprechend auf Belgien eingewirkt wird.

1. März: Der französische Kriegsminister gibt bekannt, daß er im Begriff ist, in den Kolonien eine schwarze Armee zu organisieren.

12. März: Im englischen Parlament erklärt ein Vertreter der Regierung, daß die Reorganisation der Armee so weit gediehen sei, daß England innerhalb weniger Tage 150000 Mann vollständig mobil zur Verschiffung bereitstellen könne.

13. März: Der serbisch-bulgarische Bündnisvertrag mit Militärkonvention wird abgeschlossen. In den Verträgen ist ausdrücklich vorgesehen, daß Bulgarien Serbien gegen Österreich-Ungarn zu unterstützen hat, wenn Serbien mit Österreich-Ungarn in Konflikt gerät.

14. März: ... Der russische Botschafter in Paris meldet an seine Regierung, daß die neue französische Regierung unter Poincaré, Millerand und Delcassé die Belebung des militärischen Geistes der Bevölkerung mit vollem Erfolg betreibe. Er meldet ferner, er habe auf Poincaré eingewirkt, daß dieser alles tue, um der Gefahr vorzubeugen, „Italien könne abermals zum Dreibund hingezogen werden, nachdem es soviel Mühe gekostet hat, es auf unsere Seite zu bringen".

22. März: Sir Edward Grey teilt dem französischen Botschafter in London mit, daß er den deutschen Neutralitätsvorschlag abgelehnt habe.

27. März: Der englische Botschafter in Paris erscheint bei Poincaré und erbittet dessen Unterstützung, um die Gefahr einer deutsch-englischen Verständigung zu beseitigen, die trotz Ablehnung des Neutralitätsabkommens drohe.

28. März: Poincaré beauftragt den französischen Botschafter in London, ernste Vorstellungen bei der englischen Regierung zu erheben, daß diese sich nicht weiter mit Deutschland etwa einige. In der Anweisung heißt es: „Es ist wichtig, daß England keine Verpflichtung eingeht, zwischen Frankreich und Deutschland neutral zu bleiben, selbst dann nicht, wenn der Angriff von uns auszugehen scheint."

29. März: Der Chef des französischen Generalstabs, General Joffre erklärt dem russischen Militärattaché in Paris, daß zur Zeit die militärische Lage der Entente sehr günstig sei; daß der Friedenswille Deutschlands offenbar sei; daß die französische und russische Armee in zwei Jahren jedoch „bedeutend mehr bereit" sein werden als in diesem Augenblick.

1. April: ... Der Militärattaché an der französischen Botschaft in Berlin, Oberst Pellé, erklärt in seinem Bericht: „Seit 1871 waren die Verhältnisse für die deutschen Streitkräfte niemals so ungünstig wie gegenwärtig." Pellé betont ausdrücklich, daß Deutschland Frankreich zahlenmäßig nicht mehr gewachsen ist. Das war richtig, denn Deutschland hatte 1911 rund eine Million Mann weniger ausgebildete Reserven als Frankreich.

23. April: Der britische Militärattaché in Brüssel erklärt dem belgischen Generalstabschef, England sei entschlossen, falls es zum Kriege komme, 6 Infanterie-Divisionen und 8 Kavallerie-Brigaden gegen Deutschland auf das Festland zu werfen.

30. Mai: ... In diesem Monat beginnen, im Anschluß an den Vorschlag Nicolsons an Grey vom 6. Mai, die Verhandlungen eines englisch-französischen Marinevertrags, laut dem die französische Kanal- und Ozeanflotte ins Mittelmeer verlegt wird, um dort im Kriegsfall den Antransport der afrikanischen Truppen Frankreichs nach dem Mutterlande zu sichern. England soll sich dafür verpflichten, den Schutz der französischen Ozean- und Kanalküste zu übernehmen.

14. Juli: Der Chef des russischen Generalstabs, General Shilinskij, und der Chef des französischen Generalstabs, General Joffre, konferieren in Paris. Im Protokoll der Sitzungen heißt es u. a.: „Es ist also die Vernichtung der deutschen Streitkräfte, die um jeden Preis angestrebt werden muß." Das ungeeignete Transportnetz Rußlands verlangsame jedoch den Aufmarsch der russischen Armee in verhängnisvoller Weise, und es müsse daher alles geschehen, um diesen Mangel baldigst abzustellen.

16. Juli: In Paris wird zwischen dem französischen und russischen Admiralstab eine Marinekonvention abgeschlossen. Am gleichen Tage gelangt die französisch-britische Marinekonvention zum Abschluß, durch die England den Schutz der französischen Kanalküste übernimmt und Frankreich seine ganze Flotte im Mittelmeer konzentriert, um den Transport seiner Afrikatruppen nach Frankreich sicherzustellen.

Fortsetzung Seite 107



Die Letzten

4. Dezember 1918

Den Rhein hätten wir nun glücklich hinter uns! Wir liegen bis 6. in Ruhe in dem kleinen Dorfe Oehlinghoven, zehn Kilometer südöstlich Bonn.

Über meine Erlebnisse bis etwa 26. habe ich Euch in meinem Briefe geschrieben, den ich einem nach Marburg reisenden Kommando mitgab. Hoffentlich habt Ihr ihn erhalten? Dieses Kommando fuhr schwerbewaffnet zum Ersatzbataillon Jäger 11 nach Marburg, um die Bataillonsfahne zu holen, mit der die Gegend durchzogen werden sollte. Das Kommando kam auch gut an nach mehreren Sträußen mit Soldatenräten, die ihm die Fahne klauen wollten.

Wir sind in kurzen und langen Märschen, meist bei Regenwetter und schlechten Quartieren, über Münstereifel und Euskirchen bis zum Rhein marschiert. Gestern abend kamen wir dicht vor Bonn ins Quartier, wo auch die Fahne sich zu uns gesellte. Sie hat noch einmal alles, was die Leute an soldatischem Gefühl besaßen, hochgerissen. So zogen wir um Mitternacht gegen Bonn los, als letztes deutsches Regiment, das noch auf dem linken Rheinufer stand. Tags zuvor hatten die Zeitungen schon gemeldet, daß als letzte Division die 200. und als letztes Regiment das 4. Jägerregiment übergingen, und so war ganz Bonn auf den Beinen, um den Letzten den Abschied zu bieten. Die Stadt war hell erleuchtet und geflaggt, alle Straßen standen voll Menschen, es war wie Anno 1914! Mit klingendem Spiele zogen wir hindurch, des Hurra- und Wiedersehen-Rufens wurde kein Ende. Tausende von Händen streckten sich uns entgegen. Soviel Händedrücke habe ich kaum im ganzen Leben bekommen, wie gestern nacht! Obst, Wein, Schnaps, Zigarren gab man uns, gerade als ob Deutschland davon Überfluß hätte. Auf einer der Hauptstraßen stand unser General von Below, umgeben von einer riesigen Menschenmenge. An ihm vorbei ging es in einem Parademarsch, der glänzend war. Als die Fahne vorbeizog, flogen alle Hüte von den Köpfen, und das Hurrarufen nahm kein Ende! Doch dem Aufmerksamen entging nicht, daß über allem eine gewisse Bedrücktheit lag. In vielen Augen standen Tränen. Um 2½ Uhr nachts überschritten wir die große Brücke in Bonn und marschierten dann über Königswinter durchs Siebengebirge hierher, wo wir heute um 8 Uhr früh ankamen.

So haben wir den Bewohnern des linksrheinischen Gebietes noch den Rücken gestärkt durch ein Bild soldatischer Ordnung und Straffheit nach all den unerfreulichen Eindrücken, die sie beim Durchzug der Etappe und ersten Divisionen empfangen hatten. Die Leute hatten ein geschlagenes Heer zu sehen erwartet und überzeugten sich selbst, daß mit jedem Durchmarschtage die Divisionen immer straffer waren. Ich bin überzeugt, den Parademarsch des letzten deutschen Regiments in Bonn vergißt keiner von denen, die ihn mitgemacht, und keiner, der ihn gesehen hat.

Willi Langner, unbekannt. Aus „Der deutsche Soldat", Briefe aus dem Weltkrieg von Albert Langen/Georg Müller. 1937.

Fortsetzung von Seite 105

2./3. August: In einem Briefwechsel zwischen Poincaré und Sasonoff wird die russisch-französische Marinekonvention offiziell bestätigt.

17. August: Der russische Außenminister berichtet über seine Verhandlungen mit Poincaré an den Zaren. In dem Bericht teilt er mit, daß Poincaré den Ausbau der eingleisigen, strategischen Bahnen in Rußland, die auf die deutsche Grenze zulaufen, in zweigleisige gefordert habe. Poincaré habe ihm offiziell mitgeteilt, daß zwischen Frankreich und Großbritannien engste Zusammenarbeit der militärischen Dienststellen bestehe, daß England gegen Deutschland 100000 Mann stelle und daß von Frankreichs Seite angeregt werde, eine englisch-russische Marinekonvention abzuschließen. Sasonoff solle die bevorstehende Reise nach London zu diesem Zweck ausnutzen. Man sei sich einig, die freundschaftlichen und vertrauensvollen Beziehungen zwischen der Entente und Italien aufrecht zu erhalten; es sei „vorteilhaft, dieses Land als totes Gewicht im Dreibund zu belassen".

Mitte September: An den großen französischen Manövern nimmt außer dem russischen Großfürsten auch der Chef des Operationsbüros des britischen Generalstabs, General Wilson, teil, der vom Großfürsten und vom französischen Kriegsminister sehr ausgezeichnet wird. Im Anschluß an die Manöver reist Wilson nach Rußland und besucht von dort aus im Geheimen in Begleitung des englischen Militärattachés in Petersburg den voraussichtlichen Kriegsschauplatz in Galizien. Auf der Rückreise nach England hat Wilson in Paris erneute Besprechungen mit dem französischen Generalstab.

23. Oktober: Der russische Botschafter in Paris beantragt dringend Mittel zur Bestechung der französischen Presse zugunsten der russischen Politik. Er teilt dem russischen Außenminister mit, man müsse nach Pariser Auffassung sich „auf einen großen und entscheidenden, allgemeinen europäischen Krieg vorbereiten".

30. Oktober: Der russische Ministerrat bewilligt Iswolski zur Bestechung der Pariser Presse 300000 Franken.

30. Dezember: Der Staatssekretär des britischen Außenamtes, Sir Nicolson, beauftragt den englischen Gesandten in Brüssel, festzustellen, welche Haltung Belgien einnehmen werde, wenn britische und französische Truppen die belgische Neutralität verletzen. In der Anweisung steht der Satz: „Sollten wir und Frankreich uns gezwungen sehen, durch Belgien zu marschieren."

Das Jahr 1913

6. Januar: Iswolski meldet an Sasonoff, daß Poincaré ihm sein Bedauern ausgedrückt habe, daß Rußland mit Österreich einen Ausgleich suche; Poincaré zeige wenig Neigung, Österreich Zugeständnisse zu machen.

5./6. Januar: Das Blatt des französischen Generalstabs, die „France Militaire", bringt unter der Überschrift „Die Haltung Englands" einen großen Leitartikel, der die Aufgabe hat, England gegen Deutschland aufzuhetzen und in dem es u. a. heißt: „Es gilt, sich aufzuraffen, solange es Zeit ist . . . Die Tripleentente ist richtig Herr der Stunde . . . Österreich-Ungarn ist tatsächlich, selbst wenn es von Deutschland unterstützt wird, offenkundig schwächer, und zwar sehr viel schwächer als seine Gegner . . . England kann seinem unheilvollen Schicksal zuvorkommen, aber es ist höchste Zeit, denn es ist zur Zeit unbestreitbar stärker als sein Gegner Deutschland. Kämpfen, wenn es sein muß, heißt für England, neuem Leben entgegengehen . . . Zu spät ist es schon für Österreich, wie es schon zu spät für die Türkei war; aber England ist noch Herr der Stunde." Der Verfasser ist das Mitglied des Senats Gervais, der Vorsitzender der Armeekommission ist.

9. Januar: . . . Der Chef der Operations-Abteilung des britischen Generalstabs bringt den französischen General Foch ins britische Außenamt und stellt ihn dem Staatssekretär Sir Nicolson vor.

14. Februar: Der englische Operations-Abteilungschef, General Wilson, ist erneut in Paris zu Besprechungen mit dem französischen Generalstab.

19. Februar: Das Blatt des französischen Generalstabs „France Militaire": „Für jeden ehrlichen und kaltblütigen Mann ist die Lage, die sich anbahnt, nichts weiter als die Entwicklung zum Kriege. Man muß dies wissen, auch wenn man Angst hat, es zu sagen, daß man ihn will. Man muß so tun, als ob man ihn nicht wollte; das ist kein Mittel, ihn zu verhindern, keineswegs, aber es ist das Mittel zum Siege."

27. Februar: Iswolski an Sasonoff: „Ton und Art der Versicherung, die die französische Regierung vom Londoner Kabinett erhalten hat, gestatten es der französischen Regierung, darauf zu rechnen, daß Frankreich in der gegenwärtigen politischen Lage im Falle eines Konfliktes mit Deutschland von England mit Waffenhilfe unterstützt werden wird. Die Pläne eines englisch-französischen Zusammenwirkens sind bis in die kleinsten Einzelheiten ausgearbeitet worden."

6. August: In der russisch-französischen Generalstabskonferenz zwischen den beiden Stabschefs Joffre und Shilinski erklärt letzterer, daß die russische Armee bis Ende 1914 ihre Zusammenziehung beim Aufmarsch um zwei Tage verkürzt haben wird.

Anfang August: Die britischen Generale French, Grierson und Wilson nehmen an den großen französischen Truppenübungen bei Châlons teil. Im Anschluß daran unternimmt Wilson eine neue Erkundungsreise in das belgische Gebiet, vor allem Namur, Lüttich, dann ins deutsche Gebiet Trier und

Aachen. In seinen Aufzeichnungen betont der General, daß alle Vorarbeiten für den Aufmarsch so gut wie fertig sind.

Das Jahr 1914.

13. Januar: Das russische Militärblatt „Rasjädschik" vom 1. Januar 1914 alten Stils schreibt: „Uns allen ist bekannt, daß wir uns für einen Krieg an der Westgrenze vorbereiten, vornehmlich gegen die Deutschen. ... Das ganze russische Volk muß an den Gedanken gewöhnt werden, daß wir uns zum Vernichtungskampf gegen die Deutschen rüsten."

In einer geheimen russischen Ministerratssitzung erklärt Sasonoff, daß Rußland von seiten Frankreichs auf eine tatkräftige Unterstützung bis auf das äußerste rechnen könne. Der französische Botschafter habe im Namen der französischen Regierung erklärt, daß Frankreich so weit gehen werde, als Rußland dies wünsche. Der russische Kriegsminister erklärt in derselben Sitzung, daß Rußland zum Zweikampf mit Deutschland, von solchem mit Österreich gar nicht zu reden, die volle Bereitschaft besitze.

14. Januar: Die Pariser Stadtverwaltung beschließt, die Mehlvorräte für den Mobilmachungsfall bereitzustellen. In der Beratung über diesen Beschluß erklärt der Militärgouverneur der Festung Paris: „Die Zeit drängt, dieses Jahr ist ein ganz besonderes Jahr; wir wissen nicht, ob wir die Mobilmachung haben werden."

11. Februar: In der Zeit vom 11. bis 17. Februar finden die Winterübungen der englischen Flotte statt, wobei die englischen Geschwader die französischen Kriegshäfen Brest und Cherbourg als Stützpunkte benutzen.

15. Februar: Das Blatt des französischen Generalstabs, die „France Militaire", schreibt: „Ein bedeutungsvoller Krieg steht bevor. Deutschland, das in dem Wahn lebte, allein gerüstet zu sein, bemerkt, daß Europa von Bajonetten starrt, und nun schreit der Tölpel um Hilfe."

16. Februar: Die französische Regierung bringt in der Kammer eine neue Armeeforderung in Höhe von einer Milliarde 410 Millionen Francs außerordentliche Militärausgaben ein.

8. März: Sasonoff berichtet an den Zaren über den Ministerrat vom 21. Februar und betont in seinem Bericht, daß viel Wahrscheinlichkeit bestehe, „daß es uns bevorsteht, die Meerengenfrage während eines europäischen Krieges zu lösen. Einen günstigen politischen Boden vorzubereiten, bildet die gegenwärtige Aufgabe der zielbewußten Arbeit des Ministeriums des Äußeren in dieser Frage."

18. März: Das englische Parlament bewilligt die Mittel für die Probemobilmachung der Flotte im Sommer. Zwischen England, Frankreich und Rußland beginnen die Verhandlungen zum Abschluß der englisch-russischen Flottenkonvention.

8. April: ... Die offiziöse „Prawda" in Belgrad schreibt: „Österreich hat seine Existenzberechtigung verloren."

10. April: Der serbische Kronprinz Alexander trifft mit dem in der Staatsdruckerei beschäftigten Gabrinowitsch, der an der Vorbereitung des Attentats auf den österreichischen Thronfolger beteiligt ist, zusammen. Der Kronprinz läßt sich den Mann beim Besuch der Staatsdruckerei durch deren Direktor Dacitsch vorstellen.

15. April: Der „Grand Orient de France" stellt dem Geheimdienst der serbischen Gesandtschaft in London beträchtliche Mittel zur Ermordung Erzherzogs Franz Ferdinand zur Verfügung.

21.–24. April: Staatsbesuch des englischen Königspaares in Paris. Sir Edward Grey begleitet den König. Auf Befragen durch den französischen Außenminister erklärt er sich bereit, mit Rußland eine Flottenkonvention abzuschließen.

28. April: Unter Leitung des Generalstabschefs Joffre beginnt in Frankreich eine große Generalstabsübungsreise an der belgischen Grenze. An dieser Übungsreise nehmen 25 Generale und 230 Generalstabsoffiziere teil.

6. Mai: In London findet eine Konferenz des Kabinettschefs Sir Asquith mit dem Kriegsminister, dem Reichsgeneralstabschef und dem Leiter des Operationsbüros des Generalstabs statt, in der beschlossen wird, im Fall der Mobilmachung sofort fünf Divisionen als Expeditionskorps nach Frankreich zu schicken. Die sechste Division soll zunächst noch zurückgehalten werden, um bereit zu sein, falls die Deutschen eine Landung in England versuchen sollten.

10. Mai: Der russische Kriegsminister gibt die Probemobilisierung von 880 000 Mann bekannt; die Einberufungen gelten für die Zeit vom 14. Mai bis zum 28. Juni. (Der 28. Juni ist der Tag der Ermordung Franz Ferdinands.)

23. Mai: Sir Edward Grey teilt dem russischen Botschafter mit, daß der britische Admiralstab Befehl erhalten hat, mit dem russischen Militärattaché die Verhandlungen wegen der Marinekonvention aufzunehmen. Damit ist Rußland offiziell in der französisch-englischen Entente aufgenommen.

31. Mai: In den letzten Tagen des Mai findet erneut eine französische Generalstabsreise unter Leitung des Generals de Castelnau statt, an der der Chef der Operationsabteilung des britischen Generalstabs, General Wilson, teilnimmt.

23. Juni: ... Der russische Innenminister verbietet den Kreischefs in den Bezirken an der deutschen Grenze jeglichen Verkehr mit den preußischen Landräten.

28. Juni: Princip und Gabrinowitsch ermorden den Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand von Österreich-Ungarn und seine Gattin, Herzogin Sophie von Hohenberg, in Sarajevo.

Quellenangabe am Schluß des Heftes

Der Zwilling des Versailler Diktates:

Die Weimarer Verfassung

Der laufende Wechsel der Regierungen war die normale Tatsache des Weimarer politischen Lebens. Um die Ministersessel war ein eifriges Kommen und Gehen. Und jedem Wechsel ging ein Handel unter den Parteien voraus. Die Systemzeit zeigt ein Regierungstheater in 20 Akten.

Die Durchschnittsdauer eines Ministeriums betrug danach 8,4 Monate. Das entspricht durchaus dem Zustande, den man bereits 1919 von der parlamentarischen Demokratie Frankreichs kannte; damals betrug dort die durchschnittliche Lebensdauer eines Ministeriums 7,5 Monate. Das fromme Zentrum war von 1919 bis 1932 an jedem Kabinett beteiligt.

Die normale Tatsache des dauernden Regierungswechsels verweist darauf, daß außerhalb der Verfassung das Gesetz des Handelns verankert liegt, daß außerhalb der Verfassung die wirklichen Herrscher des Systems sind. Welches sind die Männer, die das Schaltwerk bedienen, von dem aus der verfassungsgemäße Staatsapparat in Funktion gebracht wird? Welches waren die Regisseure des Weimarer parlamentarischen Staatsschauspiels?

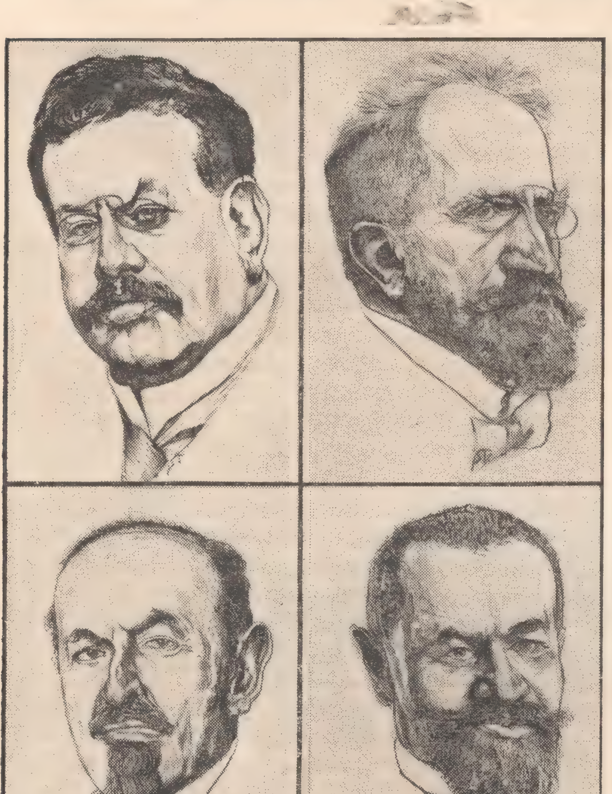
Sie hatten eine doppelte Tarnung gewählt:

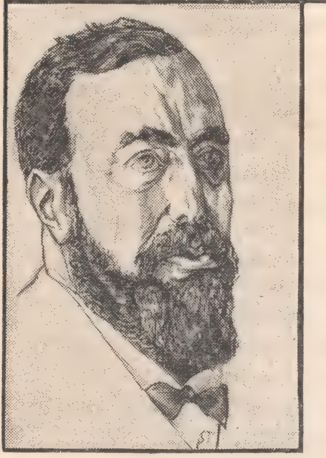
1. erregten sie den Irrtum, daß in dem Reichstag und der von seinem Vertrauen abhängigen Reichsregierung die Staatsgewalt als Volksgewalt verankert sei. Zur Aufrechterhaltung dieses Irrtums setzten sie in die Weimarer Verfassung den Artikel 21, der aussagt, daß die Abgeordneten „nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden" sind. Das war nicht wahr; denn der Fraktionszwang war allgemein anerkannt. Reichstag und Regierung waren also nicht Instrumente des Volkes, sondern Instrumente der Parteien.

2. erregten sie den Irrtum, daß die Systemparteien Verfechter von politischen Ideen seien, wie sie durch die Programme ausgedrückt würden. Das war nicht wahr, denn die Systemparteien waren Tarnungsformen der organisierten gesellschaftlichen und überstaatlichen Mächte: diese waren die wirklichen Herrscher des Weimarer Systems.

Wie sahen diese Regisseure aus? Neben den klassenmäßigen Interessengruppen, in die das deutsche Volk durch die „staatsbürgerliche Erziehung" der Systemzeit immer mehr zerspalten wurde (feudaler Großgrundbesitz, Mittelstands-, Beamten- und Wirtschaftsgruppen) und welche die Parteien für ihre Zwecke einzuspannen suchten, waren es vornehmlich — alles beherrschend — zwei Machtfaktoren: die politisierende Kirche (der „Zentrumsturm") und das Judentum.

Die Fäden des Judentums liefen zu allen Systemparteien. Die Kommunistische Partei hatte sich am 16. Oktober 1920 auf dem Parteitag in Halle ausdrücklich als „deutsche Sektion" Moskaus erklärt und kämpfte damit nach den Befehlen der Moskauer Judenschaft.





So weit war es gekommen: Das erste Reichskabinett des Weimarer Systems hatte fünf jüdische (bzw. halbjüdische) Minister. Linke Reihe, von oben nach unten: Preuß, Schiffer, Dernburg; rechte Reihe, von oben nach unten: Gothein, und Landsberg

Zeichnungen von J. Straub

Die Sozialdemokratische Partei war in ihrer ganzen Führerschaft jüdisch verseucht. Die Demokraten zeigten auch später als „Deutsche Staatspartei" besonders offen ihre jüdischen Vorder- und Hintermänner. Die Deutsche Volkspartei war im Schlepptau des jüdischen Bankkapitals, sie entsprach innerlich durchaus der Mischehe ihres verantwortlichen Mannes, des Erfüllungspolitikers Stresemann, der die Tochter des Juden Kleefeld zur Frau hatte. Und die Deutschnationalen mußten sich vom Juden Heilfron (in seinem Buche „Die deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919", 1. Band, Seite 122) sagen lassen, daß ihr geistiges Rüstzeug von dem jüdisch abkünftigen Friedrich Julius Stahl stamme, einem der Führer der früheren Deutschkonservativen, aus denen die Deutschnationale Volkspartei hervorging. (Über Haltung der Deutschnationalen zum Judentum vgl. auch Th. Fritsch, Handbuch der Judenfrage, 1935, Seite 189.)

So standen die gegendeutschen Kräfte, die mit dem Morde von Sarajevo am 28. Juni 1914 den Weltkrieg ausgelöst und genau fünf Jahre danach das Versailler Diktat aufgezwungen hatten, auch hinter dem vom Juden Preuß verfaßten innenpolitischen Gesetzbuch, der Weimarer Verfassung. Das Weimarer System stand also unter zwei Grundgesetzen, die beide von denselben Urhebern stammten: einem außenpolitischen, dem Versailler Diktat, und einem innenpolitischen, der Weimarer Verfassung. Beide gehören zusammen und sind nicht voneinander zu trennen. Die Weimarer Verfassung erklärte außerdem in ihrem Artikel 178 ausdrücklich, daß „die Bestimmungen des am 28. Juni 1919 in Versailles unterzeichneten Friedensvertrages durch die Verfassung nicht berührt" werden. Sie stellte sich also bewußt neben das Diktat, das zum ersten Staatsgrundgesetz der Systemzeit wurde, und machte sich dadurch selbst zum zweiten Staatsgrundgesetz. Diese Tatsachen zeigen das vollendete innen- und außenpolitische Zusammenspiel der gegendeutschen Kräfte.

Die Urheber der Diktate von Versailles und St. Germain:

Juden, Freimaurer und politisierende Kirche

Der folgenden Tatsachenreihe sei eine Widmung vorangestellt. Sie sei allen jenen gewidmet, die es noch immer als übertrieben zu bezeichnen wagen, wenn Juden, Freimaurer und politisierende Kirche in einem Atemzuge genannt und als die unerbittlichen geschichtlichen Gegner der Deutschen in der Welt bezeichnet werden. Wer seine Meinung von Tatsachen bestimmen läßt, der wird sich der Beweiskraft der folgenden Tatsachen, die aus Raummangel nur einen knappen Auszug eines vorliegenden reichen Materials darstellen, nicht entziehen können. Die Bedeutung dieser Tatsachen ist um so größer, als die politische Tätigkeit von Judentum, Freimaurerei und Kirche seit je ein Spiel im Hintergrunde war und daraufhin schwerer erfaßbar ist als jede offizielle Volkspolitik. Hinter jeder erfaßten Tatsache dieses hintergründigen Spiels gegen das Leben und Eigentum der Deutschen steckt eine unfaßbar vielfältige geheime Intrigantentätigkeit, die in ihrem ganzen Ausmaße nie ans volle Tageslicht wird gerückt werden können. Um so schwerer wiegt, was ans Licht kam. Und von dem, was aus der Betriebsamkeit der Zimmerleute des Versailler Unglücks offenbar wurde, sei eine knappe Auslese gegeben.

Die Juden kämpfen für das Diktat

Der Jude Eisner, im November 1918 zum „bayerischen Ministerpräsidenten" geworden, sah seine weltgeschichtliche Aufgabe darin, den Ententemächten den dokumentarischen Nachweis der Alleinschuld Deutschlands am Weltkriege zu führen. Er arbeitete darin zusammen mit dem jüdischen Sozialökonomen Friedrich Muckle, den er zum bayerischen Gesandten in Berlin gemacht hatte. Am 21. November 1918 forderte Eisner von der Reichsregierung die sofortige Veröffentlichung der Urkunden über den Ursprung des Krieges. Zwei Tage danach, am 23. November, veröffentlichte er selbst in Kürzung und tendenziöser Zusammenstellung, was in München und in den Akten der Berliner Bayerischen Gesandtschaft aufzutreiben war. Die ganze feindliche Welt frohlockte. Sie erhielt das Material, das sie brauchte. Der persönliche Adjutant Eisners, der Jude Felix Fechenbach, händigte darüber hinaus in der zweiten Aprilhälfte 1919 dem französischen Journalisten Payot zur Veröffentlichung im „Journal de Genève" Aktenmaterial aus, das zu Aufsätzen gegen Deutschland benutzt werden konnte und benutzt wurde. Darunter war auch ein Telegramm des bayerischen Gesandten am Vatikan (von Ritter), das benutzt wurde, um für den Juli 1914 den Kriegswillen Österreichs zu beweisen.

Zwei Tage vor dem Bekanntwerden des Wortlautes des Versailler Diktates hieß es in großen Lettern auf der ersten Seite des Organs der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, der „Freiheit": „Wir müssen unterschreiben". Die „Freiheit" wurde geleitet von den Juden Rudolf Hilferding, Paul Hertz, Eugen Prager, Leo Liebschütz, Felix Stössinger.

Der Jude Eduard Bernstein, der sich bereits im Frühjahr 1919 auf der internationalen Konfe-

renz in Bern für die Alleinschuld Deutschlands erklärt hatte, hielt auf dem vom 10. bis 15. Juni 1919 in Weimar stattfindenden Parteitag der Sozialdemokraten, die Regierungspartei (!) waren, das außenpolitische Referat. Nach der erneuten Erklärung, daß Deutschland schuldig sei, sagte er folgendes über das Versailler Diktat: „Neun Zehntel sind Notwendigkeiten. Neun Zehntel davon sind unabweisbare Notwendigkeiten." Ganz ausdrücklich verteidigte er die von der Entente beabsichtigte Verstümmelung der deutschen Ostgrenze. Marx und Engels hätten das in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts längst gewollt, und Lassalle 1863 ebenfalls. In dieselbe Kerbe schlugen die Juden Max Cohen-Reuß und Gustav Hoch-Hanau. Ebenso gingen in Österreich die führenden politischen Juden vor (vgl. z. B. die Ausführungen des Juden Friedrich Austerlitz in der „Wiener Arbeiterzeitung" vom 3. Juni 1919).



Eine zeitgeschichtliche Erinnerung vom Kampf gegen das System

Acht Tage nach der Diktatsunterzeichnung schrieb der Jude Max Cohen-Reuß in den von dem Juden Joseph Bloch herausgegebenen „Sozialistischen Monatsheften", daß die Unterzeichnung eine Selbstverständlichkeit gewesen sei. Vier Wochen später forderte der Jude Ernst Hamburger in der gleichen Zeitschrift auf, über das, was im Diktat verlangt worden sei, bei der Erfüllung hinauszugehen. Damit begann die Vorbereitung des französischen Einfalls in das Ruhrgebiet. Im Dezember erklärte Hamburger, daß die Schuld Deutschlands gar nicht hoch genug veranschlagt werden könne, und anschließend daran, daß Deutschland nicht einmal formell das Recht habe, sich gegen die Zurückbehaltung der deutschen Kriegsgefangenen zu wenden. Über die Tätigkeit des Juden Liebknecht und die jüdisch geleiteten Dolchstoßaktionen vergleiche im vorigen Schulungsbrief Seite 44–77.

Die Freimaurer kämpfen für das Diktat

Die Tätigkeit der Freimaurer ist von der der Juden nicht zu trennen, denn die Freimaurerei war lediglich ein jüdisches Tarnungsmittel und diente dazu, auch Andersrassige einzuspannen.

Im Jahre 1885, und zwar am 28. Juni (an demselben Tage, an dem im Jahre 1914 der Mord in Sarajevo und im Jahre 1919 die Diktatsunterzeichnung stattfand) wurde die rein jüdische Großloge (B'nai B'rith) gegründet. Sie wurde zunächst ministeriell überwacht. Diese Überwachung wurde allerdings bald aufgehoben, was auf den Einfluß des Juden Emil Rathenau d. Ä. auf Wilhelm II. zurückgeführt wird. Wilhelm II. weihte ein neues Ordenshaus, das in Berlin gebaut worden war, persönlich ein. Die bekannten Juden um Wilhelm II. waren Mitglieder der Loge: Ballin, Rathenau, Friedländer-Fould, Bleichröder, Katzenstein, Warburg. Daß Juden als Ehrengäste an der Nordlandreise teilgenommen haben, von der im „Schulungsbrief" 11/37 ein Bild gebracht wurde, ist nicht erwiesen, und wir stellen insoweit unsere Bildunterschrift richtig. Was gespielt wurde, ersehen wir aus der Tatsache, daß folgende Juden, die vornehmlich nach dem Weltkriege ihr Zerstörungswerk verrichteten, ebenfalls dieser Loge angehörten: Kurt Eisner, Ernst Toller, Erich Mühsam, Gustav Landauer, Leviné-Nissen, Max Levien, Tobias Axelrod, Béla Khun, Radek-Sobelsohn, und insbesondere die Sekretäre von Woodrow Wilson, Lloyd George und Clemenceau: die Juden Itzig Tumultey, Philipp Sassoon und George Mandel (eigentlich Jéroboam Rothschild); außerdem der ehemalige Direktor der amerikanischen Kriegsindustrie und Finanzberater von Hoover und Roosevelt: Bernhard Baruch.

Das Netz, das um Deutschland gelegt worden war, wird völlig sichtbar durch die Tatsache, daß die drei wichtigsten Berater des Zaren, Iswolsky, Sasonow (über deren bedeutende Rolle vgl. das auf Seite 104 ff. angegebene Material) und Witte (mit einer Jüdin verheiratet) Freimaurer waren.

Und schließlich: Der englische König Eduard VII., dessen Einkreisungspolitik bekannt ist, war Freimaurer und bekleidete über 30 verschiedene maurerische Großwürden.

Kaiser Wilhelm II. war zwar nicht Freimaurer, aber er gestattete dem Prinzen Friedrich Leopold den Logeneintritt (Aufnahme am 13. Februar 1889) sowie die Übernahme des Protektorats über die drei altpreußischen Logen (durch Kabinettsordre vom 31. Januar 1894). Dieser Prinz förderte im Weltkriege entgegen dem Wunsche der Obersten Heeresleitung die Gründung von Feldlogen,

in denen, wie eindeutig bewiesen ist, die Freimaurerbrüder der feindlichen Fronten zusammenkamen; er war es auch, der im Juni 1917 die gesamte „deutsche" Maurerei unter sich vereinigte und am 9. November 1918 auf seinem Schloß Klein-Glienicke bei Potsdam die rote Fahne hißte; er starb am 14. September 1931; sein Sohn trat zum Katholizismus über und wurde in Rom zum Priester geweiht.

Der Mord von Sarajevo wurde durch die Vermittlung der Belgrader Loge (Serbischer Großorient) von kroatischen Freimaurern ausgeführt. Derartige Mordanschläge waren in der Geschichte der Freimaurerei nichts Neues. Die französische Revolution, die erste großangelegte freimaurerische Umwälzung, bietet dafür zahllose Beispiele. Bekannt ist ja auch das „Todesurteil", das über Wilhelm I., Bismarck und Moltke gefällt wurde.

Es lautet (nach Moritz Busch: „Graf Bismarck und seine Leute während des Krieges mit Frankreich", Leipzig 1878):

„1. Wilhelm und seine beiden Genossen Bismarck und Moltke, Geißeln der Menschheit und durch ihren unersättlichen Ehrgeiz Ursache so vieler Mordtaten, Brandstiftungen und Plünderungen, stehen außerhalb des Gesetzes wie drei tolle Hunde.

2. Allen unseren Brüdern in Deutschland und der Welt ist die Vollstreckung des gegenwärtigen Urteils aufgetragen.

3. Für jedes der drei verurteilten reißenden Tiere ist eine Million Franken bewilligt, zahlbar an die Vollstrecker oder ihre Erben durch sieben Zentrallogen."

Eines der scheußlichsten Verbrechen ist wohl die Ermordung der Zarenfamilie in Jekaterinburg. Der telegraphische Bericht der Mörder nach Moskau, „sie hätten den von Jankel Swerdlow unterzeichneten Befehl" ausgeführt, wurde ermittelt und von dem englischen General Knox durch das englische „Weißbuch" im April 1919 dem englischen Parlament vorgelegt. Die Ermordung des Zaren wurde insbesondere von den Juden Wainin und Safarow betrieben. Den Zaren und den Thronfolger ermordete der Jude Jankel Jurowsky, der sich nachher als Villenbesitzer in Konstantinopel niederließ.

Die in Zürich erscheinende Zeitung „Die neue Politik" bringt in Nr. 1/1938 eine interessante Zusammenstellung, die der Schweizer Zeitung „Volksrecht" vom 5. Mai 1920, Nr. 104, 23. Jahrgang, unter dem Titel „Freimaurerei und Völkerbund" entnommen ist. Dort findet sich folgende Darstellung:

„Beim Friedenskongreß wie bei der Gründung und in der Organisation des Völkerbundes spielen die Brüder Freimaurer keine geringe Rolle, wie die folgende Zusammenstellung zeigt." Es werden u. a. aufgeführt: „Oberster Rat. Dem Obersten Rat gehören an die Brüder Clemenceau, Lloyd George, Orlando. Ob Wilson Freimaurer ist, steht noch nicht fest. England ist vertreten durch die Brüder D. Lloyd George, Bonar Law, Großsiegelbewahrer Visc. Milner, Kolonialsekretär, A. J. Balfour, Auslandssekretär G. N. Barnes, Minister; ferner die Brüder Chamberlain, Churchill, R. Isaacs-Reading. Nordamerika: W. Wilson, Präsident der Union, Rob. Lansing, Staatssekretär, M. House, Oberst. Frankreich: Clemenceau, Ministerpräsident, Pichon, Auslandsminister, L. L. Klotz, Finanzminister, A. Tardieu, Kriegsgeneralkommissär, Jules Cambon, Botschafter, L. Bourgeois. Belgien: Huysmans, Auslandsminister, van den Heuvel, Staatsminister, van der Velde, Justizminister. Tschechoslowakei: K. Kramarsch, Präsident, Ed. Benesch, Minister. Aus dieser Tabelle, die wir aus zuverlässigen Quellen zusammengestellt haben, geht unzweideutig hervor, daß die erdrückende Mehrheit der Pariser Friedensdelegierten und Völkerbundsberater Freimaurer waren."

Der zugleich mit dem Versailler Diktat errichtete „Völkerbund" nahm Deutschland am 10. September 1926 auf. Der deutsche Außenminister, Freimaurer Stresemann, und der französische Außenminister, Freimaurer Briand, hielten die gegenseitigen Begrüßungsreden.

Am 9. November 1918 erklärte der Freimaurer Scheidemann: „Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt."

In den „Sonnenstrahlen" vom Dezember 1922, dem Blatt der Loge „Zur aufgehenden Sonne" in Bayreuth, ist zu lesen (Seite 188): „Ohne viel Aufhebens wurde im letzten Jahre eine Anzahl unserer Brüder veranlaßt, mit Hilfe der Parteien, kulturpolitischer Verbände usw. angebotene öffentliche Ämter als Gemeinderäte, Bezirksräte, Ehrenämter im staatlichen und kommunalen Dienste, sowie leitende Ämter in Vereinen usw. anzunehmen, um hier im Sinne unserer Ideen zielbewußt und fruchtbar zu wirken."

Im Dritten Reiche hat die Freimaurerei aufgehört zu existieren. Über ihre Zahlen in den letzten Jahren ihres Bestehens vgl. die Zeitschrift „Der Parteirichter" vom 6. und 10. Dezember 1934.

Die politisierende Kirche kämpft für das Versailler Diktat

... Am 19. Juli 1898 berichtet der russische Gesandte Tschargykow nach Petersburg über eine Äußerung des päpstlichen Kardinalstaatssekretärs Rampolla gegenüber dem französischen Gesandten Mombel. Diese Information lautet: „Wenn Frankreich, Rußland und Italien gemeinsam gegen Deutschland Krieg führen würden, so sei der Vatikan bereit, einem solchen Bündnis beizutreten, da der in Preußen verkörperte Protestantismus für ihn „die größte Gefahr bedeute".

1912, als alle Einsichtigen sich über den Zweck der gewaltigen Aufrüstungen der Ententemächte längst im klaren sind, verweigern die Politiker des Zen-

trums Arm in Arm mit ihren marxistischen Brüdern im Deutschen Reichstage den größten Teil der von der Regierung zur Rüstungsverstärkung geforderten Mittel. Zwei Jahre später bezahlt Deutschland diese Sabotage mit dem Scheitern der Marneschlacht, weil dort die von der Armeeführung einst geforderten Reserven fehlen.

Am 7. Januar 1915 läßt die vatikanische Diplomatie im „New York Herald" vorschlagen: „Isolierung Preußens durch Trennung Österreichs, Bayerns und der übrigen katholischen Staaten von der protestantischen deutschen Vormacht." Am Tage vorher gab die halbamtliche Jesuitenzeitschrift des Papstes „Civilta Cattolica"-Rom der Greuelpropaganda der Entente den halbamtlichen christlichen Segen: „Wahrhaftig, die Zerstörungswut, die von Deutschland in diesem Kriege zum System erhoben wurde, die ... offene Städte beschießt, unschuldige Kunstdenkmäler zu ihrem Ziele macht, in jammervoller Weise wehrlose Frauen und Kinder niedermetzelt, ist eines Volkes unwürdig ..."

Am 15. Dezember 1915 fordert der Jesuit Vaughan in London von der Kanzel herab den „Kreuzzug der gesamten Christenheit gegen Preußen-Deutschland". In Deutschland aber werden „Peterspfennige" gesammelt, um den Heiligen Vater „für die Dauer des Krieges finanziell vollkommen unabhängig" zu stellen! Nach den „Neuen Zürcher Nachrichten" vom 21. Januar 1916 hat Benedikt XV. dem Kardinalerzbischof Amette von Paris gegenüber zu diesem Zeitpunkte das Ergebnis der deutschen Sammlung mit 7 Millionen Mark angegeben und hinzugefügt, daß die „deutschen Katholiken damit mehr als die Katholiken aller anderen Länder zusammen für die Bedürfnisse des Heiligen Stuhles aufgebracht hätten".

Am 21. November 1916 stirbt der Kaiser Franz Josef von Österreich. Sein Nachfolger auf dem Habsburger Throne ist der Erzherzog Karl, verheiratet mit Zita, geborene von Parma-Bourbon. Die Brüder der neuen Kaiserin, die Prinzen Sixtus und Xaver von Bourbon, stehen als Offiziere bei den Truppen der Entente.

General v. Cramon, der persönliche Vertreter Wilhelms II. bei Karl, gibt folgende Charakterisierung des neuen Wiener Hofes: „Die Mutter des jungen Kaisers, Schwester des letzten Sachsenkönigs, eines der treuesten deutschen Bundesfürsten, war streng katholisch und dem protestantischen Preußen wie den Hohenzollern wenig günstig gesinnt. Die Kaiserin Zita und ihre Mutter, die Herzogin von Parma, waren nach Geburt und Erziehung keine Deutschen. Durch die Heirat des Kaisers zur Macht gelangt, dachten sie in erster Linie an das Wohl ihres eigenen Hauses. Frankreich hatte unter Umständen einen Thron an die Bourbonen zu vergeben. Auch die anderen Mächte der Entente standen ihnen innerlich sehr viel näher als das verbündete Deutschland. Eine wesentliche Rolle spielte gerade bei den Frauen und auf dem Umweg über sie auch beim Kaiser die nach Rom orientierte Geistlichkeit und ihr unglückseliger Gegensatz gegen alles, was protestantisch und in diesem Sinne deutsch ist." General Ludendorff sagte später über die neue Kaiserin: „Leider war sie ganz gegen uns gerichtet und in den Händen von Klerikern, die nicht unsere Freunde waren."

Vierzehn Tage nach dem Tode Franz Josefs, am 5. Dezember 1916, schreibt die Herzogin von Parma an ihren Sohn Sixtus einen Brief. Mit Einwilligung Karls schlägt sie darin eine geheime Zusammenkunft in der Schweiz vor. Ziel der Verhandlungen: Abschluß eines Sonderfriedens zwischen Österreich und der Entente ohne Wissen Deutschlands. Bedingung: Garantierung der Habsburger Monarchie.

Am 5. und 8. März 1917 empfängt Poincaré die Parma-Prinzen.

Am 24. März bekommt Sixtus in Wien einen handgeschriebenen Brief seines Schwagers Karl. Darin steht u. a. folgendes zu lesen: „Frankreich hat seinerseits eine große Widerstandskraft und einen prachtvollen Elan gezeigt. Wir alle bewundern rückhaltlos die herrliche, traditionelle Tapferkeit seiner Armee und den Geist der Aufopferung im ganzen französischen Volk. Daher ist es mir besonders angenehm zu sehen, daß, obgleich wir derzeit Gegner sind, keine wirkliche Verschiedenheit in den Auffassungen und Bestrebungen mein Reich von Frankreich trennt, und daß ich berechtigt bin, zu hoffen, daß meine lebhaften Sympathien für Frankreich, vereinigt mit jenen, die in der ganzen Monarchie herrschen, für alle Zukunft die Wiederkehr des Kriegszustandes, für welchen mich keine Verantwortung treffen kann, verhüten werden. Zu diesem Zweck, und um die Wirklichkeit dieser Gefühle genau auszudrücken, bitte ich Dich, geheim und inoffiziell Herrn Poincaré, dem Präsidenten der französischen Republik, zur Kenntnis zu bringen, daß ich mit allen Mitteln und unter Anwendung meines ganzen persönlichen Einflusses bei meinen Verbündeten die gerechten Rückforderungsansprüche Frankreichs mit Bezug auf Elsaß-Lothringen unterstützen werde."

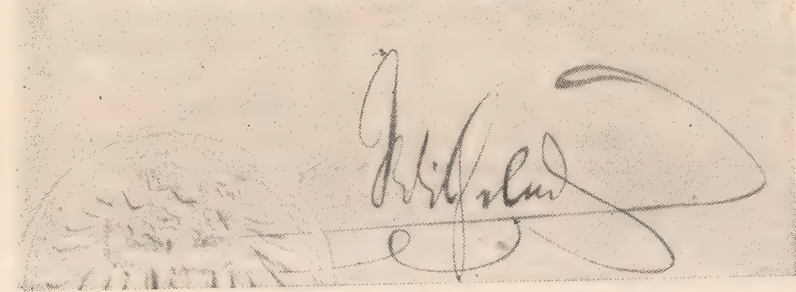
Damit hat der kaiserliche Verräter urkundlich sein geschichtliches Verbrechen besiegelt. Am 31. März übergibt Prinz Sixtus das Dokument dem Präsidenten der französischen Republik, Poincaré! Nicht nur ein Ziel Frankreichs, sondern auch ein heißer Wunsch der vatikanischen Diplomatie ist der Verwirklichung nahe: Die Trennung Österreichs von der „protestantischen" deutschen Vormacht!

Ich verzichte hierdurch für alle Zukunft auf die Rechte an der Krone Preussen und die damit verbundenen Rechte an der deutschen Kaiserkrone.

Zugleich entbinde ich alle Beamten des Deutschen Reiche und Preussens sowie alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Marine, des Preussischen Heeres und der Truppen der Bundeskontingente des Treueides, den sie Mir als ihrem Kaiser, König und Obersten Befehlshaber geleistet haben. Ich erwarte von ihnen, dass sie bis zur Neuordnung des Deutschen Reichs den Inhabern der tatsächlichen Gewalt in Deutschland helfen, das Deutsche Volk gegen die drohenden Gefahren der Anarchie, der Hungersnot und der Fremdherrschaft zu schützen.

Urkundlich unter Unserer Hochsteigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Amerongen, den 28. Novembe- 1918



Die Urkunde, mit der Kaiser Wilhelm II. für alle Zukunft abdankte

Thronverzicht des deutschen Kronprinzen

„Ich verzichte hiermit ausdrücklich und endgültig auf alle Rechte an der Krone Preußens und an der Kaiserkrone, die mir, sei es auf Grund der Thronentsagung Seiner Majestät des Kaisers und Königs, sei es aus einem andern Rechtsgrunde, zustehen mögen.

Urkundlich unter unserer höchsteigenhändigen Unterschrift.

Gegeben in Wieringen am 1. Dezember 1918. gez. Wilhelm."

Eine besonders verhängnisvolle Rolle spielte die Denkschrift des österreichischen Außenministers Graf Czernin. Unter dem Datum vom 12. April 1917 wird die Czerninsche Denkschrift als strenges Staatsgeheimnis den beiden verbündeten Kaisern sowie dem k. u. k. Botschafter in Berlin zur Kenntnisnahme zugestellt. Die Aushändigung an Wilhelm II. kommt moralisch einem Ultimatum gleich, wenngleich das Schriftstück formal an Karl gerichtet ist. Darin heißt es unter anderem: „... Es ist vollständig klar, daß unsere militärische Kraft ihrem Ende entgegengeht. Diesbezüglich erst lange Details zu entwickeln, hieße die Zeit Ew. Majestät mißbrauchen ... Wenn ich auch hoffe, daß es uns gelingen wird, noch die allernächsten Monate durchzuhalten und eine erfolgreiche Defensive durchzuführen, so bin ich mir doch vollständig klar darüber, daß eine weitere Winterkampagne vollständig ausgeschlossen ist, mit anderen Worten, daß im Spätsommer oder Herbst **um jeden Preis Schluß gemacht** werden muß. Die größte Wichtigkeit liegt zweifellos dabei auf dem Moment, die Friedensverhandlungen in einem Augenblick zu beginnen, in welchem unsere ersterbende Kraft den Feinden noch nicht zum vollen Bewußtsein gekommen ist. Treten wir an die Entente heran in einem Augenblick, in welchem Vorgänge im Innern des Reiches den bevorstehenden Zusammenbruch ersichtlich machen, so wird jede Demarche vergeblich sein, und die Entente wird auf keine Bedingungen, außer auf die, welche die vollständige Vernichtung der Zentralmächte bedeuten, eingehen ... Ich habe die feste Überzeugung, daß auch Deutschland genau ebenso wie wir an dem Ende seiner Kraft angelangt ist... Ew. Maj. haben die wiederholten Versuche unserer Feinde, uns von unseren Bundesgenossen zu trennen, unter meiner verantwortlichen Deckung abgelehnt, weil Ew. Maj. keiner unehrlichen Handlung fähig sind. Aber Ew. Maj. haben mich gleichzeitig beauftragt, den verbündeten Staatsmännern des Deutschen Reiches zu sagen, daß wir am Ende unserer Kräfte sind und daß Deutschland über den Spätsommer hinaus nicht mehr auf uns rechnen wird können ... Wir können noch einige Wochen warten und versuchen, ob sich Möglichkeiten ergeben, mit Paris oder Petersburg zu sprechen. Gelingt dies nicht, dann müßten wir noch rechtzeitig unsere letzte Karte ausspielen und jene äußersten Propositionen machen, die ich im Früheren angedeutet habe. Ew. Maj. haben den Beweis erbracht, daß Sie nicht egoistisch denken und den deutschen Bundesgenossen kein Opfer zumuten, welches Ew. Maj. nicht selbst zu tragen bereit wären. Mehr kann niemand verlangen. Gott und ihren Völkern aber sind es Ew. Maj. schuldig, alles zu versuchen, um die Katastrophe eines Zusammenbruches der Monarchie zu verhindern; vor Gott und ihren Völkern haben Ew. Maj. die heilige Pflicht, ihre Völker, das dynastische Prinzip und Ihren Thron zu verteidigen, mit allen Mitteln und bis zu ihrem letzten Atemzug ..."

Damit, daß Wilhelm II. das Dokument in seinen Schrank für Geheimakten verschließt, ist allerdings den österreichischen Absichten nicht gedient. Aber es gibt **Mittel und Wege, diese Absichten auch ohne oder gegen Wilhelm zu verwirk-**

lichen. Das Haus Habsburg-Parma ist nicht umsonst das Kaiserhaus des „katholischen Staates“, es hat auch in Deutschland ein heißes „katholisches“ Eisen im Feuer. Da ist z. B. ein Abgeordneter des Zentrums Leiter des amtlichen deutschen Nachrichtenwesens. Er heißt Matthias Erzberger. Der weiß, daß der Erzbischof von Wien, Kardinal Pfiffl, ihn, den Abgeordneten Erzberger, in diesen Tagen gerne einmal in Wien sehen möchte. Dazu kommt noch eine Information der k. u. k. Hofkanzlei, daß der österreichische Kaiser ihn am 23. April ebenfalls in Wien sprechen möchte. Sollte er, der „Katholik“ und „Politiker“, diesen Wünschen seiner katholischen und politischen Freunde in Wien nicht entsprechen? Nein, es wäre unhöflich, unklug und wer weiß was sonst. Erzberger fährt nach Wien und bekommt dort – die Czerninsche geheime Denkschrift ausgehändigt. Von wem er sie erhält, ist nicht offenbar geworden. Die Vermutung liegt nahe, daß sie ihm aus dem kaiserlichen Familienkreise zugesteckt wurde. Dort hatte er gute Beziehungen, über deren Eigenart er sich wie folgt geäußert hat: „Meine Beziehungen zum Hause Parma-Bourbon lagen in erster Linie nicht auf politischem Gebiet; die engsten Berührungspunkte fanden sich vielmehr in der Wahrung allgemein katholischer Interessen.“ Erzberger fährt mit der Denkschrift in der Tasche nach Berlin zurück. Was er außerdem im Kopfe von Wien aus mitbringt, das kann in Deutschland niemand wissen, ahnen oder beweisen.

Am 6. Juli 1917 tagt der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags. Der Zentrumsabgeordnete Erzberger ergreift das Wort zu einer Rede und verblüfft – jetzt, einen Monat nach dem Scheitern der französischen Offensive – den Ausschuß mit der Erklärung, Deutschland müsse Frieden machen, weil es am Ende seiner militärischen Kraft sei. Ungefähr mit den Argumenten der Czerninschen Denkschrift verlangt er, der Deutsche Reichstag müsse eine programmatische Friedensresolution beschließen.

Als Hindenburg und Ludendorff von der Forderung Erzbergers hören, bitten sie sofort um Audienz beim Kaiser. Der läßt sie nach Berlin kommen. Der Reichskanzler Bethmann Hollweg, der Freimaurer und Halbjude, macht Wilhelm II. klar, daß die Einmischung der Heerführung in die Politik eine Gefahr sei. Daraufhin lehnt Wilhelm eine Aussprache über den Erzberger-Plan mit den beiden Generälen ab; sie müssen unverrichteter Dinge wieder in das Große Hauptquartier zurückfahren.

Am 25. Juli verliest Erzberger auf der Parteikonferenz des Zentrums zu Frankfurt a. M. vor rund 200 seiner politisierenden Brüder die geheime Denkschrift Czernins, von der bis dahin in Deutschland außer ihm und dem Kaiser niemand etwas wußte.

Am 30. Juli 1919 gesteht die englische Zeitung „Times“: „Der Geheimbericht des Grafen Czernin über die hoffnungslose Lage der Mittelmächte ist etwa Juli 1917 dem englischen Ministerrat zugegangen und hat den Gegenstand eingehender Beratungen gebildet. Danach noch mit Deutschland zu verhandeln, wäre nach Ansicht aller Minister heller Wahnsinn gewesen.“

Der katholische Pfarrer Dr. W. Büttner hat in der „Historisch-politischen Zeitschrift für das katholische Deutschland“, „Gelbe Hefte“, im Jahre 1931 die Erzbergerschen Aktionen von 1917 selbst als eine schwere Kompromittierung des politischen Katholizismus bezeichnet und wörtlich geschrieben: „In einer Zeit höchster Not des Vaterlandes, wo alle Kräfte der Sammlung zur Stärkung der Staatsgewalt, zur Bekämpfung des inneren Feindes hätten aufgeboten werden müssen, in einem solchen Augenblick sich mit Elementen verbündet zu haben, die mit der kommenden Revolution liebäugelten, aus Liebe zu einer revolutionären Partei eine ‚Reichsreform‘ eingeleitet und mit jener revolutionär eingestellten Partei sich für lange Sicht verständigt zu haben: das ist die historische Sünde des Erzbergerschen Zentrums vom Jahre 1917.“

Am 26. November 1918 richtet das bayerische Zentrum durch sein Organ, den „Bayerischen Kurier“, einen denkwürdigen Aufruf an den Rätejuden und weiland Ministerpräsidenten des Volksstaates „Baiern“ (Rätedeutsch!) Eisner: „Warum, Herr Präsident Eisner, lassen Sie das alte von Preußen beherrschte Reich nicht verschwinden wie die deutsche Kokarde? ... Sagt Euch endlich los von einem Deutschland, in dem Preußen und Berlin, das herrschsüchtige, immer noch den Ton angeben wollen! Sagen Sie, Herr Minister, nochmals: Bayern will den Sonderfrieden. Alles, was nichtpreußisch ist, wird sich uns anschließen ... Ebenso sicher kommt schließlich der Deutsche Staatenbund ohne das Berlinertum und sein spezifisches Preußen ... Herr Minister, ich glaube, Sie denken selbst so – ich sage: Los von Preußen! Schaffen Sie den verfassungsmäßigen Volksstaat Bayern, erbitten Sie den Sonderfrieden – wir werden den Frieden haben, nur die Preußen nicht, die der slawische Einschlag verdorben hat! ...“

Am 4. Februar 1919 bringt das „Echo der Gegenwart“, das Zentrumsblatt in Aachen, folgenden Artikel: „... Es wäre das beste und natürlichste, die Länder am Oberrhein bis nach Basel herauf um die Frankenländer am Main bis Würzburg und Bamberg hinauf mit den Rheingauen und Rheinpfälzern sowie den bisher badischen und württem-

bergischen Ländern zu einer gemeinsamen **oberrheinisch-fränkisch-alemannischen Republik** zusammenzuschließen. Wir wären dann nicht nur am Oberrhein selber ein kräftiger Stamm, sondern auch fähig, unserer durch die natürliche Lage uns zugefallenen Aufgabe gerecht zu werden, ein Verbindungsglied mit der Schweiz und der Niederrheinisch-westfälischen Republik bzw. Holland einerseits, sowie mit der Bayerisch-Österreichischen Donaurepublik andererseits, zugleich aber auch ein **versöhnendes Zwischenglied** zwischen unseren norddeutschen Namensbrüdern und **dem französischen Volke** zu sein. Am besten freilich wäre es, wenn Mainz und die sämtlichen vorerwähnten Landesteile mit ganz Bayern und den deutsch-österreichischen Ländern zu einer gemeinsamen **Rhein-Main-Donau-Republik** sich zusammenschlössen. Ein solcher Zusammenschluß liegt ganz in dem Zuge der natürlichen Zusammenhänge und der wirtschaftlichen Entwicklung. Auch wäre eine solche Rhein-Main-Donau-Republik das geeignetste Mittel, um sowohl die neuerdings in Österreich aufgetretenen Bedenken gegen den Anschluß an Deutschland als auch sonstige auf anderer Seite obwaltende Bedenklichkeiten, die aus dem früheren preußischen Regierungssystem herrühren, ein für allemal zu beseitigen."

Der **Prälat Dr. Kaas** hält am 10. März 1919 die Zeit für gekommen, um ein denkwürdiges Telegramm an den Vorsitzenden der rheinischen Zentrumspartei, Trimborn, zu schicken. Das Telegramm lautet: „Der Rheinischen Republik senden vom Moselstrande begeisterte Grüße Trierer Bürger aller Stände!"

Der emigrierte Separatist Dr. Dorten erklärte im November 1933 in einem Vortrage in Paris: „Der rheinische katholische Klerus war 1918 und 1919 Mitkämpfer für die rheinische Republik. Seit Ende 1918 verlangte der gesamte katholische Klerus mit den Bischöfen an der Spitze die sofortige Ausrufung eines Rheinstaates. **Der Rheinstaat würde ein katholischer Staat gewesen sein.** Der Rheinstaat würde sieben Millionen Katholiken unter zehn Millionen Einwohnern gezählt haben. Er konnte überhaupt nur in der Form eines katholischen Staates gedacht werden."

Am 17. Mai 1919 erscheint bei dem Regierungspräsidenten der Rheinpfalz der **Landauer Zentrumsjude Dr. Haas** mit einem „Ausschuß". Er protestiert nicht etwa gegen die erpresserischen Diktatsbedingungen, nein; er verlangt vielmehr die **Proklamation eines neutralen Pfalzstaates!** Aber er kommt an die unrichtige Adresse. Der pfälzische Regierungspräsident setzt ihn mitsamt seinem Ausschuß hinter Schloß und Riegel. Am 22. Mai erzwingt der französische General Girard die Freilassung der Verräter; denn sie erfreuen sich begreiflicherweise seiner heißesten Sympathien.

Seit langem hat die Welt nicht mehr ähnliche Friedensbedingungen wie die von Versailles vernommen. Sollten die Deutschen derartiges überhaupt hinnehmen, gibt es bei ihnen keine Charakterreserven mehr, welche diese drohende Schändung abwehren werden? **Clemenceau** weiß die Antwort auf diese Frage. Er weiß, daß diese etwaigen letzten Charakterreserven bei den maßgebenden Machthabern und Machtgruppen der neuen Republik drüben planmäßig von einer in dieser Beziehung routinierten und erprobten Kraft unterhöhlt werden. Diese Kraft ist seit dem 13. Februar 1919 in Deutschland Minister ohne Portefeuille; sie könnte besser als **Minister ohne Ehre und Gewissen** bezeichnet werden und heißt: **Erzberger!** Das ist der Mann, der sich schon im Jahre 1917 um die Sache der Entente so sehr verdient gemacht hat. Das ist der Mann der „Friedensresolution" und „landesverräterischen Enthüllungen", der Mann, von dem man nicht weiß, ob er den Alliierten seinerzeit die „Denkschrift Czernin" ausgeliefert hat oder nicht, der Mann, von dem man nur weiß, daß er ein mächtiger Zentrumspolitiker, ein Mensch ohne Charakter und Skrupel ist und ein heißer Befürworter für die bedingungslose Annahme des Waffenstillstandes war. Er war sogar in einem sehr fragwürdigen Sinne ein unmittelbarer Interessent und **Regisseur an diesem Waffenstillstand**, der Deutschland inzwischen dem Rachedurst des „Tigers" auf Gnade und Ungnade ausgeliefert hat.

Ein Zeuge jener Verhandlungen von Compiègne, Dr. Rohde-Liebenau, berichtete darüber, daß die deutsche Heerführung sich zwar in jenen Novembertagen mit aller Energie der Annahme der gefährlichen Waffenstillstandsbedingungen widersetzt habe, „daß aber der von der Heeresleitung nach Compiègne entsandte Bevollmächtigte, General v. Gündell, durch den Bevollmächtigten der Reichsregierung, **Matthias Erzberger**, kaltgestellt wurde, und daß dieser mit wissendem Lächeln die Verhandlungen solange hinauszog, bis aus Berlin die längst erwartete Nachricht vom Ausbruch der Revolution eintraf".

Sogar die damalige Judenzeitung, das „Berliner Tageblatt" (1871 ausdrücklich zur „Förderung der Interessen des Judentums" gegründet), kommt bezüglich der Erzbergerschen Judaspolitik zu der folgenden Feststellung: „Jedesmal, wenn man in den letzten Wochen einem der in Deutschland weilenden Ententegesandten klargemacht hatte, daß die deutsche Regierung unerträgliche Bedingungen nicht unterzeichnen könne und werde, zog er mit der Verschmitztheit eines Untersuchungsrichters ganz zum Schluß des Gesprächs den Namen Erzberger hervor. **Erzberger war für diese Herren der Dolch im Gewande, die große Karte, die man nicht übertrumpfen konnte.**"

Quellenangabe am Schluß des Heftes

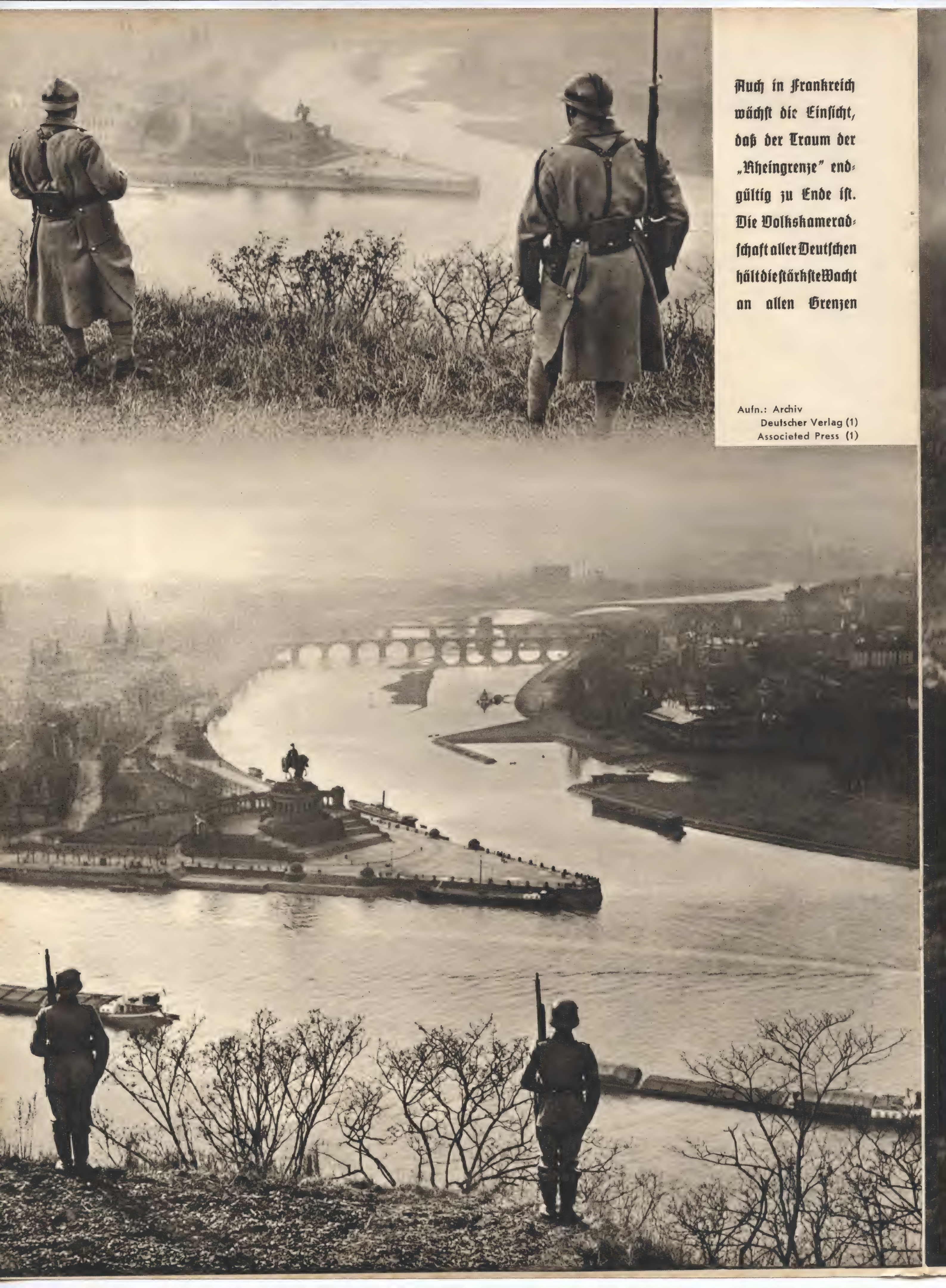
Wehrlos heißt arbeitslos!



Nur der Jude „lebt" vom Verbrechen von Versailles
Die „Theater"-Juden Rotter suchen sich ihre Opfer

Ich aber werde ohne Arbeit glücklich

Aufn.: Scherl (2), Presse Jll. Hoffmann (1), Herbert Hoffmann (1), Pressephoto (1)



Auch in Frankreich wächst die Einsicht, daß der Traum der „Rheingrenze“ endgültig zu Ende ist. Die Volkskameradschaft aller Deutschen hält die stärkste Wacht an allen Grenzen

Aufn.: Archiv Deutscher Verlag (1) Associeted Press (1)

Ein Volk geht in den hellen Morgen seiner Welt . . .

Das Diktat von Versailles ist nicht mehr. Das deutsche Volk blickt wieder in die Welt. Mit dem harten Auge dessen, der aus eigener Kraft genas, als alle ihn schon aufgegeben hatten und um die Erbschaft stritten. Mit dem harten Auge dessen, der das Leben kennt und seinen Kampf und weiß, daß nicht Geschenke an dem Wege liegen, den das Schicksal wählte – der weiß, daß es ein Weg der Arbeit ist.

Im Glück der freigewordenen Kraft geht unser Volk ans Werk. Es zwingt den Raum, es zwingt den Stoff. Ja – es ist klug geworden, um zu wissen, daß der Schaffende das Schmieden seiner Waffen nicht vergessen darf und ihre Kunst.

Freiheit? Was ist das anderes, als unbändig gestalten können mit dem gesunden Sinne, der die Erde liebt, ihr Werden und Vergehen und Erneuern. Wo wäre Freiheit sonst, wenn nicht beim schöpferischen Volke? Frei sind wir Deutschen, seit wir wieder glauben, denn nur wer in die Weite sieht und dessen Inneres Tiefe hat, kann schaffen.

Am Wege stehen Neider, deren Sorge nie das Schaffen war. Sie standen immer an dem deutschen Wege. Wo einer schafft, steht immer einer, der nur gafft. Das ist die Welt. Und an die Deutschen hängte sich viel Pack.

Wir haben es hinausgeworfen. Und wo es sich noch zeigt, wird seine Stunde kommen. Wir machen Ordnung in dem eigenen Hause. Denn das muß sein, bevor der Blick zur Welt sich wendet. Wer das Gesicht der Welt zuwendet, muß sicher sein und allem trauen können, was im Rücken ist. Schon war das zweite Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts – wir hatten das noch nicht begriffen und mußten bitter lernen. Doch nun – es scheint, daß wir es wissen.

Wir sehen in die Welt und sind ein waffenstarkes Volk des Glaubens und der Ordnung. Wir sind voll schöpferischer Kraft und dadurch frei. Der deutsche Riese reckt die Arme in den hellen Morgen, der die Arbeit bringt.

Welt – Du erschrickst? Den Deutschen, der als reifer Mann nach diesem Kriege aufstand, braucht der nicht zu fürchten, der in Recht und Arbeit lebt.

Die Schaffenden der Welt – das sind die Freunde unseres Volkes. Die Schaffenden der Welt sind mehr und mehr dabei, einander zu begegnen und sich die harte Hand zu reichen. Die Front der Ordnung und der Arbeit steht. Hier gilt die Ehre und die Achtung dessen, was ein Volk zum Leben braucht.

Seht – wie verächtlich wird man einst erzählen von denen, die nach dem Waffengange, an dem sie kaum beteiligt waren, zusammenkamen und im Chore schrien: Der da, der sich nicht wehren kann, der war an allem schuld –

Die Zeit verging. Der Schwache wurde stark. Der Starke gab sich selbst das gleiche Recht. Gleichberechtigung ist Weltberechtigung in dem ganz ursprünglichen und gesunden Sinne jeder echten Lebenskraft, das zu besitzen, was ein Volk braucht, um sich zu nähren und zu mehren. Was das Recht jeder Pflanze ist im Raume der Schöpfung: das Licht zu suchen, das ihr Wachstum braucht – dieses Recht kann keiner uns verwehren, dem wach und gesund gewordenen Volk der Deutschen.

Das ist der Wille aller Deutschen. Und das sagt das Programm der Deutschen, wenn es im Punkt 2 erklärt: „Wir fordern die Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen . . .“

Ein Volk weiß, was es will. Ein Volk weiß, worum es geht. Ein Volk geht in den hellen Morgen seiner Welt . . .

So starb Versailles ...

Das Versailler Diktat ist, kaum daß der Haß der Gegner es geboren hatte, von diesen selbst Punkt für Punkt durchlöchert worden, so daß das nationalsozialistische Deutschland ein von der Welt selbst unterhöhltes und durch sie morsch gewordenes Gebäude einriß, um echtere, aufrichtigere und klarere völkerrechtliche Zustände zu schaffen. Versailles ist zuerst nicht von Deutschland her, sondern **von der Welt her zerfallen.**

Die deutschen Kolonien sollten unter die Souveränität des Völkerbundes gestellt werden; bereits am 6. Mai 1919 wurden sie aber als Mandate verteilt. Nach Art. 227 sollte Wilhelm II. zwecks Aburteilung ausgeliefert werden; Holland hatte am 21. Januar 1920 (also 11 Tage nach dem Inkrafttreten des Diktates) den Mut, das Auslieferungsersuchen zu verweigern. Am 19. März 1920 verweigerte der amerikanische Senat seine Zustimmung zum Diktat, obwohl der amerikanische Präsident, Woodrow Wilson, an erster Stelle unterschrieben hatte. Dann kamen die vorgesehenen Abstimmungen, in denen die Entente zeigte, daß es ihr nicht um Einhaltung der selbstgewollten Bestimmungen ging. Begonnen mit dem eigenartigen Verfahren in Sachen Eupen-Malmedy bis hin zum litauischen Putsch im Memelland am 10. Januar 1923 ist es eine nicht abreißende Kette der Nichtachtung der Versailler Regelungen durch die Welt. Dazu kam das eigenartige Verhalten hinsichtlich der Reparationen: die eigenmächtige französische Militärdiktatur im Ruhrgebiet, obwohl § 18 der Anlage II zum Teil VIII lediglich Kollektivmaßnahmen der Reparationsmächte kennt. Noch rechtswidriger wird das französisch-belgische Vorgehen, wenn man sich ausrechnet, daß die rückständigen Telegraphenstangen- und Kohlenlieferungen nur 1,5 v. H. der Gesamtreparationsleistung des Jahres 1922 ausmachten! Die Reparationsfrage wurde mehr und mehr aus der ursprünglichen Versailler Regelung herausgenommen und über Dawes und Young auf ganz andere „Grundlagen" gestellt. Wohin wir also sehen — das sind alles Schlaglichter aus einem Zerstörungsvorgange an allen Ecken und Enden des Diktates — die Welt selbst vernichtet, was sie schuf. Der tollste Fall der Nichtachtung von Versailles durch die Welt war aber das Verhalten in der Abrüstung und dabei vor allem das völlige Vergessen der Einleitung und Voraussetzung des Teiles V, wo es heißt: „Um die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen ..." Deutschland hatte abgerüstet — die Welt hat das zur Kenntnis genommen, ohne selbst die eingegangene Abrüstungsverpflichtung im geringsten zu erfüllen. An diese Reihe der Weltverletzungen der Versailler Bestimmungen schließen sich die zahllosen Nichtbeachtungen an, die sich in Fragen des Minderheitenschutzes usw. ergaben, und über allem schwebte als das schlechte Gewissen der Welt das unaufhörliche Versagen des „Völkerbundes", der mit Versailles geschaffen worden war. Seine unaufhörliche Demonstration der Unfähigkeit vor aller Augen mußte schließlich alle gesund Denkenden dieser Welt überzeugen, daß die Nachkriegsregelungen der Ententemächte und der Kräfte, die dahinter standen, sich als untauglich erwiesen und von ihren Vätern selbst nicht eingehalten wurden. Der Führer überwand die Versailler Unordnung mit folgenden Maßnahmen:

14. Oktober 1933: Deutschland erklärt seinen Austritt aus dem Völkerbund und verläßt die Abrüstungskonferenz.

12. November 1933: Das deutsche Volk erklärt sich einmütig für die Politik des Führers.

26. Januar 1934: Zehn-Jahres-Nichtangriffspakt mit Polen.

13. Januar 1935: Das deutsche Saargebiet bekennt sich mit einer überwältigenden Mehrheit (über 90 Prozent) zum Reich.

16. März 1935: Der Führer gibt durch das Gesetz über den Aufbau der Wehrmacht Deutschland die Wehrfreiheit mit der Verkündung der allgemeinen Wehrpflicht zurück.

21. Mai 1935: Verkündung des Wehrgesetzes, welches den Wehrdienst wieder zu einem allgemeinen Ehrendienst am deutschen Volke erhebt.

19. Juni 1935: Deutschland schließt mit England ein Flottenabkommen, das es ihm, entgegen den Versailler Bestimmungen, ermöglicht, sich einen Schutz zur See zu schaffen.

7. März 1936: Nachdem die französische Kammer am 26. Februar 1936 den Pakt mit der Sowjetunion endgültig angenommen und Frankreich damit den Rheinpakt von Locarno verletzt hat, teilt der Führer den Signatarmächten mit, daß Deutschland Locarno als erloschen betrachte und die volle, uneingeschränkte Souveränität des Reiches auch im bisher entmilitarisierten Rheinland wiederherstellt.

29. März 1936: Das deutsche Volk bekennt sich mit 99 Prozent zur Politik des Führers für Friede, Ehre und Gleichberechtigung.

14. November 1936: Deutschland übernimmt wieder die ihm durch Versailles abgesprochene Reichshoheit über die deutschen Wasserstraßen.

25. November 1936: Deutschland und Japan schließen das Antikomintern-Abkommen, welches in Verbindung mit der sich seit 1936 festigenden Achse Berlin — Rom heute zu einem weltpolitischen Dreieck Deutschland—Italien—Japan ausgebaut ist.

30. Januar 1937: Der Führer erklärt, Reichsbank und Reichsbahn stehen unter Reichshoheit und die Unterschrift unter das Diktat wird zurückgezogen.

Fragen und Antworten

Frage: In welchem Verhältnis steht der Reichsbund der Kinderreichen zur NSDAP.?

Antwort: Der Reichsbund der Kinderreichen Deutschlands zum Schutze der Familie wird durch das Rassenpolitische Amt der NSDAP. betreut. Eine gesetzlich festgelegte Verankerung besteht nicht. Deshalb ist der Reichsbund der Kinderreichen z. Zt. nicht als angeschlossener Verband der NSDAP. zu bezeichnen. Das Rassenpolitische Amt der NSDAP., ebenso seine fachlich nachgeordneten Dienststellen in den Gauen, betreuen personalpolitisch usw. den Reichsbund der Kinderreichen und dessen nachgeordnete Dienststellen.

Frage: Über welche Mittel und Wege verfügt das Amt für Volksgesundheit, um den Volksgesundheitsdienst durchzuführen?

Antwort: Das Hauptamt für Volksgesundheit ist die allein zuständige Dienststelle der NSDAP., bestimmend und richtungweisend in allen gesundheitlichen und gesundheitspolitischen Fragen.

Die Durchführung gestellter Aufgaben hinsichtlich volksgesundheitlicher Betreuung usw., wie sie in den Organisationen der Partei, insbesondere in der Deutschen Arbeitsfront, der NS.-Volkswohlfahrt, in der NS.-Frauenschaft u. a. m. betrieben wird, ist abhängig von der Genehmigung bzw. Einhaltung der Richtlinien und Bestimmungen, die seitens des Hauptamtes für Volksgesundheit erlassen werden.

Das Hauptamt für Volksgesundheit ebenso wie seine fachlich nachgeordneten Ämter in den Gauen und Kreisen ist die fachlich vorgesetzte Dienststelle in allen Gesundheitsfragen innerhalb des jeweiligen Hoheitsgebietes.

Die Durchführung der vom Hauptamt für Volksgesundheit der NSDAP. angeordneten Maßnahmen ist Aufgabe der einzelnen Parteigliederungen der angeschlossenen Verbände usw. Ausführliche Schilderung siehe Organisationsbuch der NSDAP. Seite 234 usw.

Frage: Dürfen Pgg. bzw. Angehörige der Gliederungen und angeschlossenen Verbände, die in jüdischen Unternehmungen tätig sind, während des Geschäftsdienstes Uniformen, Ehrenzeichen bzw. Abzeichen der Partei, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände tragen?

Antwort: Parteigenossen und Angehörige von Gliederungen und angeschlossenen Verbänden der NSDAP. dürfen, sofern sie in jüdischen, bzw. jüdisch beeinflußten Unternehmungen tätig sind, im Geschäftsdienst in keinem Fall (auch nicht teilweise) Uniformen, Ehrenzeichen, Abzeichen usw. der Partei, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände tragen. (Organisationsbuch S. 9.)

Frage: Wer darf politische Beurteilungen und Unbedenklichkeitserklärungen abgeben?

Antwort: Politische Beurteilung und Unbedenklichkeitserklärung darf seitens der Partei nur der jeweils zuständige Hoheitsträger abgeben. — Sofern es sich dabei um Erklärungen handelt, die von Stellen des Auslandes erbeten werden, sind diese über die Auslandsorganisation der NSDAP. zu leiten.

Frage: Unter welchen Umständen kann ein Politischer Leiter sein Amt niederlegen?

Antwort: Der Politische Leiter hat nicht das Recht, sein ihm übertragenes Amt niederzulegen. Die Entbindung von seinem Amt ist nur durch Beschluß des für seine Einsetzung zuständigen übergeordneten Politischen Leiters möglich. Siehe auch Organisationsbuch der NSDAP. Seite 22. Eine eigenmächtige Niederlegung seines Amtes wird als parteischädigend angesehen. Das gleiche gilt, sofern der Politische Leiter sein Amt bewußt vernachlässigt.

Frage: Trägt der beinbehinderte Politische Leiter während des Dienstes die schwarze lange Hose mit Biese? Oder lange braune Hose?

Antwort: Das Anlegen einer langen braunen Hose für beinbehinderte Politische Leiter ist grundsätzlich verboten.

Sofern das Tragen von Stiefeln, hohen Schuhen und Gamaschen auf Grund eines ärztlichen Befundes absolut nicht möglich ist, trägt dieser Parteigenosse die vorgeschriebene lange schwarze Hose.

Frage: Beim Besuch des Duce wurde beobachtet, daß Politische Leiter braune Binder zum Dienstanzug trugen. Ist dies eine Neuordnung?

Antwort: Das Tragen des braunen Binders an Stelle des schwarzen Binders zum Dienstanzug ist nur auf Grund besonderer schriftlicher Anweisung des Hoheitsträgers — vom Gauleiter aufwärts — zum weißen Hemd mit Kragen zulässig. Es handelt sich dabei in jedem Fall um eine besondere Veranstaltung, die gleichzeitig angegeben wird. — Darüber hinaus wird Braunhemd mit braunem Kragen und braunem Binder bzw. weißes Hemd mit weißem Kragen und schwarzem Binder wie bisher laut bestehender Anordnung getragen. Siehe auch Organisationsbuch der NSDAP., S. 24/25.

Frage: Welches ist das Führungsamt der DAF. in der Partei?

Antwort: Ein offizielles Führungsamt der Deutschen Arbeitsfront in der Partei besteht nicht. Die NSBO. ist der Organisationsträger der Deutschen Arbeitsfront, und die Führung der Deutschen Arbeitsfront liegt seitens der Partei beim Reichsorganisationsleiter der NSDAP., der seinerseits nicht ein Führungsamt, sondern die ihm zur Verfügung stehenden Ämter von Fall zu Fall mit Überwachungsaufgaben usw. betraut.

Zu unseren Aufsätzen

Die Schicksalsstunde

Vgl hierzu insbesondere folgende Aufsätze aus früheren Schulungsbriefen: „Der Weltkrieg“ (Teil I in „Schulungsbrief“ 11/1937 Teil II in „Schulungsbrief“ 12/1937) und „Anderthalb Jahrtausend Politik ohne Volk“ („Schulungsbrief“ 2/1938).

Der große Vertragsbruch

Das Versailler Diktat wurde in Nr. 140 des „Reichsgesetzblattes“ Jahrgang 1919 zusammen mit dem Zustimmungsgesetz der Nationalversammlung vom 16. Juli 1919 veröffentlicht. Die Ausgabe ist dreisprachig (französisch, englisch, deutsch; nur der französische und englische Text sind für die Auslegung verbindlich!) und umfaßt 662 Seiten.

Als Dokumentensammlung für die Jahre 1918 bis 1933 wird das Quellenwerk von Gerd Rühle „Das Dritte Reich“ empfohlen, erschienen beim Hummelverlag Berlin 1936, Band „Die Kampfjahre 1918—1933“, 427 Seiten, gebunden in Leinen 16,— RM., Halbl. 22,— RM. Die Arbeiten von Mjölnir auf der ersten Innenseite unseres Umschlages sowie den Seiten 88, 96 und 111 wurden dem IV. Bande der „Geschichte in Bildern“ von Karl Anton Mayer (63,50 RM., Verlag Volksgesundung, Stuttgart) entnommen, die wir im „Schulungsbrief“ 2/1937 Seite 78 besprachen.

Gute Ergänzungen zum Thema dieses Heftes sind die geopolitischen Kartenwerke von Karl Springenschmid (vgl. hierzu die geopolitische Darstellungsreihe von Springenschmid von „Schulungsbrief“ 1/1937—12/1937 „Deutschland kämpft für Europa“), insbesondere „Die Staaten als Lebewesen“ (12 Seiten Text und 244 Schwarz-Weiß-Zeichnungen, geh. 4,40 RM., Halbleinen 5,40 RM.), „Deutschland und seine Nachbarn“ (54 Bildskizzen mit Begleittexten, kart. 2,80 RM.), „Der Donauraum“ (60 Bildskizzen mit Begleittexten, kart. 2,80 RM.), sämtlich im Verlage Ernst Wunderlich in Leipzig, sowie der „Geopolitische Geschichtsatlas“ von Fr. Braun und A. Hillen Ziegfeld (269 Karten, Preis 6,40 RM., Verlag von L. Ehlermann, Dresden 1934), aus dem die Karte auf Seite 92 entnommen und mit Ergänzungen für unseren Zweck auf Seite 91 nachgezeichnet wurde. Die kleine Karte auf Seite 92 ist aus dem raum- und volkspolitischen Erziehungsbuch „Deutsches Schicksal“ von Prof. Dr. W. Stuhlfath nachgezeichnet. (Verlag Julius Beltz, Langensalza.)

Nie wieder Kapitulation

Der Bericht von der Diktatsunterzeichnung ist dem Buche von R. Stratz „Der Weltkrieg“ entnommen (S. 410/412), das wir bereits im „Schulungsbrief“ 12/37 eingehend besprachen.

Die Urheber des Versailler Diktates

Außer den angeführten Quellen wurden (z. T. auszugsweise) benutzt: Für die jüdische Beteiligung F. O. H. Schulz „Jude und Arbeiter“ (Nibelungen-Verlag Berlin 1934), für die freimaurerische Beteiligung G. Schwarz-Bostunitsch „Die Freimaurerei, Ursprung, Geheimnisse, Wirken“ (Alexander Dunker Verlag Weimar) und für die Rolle der politisierenden Kirche Mannhart „Verrat um Gotteslohn?“ (96 Seiten, Wolfsangel-Verlag Horst Knöpke, Dresden-Blasewitz 1938). Vgl. hierzu auch die „Schulungsbriefe“ 5/37, 9/37, 8/37 und 12/37.

Kriegsschuldwahrheit

Es handelt sich hier um Auszüge aus der ausgezeichneten Schrift von Hermann Müller-Brandenburg „Die Schuld der Anderen und der Betrug von Versailles“ (Schlieffen-Verlag, Berlin 1932).

*

Das Bild auf Seite 106 „Die Letzten“ wurde gezeichnet nach einem Werk von H. Schnürpel (Verlag Hans Friedrich Abshagen, Dresden 16), Seite 85 ist aus Siegmund Graff „Der unvergeßliche Krieg“ (vgl. „Schulungsbrief“ 11/37 S. 455).

*

An Büchern über Versailles und St. Germain weisen wir auf die Arbeiten von Wilhelm Ziegler hin: „Versailles, die Geschichte eines mißglückten Friedens“, Hamburg 1933, „Der Abrüstungsbetrug von Versailles“. Leipzig 1933, „Vom Vertrag zum Diktat“, Berlin 1935, „Der Zerfall des Versailler Vertrages“. Berlin 1937 Außerordentlich brauchbar ist die anschauliche und handliche Schrift von Eberhard Faden „Der Weltfriede gegen das deutsche Volk, Versailles und St. Germain, des Weltkriegs zweiter Teil“, Vlg. Ferd. Hirth, Breslau 1936 (144 Seiten). Gutes Zahlenmaterial geben die Schriften von H. Limbeck „Völkisches Weltbild in Zahlen“ (6 Aufl. 1936, 104 Seiten, 1,80 RM.) und „Deutscher Aufbau in Zahlen“ (1938), beide beim Verlage G. Braun in Karlsruhe.

Stunden der jungen Nation (Reichssendung)

9. März (21.00 bis 21.30 Uhr) vom Reichssender Berlin: „Anruf und Verkündung der Toten.“ Eine Kantate von Eberhard Wolfgang Möller mit Musik von Georg Blumensaat. Im Hinblick auf den Heldengedenktag am 13. März 1938 bringt die Stunde der jungen Nation diese Kantate des Staatspreisträgers Möller, in der in fast mythenhafter Form die Gefallenen des großen Krieges sich sammeln und einen neuen Marsch antreten, um von der „Ankunft des Dritten, des heiligen Reiches“ zu künden.

23. März (21.00 bis 21.30 Uhr) vom Reichssender München: „Auf gut deutsch.“ Zum 70. Geburtstag Dietrich Eckarts ehrt die deutsche Jugend und mit ihr das ganze Volk den Vorkämpfer der Bewegung, den Menschen und Schriftsteller, indem sein Leben und sein Werk erneut vor uns erstehen soll.

Morgenfeiern der Hitler-Jugend im März 1938

6. März vom Reichssender Stuttgart: „Du mußt verwurzeln im Land wie Baum und Gestein.“ Es spricht Georg Schmückle.

13. März vom Reichssender Frankfurt a. M.: „Man soll uns nicht danach messen, wieviel wir sind, sondern wie treu wir sind.“ (Baldur von Schirach.)

13. März vom Reichssender Köln: „Alle Kraft wird erworben durch Überwindung seiner selbst.“ (Fichte.)

27. März vom Reichssender Leipzig: „Was dich nicht umbringt, macht dich stärker.“ (Aus den Gesetzen der Deutschen Studentenschaft.)

Benutzt die Sammelmappen, die das Aufbewahren des Schulungsbriefes erleichtern.

Die Sammelmappen für die Jahrgänge 1934—1938 sind bei den Ortsgruppen der NSDAP. erhältlich; sie sind mit einer Mechanik zum Selbsteinheften versehen, mit grauem Leinen überzogen und kosten 1,10 RM. das Stück.

*

Die nächste Folge der Reichsschulungsbriefe behandelt das Thema: „Deutsches Volk in aller Welt — Grundsätzliches zum Programmpunkt 1 des Parteiprogramms der NSDAP.“

*

Besucht die Schulungsabende der Ortsgruppen der NSDAP., in denen die jetzt herausgebrachten

Bildstreifen

zu den laufenden Themen des Schulungsbriefes vorgeführt werden.

Auflage der Februar-Folge über 2,75 Millionen

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Verlages und der Schriftleitung. Herausgeber: Der Reichsorganisationsleiter — Hauptschulungsamt. Hauptschriftleiter und verantwortlich für den Gesamtinhalt: Reichsamtsleiter Franz H. Woweries, MdR., Berlin W 35, Großadmiral-Prinz-Heinrich-Straße 12, Fernruf: 22 55 65; verantwortlich für die amtlichen Bekanntmachungen: Hauptorganisationsamt der NSDAP., München. Verlag Franz Eher Nachf. GmbH., Zweigniederlassung Berlin SW 68, Zimmerstraße 87—91 (Zentralverlag der NSDAP.), Fernruf: 11 00 22; Druck: M. Müller & Sohn KG., Berlin SW 19.



Titelseite: Zeichnung Karl Hohrath, Berlin

Oben: Links das Deutsche Reich, wie es nach dem Vorfriedensvertrag von 1918 sein müßte. Rechts das Deutsche Reich, welches Versailles 1919 schuf.

Einfach schraffiert: „Besetztes Gebiet"; doppelt schraffiert „Das Saargebiet"